

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



Von Karl Oppolzer - Eigene Werk, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=31469889>

AKTUALISIERUNG DER REVOLUTION IN KUBA

die internationale

USA

Imperialistischer Keynesianismus, Ashley Smith..... **3**

Ökosozialismus

Revolutionärer Ökosozialismus, Juanjo Alvarez und Martin Lallana..... **13**

Klimawandel

Arbeiterbewegung und Klimawandel, Jeremy Anderson..... **18**

Buchbesprechung

Steve Hollasky – „Frei und Gleich – Die Menschen im Urkommunismus“, Bernhard Brosius..... **23**

Der Arbeit heiliger Krieg – Aufstände der Kommune-bewegung von 1870/71, Horst Hilde..... **25**

Afghanistan

Die Koalition der Ahnungslosen, Helmut Dahmer..... **29**

inprekorr

Keine Änderung des US-Imperialismus, Gilbert Achcar..... **33**

Ungarn

„Volksfront“ gegen Orbán? Interview mit Annajuli Rosenfeld, Péter Somogyi, Zoltán Sidó und Ágnes Gagyí..... **38**

Kuba

Aktualisierung der Revolution, ein Dossier mit 3 Beiträgen..... **48**

Deutschland

Bundestagswahl 2021, ein Dossier mit 2 Beiträgen..... **61**

Nachruf

Paul B. Kleiser (1950–2021), Angela Klein..... **66**

letzte Seite

Zweieinhalb Jubiläen, Björn Mertens..... **68**

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (bfs/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:
Wilfried Dubois, Jochen Herzog,
Björn Mertens, Paul Michel, Heinrich
Neuhaus, Jakob Schäfer, Michael Weis
(V.i.S.d.P.)

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 40,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Konto:
Neuer Kurs GmbH, Köln
Postbank Frankfurt
IBAN: DE97 5001 0060 0036 5846 04
BIC: PBNKDEFF

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:
die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln,
iso@intersoz.org
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
https://sozialismus.ch/

IMPERIALISTISCHER KEYNESIANISMUS

Ashley Smith gibt einen Überblick über das Programm der Regierung Biden. Er betont, dass es sich dabei um einen keynesianischen Bruch mit der jahrzehntelangen neoliberalen Politik handelt, der jedoch der Notwendigkeit geschuldet ist, die imperiale Macht der USA wiederherzustellen.

■ **Ashley Smith**

█ In seiner Rede vor dem Kongress war Joe Biden voll des Lobes für seinen amerikanischen Rettungsplan (American Rescue Plan) und warb um Unterstützung für seine Beschäftigungs- und Familienpläne. Die kapitalistischen Medien nahmen das zum Anlass, das Ende der Reaganomics und eine Rückkehr zum New-Deal-Liberalismus von Roosevelt (FDR) zu verkünden.

Langjährig Liberale¹ sowie jüngst Dazugestoßene zeigten sich von Bidens Programm begeistert. So erklärte etwa Joan Walsh, dass Biden „aus dem New Deal von Roosevelt und dem Great-Society-Programm² von Lyndon B. Johnson, ergänzt durch Obamas gute Ideen und durch einige der besseren Ideen von Senator Bernie Sanders, ein von Scranton³ inspiriertes Gesamtpaket für Rassen- und Wirtschaftsgerechtigkeit geschnürt hat. Das übertrifft alles, was er bei seiner Kandidatur für das Präsidentenamt versprochen hat.“

Selbst Teile der Linken zeigten sich überrascht und kamen nicht umhin, ihre Unterstützung für Biden zu bekunden. Faiz Shakir, der Wahlkampfleiter von Bernie Sanders, lobte Biden für seine „Bemühungen, der arbeitenden Bevölkerung in einem Ausmaß Beachtung zu schenken, das es seit FDR nicht mehr gegeben hat.“ Obwohl wir als Sozialist*innen viele dieser Reformen begrüßen sollten,

dürfen wir nicht zu naiven Fans der Regierung werden.

Bei Bidens keynesianischer Wende handelt es sich um den Versuch, das Versagen des Neoliberalismus bei der Wiederherstellung der Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit des US-Kapitalismus nach der Großen Rezession zu überwinden. Die neoliberale Politik hatte es den Kapitalisten zwar ermöglicht, fiktive Reichtümer an der Börse anzuhäufen, aber die Realwirtschaft wurde nicht wieder belebt und die Instandhaltung der Infrastruktur vernachlässigt, was zu Krisen in jenen Schlüsselinstitutionen führte, die zur sozialen Reproduktion des Systems unerlässlich sind, etwa im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie bei der Kinderbetreuung.

Das Scheitern des Neoliberalismus hat die Wettbewerbsfähigkeit des US-amerikanischen Kapitalismus und seine Vormachtstellung innerhalb des Weltsystems schwer beeinträchtigt. Nur so erklärt sich die breite Unterstützung der Wirtschaftseliten und des politischen Establishments für Bidens Kurswechsel. Deshalb ist es eine gefährliche Illusion, diesen als Zugeständnis an die Linke zu interpretieren. Bidens imperialistischer Keynesianismus zielt darauf ab, eine zutiefst gesplante Nation wieder zu vereinen, die Grundlagen des US-Kapitalismus von neuem zu festigen und die Hegemonie der USA als Weltmacht wiederherzu-

stellen – insbesondere gegenüber China, ihrem aufstrebenden imperialen Rivalen.

Systembedingte Krisen des US-Imperialismus

Wie Biden in seiner Rede deutlich machte, steht Washington vor einer beispiellosen Anhäufung miteinander verbundener Krisen. Die wichtigste davon, die auch für die herrschende Klasse und die staatliche Bürokratie absolute Priorität hat, ist die geringe Rentabilität des US-amerikanischen Kapitalismus. Der Versuch, die Profitrate nach der Großen Rezession wiederherzustellen, ist gescheitert. Bush, Obama und Trump haben die Unternehmen gerettet, ihre Steuern gesenkt, die Zinssätze bei null gehalten und den arbeitenden Menschen Einsparungen verordnet. Aber diese Maßnahmen haben die Probleme des Systems nicht gelöst, sondern nur verschärft.

Anstatt nicht wettbewerbsfähiges Kapital zu beseitigen, wurde es am Leben erhalten, und zwar in Form von „Geisterunternehmen“, die Kredite aufnehmen mussten, nur um die Zinszahlungen für ihre bestehenden Schulden zu begleichen. Da es keinen Spielraum mehr für gewinnbringende Investitionen gab, scheuten sogar gesunde Unternehmen davor zurück, Geld in der Realwirtschaft auszugeben. Stattdessen kauften sie ihre eigenen Aktien auf und schufen somit eine riesige Börsenblase.

Überakkumulation und geringe Rentabilität waren der eigentliche Grund für die Große Rezession und die schwache Erholung im vergangenen Jahrzehnt. Das Weltwirtschaftssystem befindet sich in einem Zustand, den Michael Roberts als „lange Depression“ und David McNally als „globale Flaute“ bezeichnet, in der fluktuierende Rezessionen und schwache Erholungen eines im Abstieg begriffenen Systems einander abwechseln.

Der wirtschaftliche Einbruch hat auch Washingtons imperiale Krise verschärft. Infolge der Niederlagen im Irak und in Afghanistan sowie der Großen Rezession haben die USA und ihre Unternehmen verglichen mit Chinas staatlich gelenktem Kapitalismus einen Rückschlag erlitten.

Peking ist heute die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt, es hat mehr Unternehmen in den Fortune 500⁴ als die USA und hat sowohl wirtschaftlich als auch geopolitisch an Selbstbewusstsein merklich zugelegt. Washington und seine Sprachrohre betrachten China mittlerweile als eine aufstrebende Macht, welche die globale Vorherrschaft der USA bedroht.

Diese neue imperiale Rivalität verhindert jede Lösung der dritten großen Krise: des Klimawandels. Unter dem systembedingten Druck, Wachstum und Rentabilität zu

gewährleisten, weigern sich die kapitalistischen Staaten – allen voran die USA und China –, dringend erforderliche Umweltreformen umzusetzen, die ihre Gewinne schmälern würden. Gleichzeitig destabilisiert die zunehmende globale Erwärmung Regionen auf der ganzen Welt, indem sie Menschen zwingt, ihre Heimatländer als Klimaflüchtlinge zu verlassen.

Die Krankheiten des imperialen Niedergangs

In den USA haben diese drei großen Krisen die ohnehin schon horrende Kluft zwischen den Klassen und sozialen Schichten vertieft, die vier Jahrzehnte Neoliberalismus hinterlassen haben. Der unerbittliche, von den Bossen einseitig ausgerufenen Krieg gegen die arbeitenden Menschen und alle unterdrückten Gruppen, insbesondere gegen die schwarze Bevölkerung, hat ein Ausmaß an Ungleichheit erreicht, das es seit der „Zeit der Räuberbarone“⁵ nicht mehr gegeben hat.

Die herrschende Ungleichheit hat eine extreme politische Polarisierung ausgelöst. Eine neue sozialistische Linke ist aus einer Welle von Kämpfen hervorgegangen, die von Occupy Wall Street über die Lehrerrevolte in den roten⁶ Bundesstaaten und #MeToo bis hin zu Black Lives Matter reicht. Diese Bewegungen fanden innerhalb der Demokratischen Partei in den Wahlkampagnen von Politikern wie Bernie Sanders und Alexandria Ocasio Cortez ihre Entsprechung.

Am anderen Ende des politischen Spektrums rief Trump eine neue weiße nationalistische Rechte auf den Plan, die ihre Wurzeln im wütenden Kleinbürgertum hat, das sich um seine prekären Geschäfte sorgt, aber auch in Teilen der Arbeiterklasse, die durch Deindustrialisierung, wirtschaftliches Elend und die damit einhergehenden „Verzweiflungskrankheiten“ wie Opiumsucht demoralisiert wurde. Trump fegte das republikanische Establishment hinweg, besiegte Hillary Clinton und verfügte eine giftige Mischung aus Zugeständnissen an die US-amerikanischen Konzerne, einer rassistischen Innen- und Außenpolitik und einem nationalistischen Bruch mit Washingtons bisheriger Linie, die Vorherrschaft über den globalen Kapitalismus zu beanspruchen.

Die Pandemie – auch ein Produkt des globalen Kapitalismus und des Klimawandels – hat all diese Probleme verschärft. Das gesamte politische Establishment, nicht nur Trump und die Republikaner, sondern auch Demokraten wie der New Yorker Gouverneur Andrew Cuomo, hat es versäumt, dem landesweiten Siegeszug von COVID-19 Einhalt zu gebieten. Millionen sind erkrankt, Hundert-

tausende sind gestorben, und die schwache Wirtschaft, die sich ohnehin schon am Rande einer Rezession befand, ist auf den tiefsten Stand seit Jahrzehnten gefallen.

Während die US-amerikanische Gesellschaft aus den Fugen gerät, hat der rassistische Mord der Polizei an George Floyd einen von Schwarzen angeführten „rassenübergreifenden“ Aufstand von etwa 26 Millionen Menschen ausgelöst, der Städte im ganzen Land lahm legte und Kampagnen zur Definananzierung bzw. Abschaffung der Polizei in Gang setzte. Arbeitskämpfe von „Systemträgern“ – angefangen vom Gesundheits- und Lehrpersonal bis hin zu Fleischverpackungsarbeitern und eingewanderten Landarbeitern – brachten das System weiter ins Wanken.

Zu allem Überfluss inszenierten Trumps rechtsextreme Truppen ihren Aufstand gegen das Wahlergebnis, besetzten kurzzeitig das Kapitol und bedrohten die Sicherheit der wichtigsten Vertreter*innen der politischen Klasse. In den Augen der Weltöffentlichkeit mussten die USA als ein von Krisen geschüttelter hoffnungsloser Fall erscheinen.

Auf der verzweifelten Suche nach einer neuen Strategie

All diese Entwicklungen zwangen die herrschende Klasse der USA, die Staatsbürokratie in Washington und die Vertreter des globalen Kapitalismus zum Umdenken. Ihre neoliberale Wirtschaftspolitik und ihre imperiale Strategie hatten versagt, und so sahen sie sich mit einer wachsenden Legitimationskrise im In- und Ausland konfrontiert. Daher haben ihre Denkfabriken und Institute (nicht jene der Linken) begonnen, neue Strategien zur Wiederbelebung der kapitalistischen Akkumulation und zur Wiederherstellung der imperialen Macht der USA in Erwägung zu ziehen.

Kapitalisten – von Warren Buffet⁷ über den Runden Tisch der Unternehmer⁸ bis hin zur Wirtschaftskammer⁹ – haben ihre Bereitschaft zu einer umverteilenden Wirtschaftspolitik signalisiert, um den Unmut der Bevölkerung zu dämpfen. Die Führungskräfte der Wirtschaft haben erkannt, dass der Klimawandel eine Bedrohung für ihr System und ihre Investitionsmöglichkeiten darstellt.¹⁰ Selbst das Pentagon zeigt sich besorgt, dass die globale Erwärmung seinen Handlungsspielraum bei der Durchsetzung seiner Herrschaftsansprüche einengt.

Die US-amerikanischen Unternehmen fühlen sich von Chinas Aufstieg nach wie vor bedroht. Einige eher auf den Binnenmarkt ausgerichtete Branchen wie die Stahlindustrie befürworten einen Protektionismus gegen die chinesische Konkurrenz. Andere, etwa Technologiekonzerne, be-

klagen sich über die Zugangsbeschränkungen zum riesigen chinesischen Markt, über Chinas Verletzung von Rechten an geistigem Eigentum und über seine Unterstützung für einheimische Technologieriesen. Sie betreiben Lobbying beim Staat, um China zu zwingen, sich den neoliberalen Bedingungen der WTO zu beugen und seinen Markt zu öffnen.

Daher haben die staatliche Bürokratie und die politische Klasse Washingtons, die stets dem Kapital verpflichtet sind, einen scharfen Kurs gegenüber China eingeschlagen. Das Pentagon, das Außenministerium und beide politischen Parteien haben sich von der Einschätzung Pekings als „strategischem Partner“ verabschiedet und betrachten es nun als „strategischen Rivalen“ und als Bedrohung für die so genannte „liberale, auf Regeln basierende internationale Ordnung“, die seit dem Zweiten Weltkrieg von den USA angeführt wurde.

Eine ganze Reihe von Ökonomen – wie die ehemaligen Chefökonom der Weltbank Joseph Stiglitz und Paul Krugman, die sich jahrzehntelang mit den Problemen der neoliberalen Weltordnung, dem Aufstieg Chinas und der Notwendigkeit einer nationalen Industriepolitik auseinandergesetzt hatten – begannen, für eine Rückkehr zum Keynesianismus als Strategie für kapitalistisches Wachstum zu werben. Niemand Geringerer als der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank schlossen sich ihnen an, indem sie für massive Staatsausgaben während der tief greifenden pandemiebedingten Rezession plädierten. Das veranlasste die *Financial Times*, ein „Begräbnis der Sparsamkeit“ und die Wiedergeburt des „finanzpolitischen Aktivismus“ zu verkünden.

Die Kombination aus Trumps vierjähriger inkompetenter Misswirtschaft, der Übernahme der Republikanischen Partei durch die extreme Rechte und deren Aufstand gegen den Wahlausgang sowie die Black-Lives-Matter-Bewegung hat das Establishment der Demokratischen Partei aufhorchen lassen. Man erkannte, dass man nicht mehr auf die alte neoliberale Art weiterregieren konnte.

In einer Reihe von Artikeln von Joe Biden, Antony Blinken, Kurt Campbell und Hillary Clinton in *Foreign Affairs* und anderen Organen des imperialen Establishments stellte die graue Eminenz der Demokratischen Partei den imperialistischen Keynesianismus als ihre neue Strategie vor. Zu Beginn des Jahres 2020, noch bevor er Bidens Nationaler Sicherheitsbeauftragter wurde, schrieb Jake Sullivan einen Beitrag mit dem Titel „Amerika braucht eine neue Wirtschaftsphilosophie“:

„[D]ie Vereinigten Staaten müssen die vorherrschende Wirtschaftsideologie (manchmal eher unscharf als Neoliberalismus bezeichnet) der letzten Jahrzehnte überwinden und neu darüber nachdenken, wie Wirtschaft funktioniert, welche Ziele sie verfolgen und wie sie umstrukturiert werden sollte, um diesen Zielen zu dienen – das ist nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein geopolitisches Gebot.“¹¹

Die neue Führungsriege des Präsidenten beriet sich während des gesamten Prozesses und insbesondere bei der Ausarbeitung von Bidens Plänen mit den maßgeblichen Vertretern des Großkapitals, die Trump gründlich verprellt hatte.

Bidens imperialistisches keynesianisches Programm

Biden ist sich darüber im Klaren, dass Washington seine globale Hegemonie nicht aufrechterhalten kann, wenn es nicht wie eine außergewöhnliche „strahlende Stadt auf einem Hügel“ aussieht, sondern wie ein „Drecksloch“ mit bröckelnder Infrastruktur, dramatischen sozialen Gegensätzen, unüberbrückbaren politischen Gräben und einem Staat, der nicht einmal in der Lage ist, das Überleben seiner eigenen Untertanen zu garantieren. Die Politik der Regierung Biden zielt daher darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit der USA im Ausland wieder zu beleben und dabei gleichzeitig neue Unruhen der arbeitenden und unterdrückten Bevölkerungsschichten im eigenen Land zu verhindern.

Bidens erster Schritt bestand darin, einen realistischen Impfplan auszurollen. Dank der von Trump eher dilettantisch („sophomoricly-named“) benannten „Operation Warp Speed“¹² hatte die neue Regierung ausreichend Impfstoffe zur Verfügung, um die Bevölkerung zu impfen, den Regierungen der Bundesstaaten und Kommunen die Öffnung von Schulen zu ermöglichen, die Menschen wieder wie gewohnt arbeiten und konsumieren zu lassen und den US-amerikanischen Kapitalismus nach seinem Zusammenbruch im Jahr 2020 zu stabilisieren.

Wenig überraschend konzentrierte sich Bidens Impfkampagne fast ausschließlich auf die USA. Wie in anderen entwickelten kapitalistischen Staaten hortete die Regierung Impfstoffe, schützte zunächst die geistigen Eigentumsrechte und Gewinne der großen Pharmakonzerne und hinderte die Staaten des globalen Südens an der Herstellung eigener Impfstoffe.

Es bedurfte des massiven Drucks von Gesundheitsaktivisten, einer Allianz von Drittweltstaaten und verschiedenen Instituten für globale Gesundheit, um Biden zum Umschwenken zu zwingen und eine Aussetzung der

geistigen Eigentumsrechte zu unterstützen. Doch wie die *Financial Times* dokumentiert, bezog er diese neue Position nicht in erster Linie, um Leben zu retten, sondern um Washingtons geopolitisches Ansehen gegenüber China und anderen Staaten zu verbessern, die bei der Verteilung von Impfstoffen an die Entwicklungsländer weitaus großzügiger waren.

Der zweite Teil von Bidens Maßnahmenpaket bestand in seinem 1,9 Billionen Dollar schweren amerikanischen Rettungsplan. In Anlehnung an Trumps CARES Act¹³, der bereits den dringenden Wunsch der herrschenden Klasse nach massiven finanzpolitischen Interventionen angesichts der Wirtschaftskrise aufgegriffen hatte, brach Biden mit Obamas Reaktion auf die Große Rezession, der – in den Worten von Occupy – die Banken gerettet und die Arbeiterschaft ausverkauft hatte.

Biden übermittelte jedem Staatsbürger einen Scheck über 1400 Dollar, erweiterte vorübergehend die Steuergutschriften für Kinder, erhöhte die Arbeitslosenversicherung und gewährte den bundesweiten und lokalen Regierungen Finanzhilfen in der Höhe von 350 Mrd. Dollar, um Haushaltslöcher zu stopfen. Diese Unterstützung der Verbrauchernachfrage beflügelte die US-amerikanische Wirtschaft, die sich gerade zu erholen begann. Aktuell wird erwartet, dass das Wachstum in diesem Jahr 6,5 Prozent erreichen wird (allerdings im Vergleich zum Krisenjahr 2020).

Wie macht man den US-amerikanischen Kapitalismus wettbewerbsfähig (mit China)?

In der Folge stellte Biden das 2,7 Billionen Dollar schwere amerikanische Arbeitsbeschaffungsprogramm vor – als Alternative zu einem vom Establishment abgelehnten Grünen New Deal. Dabei handelt es sich in den Worten der Regierung um „eine Investition in Amerika, die Millionen guter Arbeitsplätze schaffen, die Infrastruktur unseres Landes wieder aufbauen und die Vereinigten Staaten in die Lage versetzen wird, China zu überflügeln.“

Es ist geplant, 621 Mrd. Dollar in die nationale Infrastruktur – Straßen, Brücken und Verkehrssysteme – zu investieren. 590 Mrd. sind für Forschung und Entwicklung im Bereich der einheimischen Produktion sowie für die staatliche Unterstützung der US-Industrie und für die berufliche Weiterbildung vorgesehen. Diese Eckpfeiler einer neuen Industriepolitik verfolgen das Ziel, die Vorherrschaft des US-Kapitals im Technologiesektor und die Unabhängigkeit des militärisch-industriellen Komplexes des Pentagons von chinesischen Lieferketten sicherzustellen.

Weitere 328 Mrd. Dollar sollen für die umweltfreundliche Umrüstung von Häusern, Schulen und Regierungsgebäuden ausgegeben werden. Schließlich werden 311 Mrd. Dollar für den Ausbau des Breitbandnetzes, die Verbesserung des Stromnetzes und die Versorgung mit sauberem Trinkwasser für Städte wie Jackson (Mississippi) und Flint (Michigan) bereitgestellt. Viele dieser Maßnahmen kommen der Arbeiterklasse zugute, vor allem Wohngebieten mit überwiegend schwarzer Bevölkerung.

In seiner Rede vor dem Kongress kündigte Biden eine dritte zentrale Initiative an – den 1,8 Billionen Dollar schweren amerikanischen Familienplan. Seine Regierung erklärte, sie investiere „in die Zukunft der amerikanischen Wirtschaft und der amerikanischen arbeitenden Bevölkerung und ermögliche den USA, China und andere Länder auf der ganzen Welt zu überholen.“¹⁴

Der Plan zielt darauf ab, die vom Neoliberalismus zerrüttete soziale Infrastruktur der USA zu stärken. Vorgesehen sind neben einer kostenlosen vorschulischen Kinderbetreuung auch zwei kostenlose Studienjahre an einem Community College, zusätzliche Subventionen für vierjährige Studienprogramme, eine Erhöhung der Stipendien („Pell Grants“) und mehr Mittel für die Lehrerbildung. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Bereichen Naturwissenschaften, Technologie, Mathematik und Ingenieurwesen (MINT), um dem US-Kapital die für den Technologiewettstreit mit China benötigten Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen.

Weiterhin verspricht der Plan eine bezahlte Elternkarenz, Gesundheitsprogramme für (werdende) Mütter und Nachbesserungen bei Obamacare statt einer Gesundheitsversorgung für alle. Einige dieser wichtigen Reformen geben sich zwar feministisch, doch geht es Biden in erster Linie darum, die zahlreichen Frauen, die während der pandemiebedingten Rezession aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, um ihre Kinder zu betreuen, dazu zu bewegen, an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren, um Produkte herzustellen, Dienstleistungen zu erbringen und Profite für das Kapital zu erwirtschaften.

Der letzte Teil des Plans sieht Steuererleichterungen für Arbeitnehmer vor. Er macht Steuergutschriften für Eltern, die Kinder mit Behinderungen betreuen, dauerhaft, verlängert die befristeten Steuergutschriften für Kinder um weitere fünf Jahre und gewährt Steuergutschriften für kinderlose Niedriglohneempfänger.

Schließlich schlug Biden den Made-in-America-Tax-Plan¹⁵ vor, um dieses 6 Billionen Dollar schwere Steuerprogramm zu finanzieren. Er versprach, die Steuern für

die Reichsten auf ein Vor-Trump-Niveau von 39,6 Prozent zu erhöhen, die Kapitalerträge der Reichen höher zu besteuern, den Körperschaftssteuersatz auf 38 Prozent anzuheben, die Steuerbehörde IRS besser auszustatten, um reiche Steuerbetrüger zu verfolgen und Unternehmen, die ihre Gewinne in internationalen Steueroasen parken, zu besteuern, sowie Steueranreize für Investitionen, Produktion und Gewinne im Land zu gewähren.

Die Grenzen von Bidens Plänen

Bidens Programm stellt zweifellos einen Bruch mit der Loyalität der Demokratischen Partei zum Washingtoner Konsens dar, der auf Privatisierungen, Kürzungen des Wohlfahrtsstaats, Deregulierung und Globalisierung setzte. Doch trotz der begeisterten Zustimmung seitens der Liberalen und trotz rechter Panik ist Bidens keynesianisches Projekt völlig unzureichend, um die tief sitzenden systembedingten Ungleichheiten des US-amerikanischen Kapitalismus zu beseitigen und den Klimawandel aufzuhalten, geschweige denn rückgängig zu machen.

Während der amerikanische Rettungsplan ein beispielloses Bündel an Sofortmaßnahmen darstellt, um die Verbrauchernachfrage zu beleben und die Haushalte der Bundesstaaten und Kommunen zu stärken, sind die verbleibenden 6 Billionen Dollar für Infrastruktur, Arbeitsplätze und Sozialausgaben, wie Adam Tooze argumentiert¹⁶, eigentlich sehr gering, vor allem, wenn man bedenkt, dass sich das meiste davon über acht Jahre verteilt.

Bidens angepeilte Erhöhung der Ausgaben für den Wohlfahrtsstaat wird wenig dazu beitragen, die tief greifenden sozialen Ungleichheiten in den USA abzumildern. Susan Watkins zufolge wird der US-amerikanische Wohlfahrtsstaat, auch wenn die Pläne in Kraft treten sollten, nicht einmal das Niveau der europäischen Staaten, die ihrerseits durch neoliberale Kürzungen schwer angeschlagen sind, erreichen. Sie betont:

„Der amerikanische Rettungsplan hat Nachholbedarf. Die Arbeitslosenunterstützung in den USA ist im OECD-Vergleich erbärmlich niedrig; sie beträgt weniger als ein Zehntel des dafür vorgesehenen Budgets im Vereinigten Königreich. Im Verhältnis zum BIP sind die Sozialausgaben in Frankreich und Italien etwa 50 Prozent höher als in den USA. Die öffentlichen Ausgaben für amerikanische Familien betragen kaum ein Viertel des deutschen, französischen und britischen Niveaus.“¹⁷

Die Ausgaben zur Bewältigung des Klimawandels sind im Vergleich zu den 10 Billionen Dollar, die im Grünen New Deal vorgesehen waren, verschwindend gering, entsprechen nicht dem Ausmaß der Krise und werden

kaum zu ihrer Lösung beitragen. Brett Hartl vom Center for Biological Diversity meint dazu: *„Bidens industrieffreundlicher Infrastrukturplan verspielt eine unserer letzten und besten Chancen, den Klimanotstand aufzuhalten. Anstelle eines Marshall-Plans, der unsere Wirtschaft auf erneuerbare Energien umstellen würde, enthält der Plan verführerische Subventionen für die Abscheidung und Speicherung von CO₂ (CSS), hegt den unrealistischen Wunsch, dass der freie Markt uns rettet, und versäumt es, entscheidende und ehrgeizige Schritte zum Ausstieg aus fossilen Brennstoffen zu unternehmen. Biden hat versprochen, die Kohlenstoffemissionen um 50 Prozent zu senken und den Stromsektor zu dekarbonisieren, aber dieser Infrastrukturplan ist davon weit entfernt.“*¹⁸

Trotz der Klagen der Unternehmen über ihre erhöhte Steuerlast weist die *New York Times* darauf hin, dass selbst „wenn alle von Biden vorgesehenen Steuererhöhungen umgesetzt würden, [...] der Gesamtsteuersatz auf Bundesebene für die Wohlhabenden deutlich niedriger bliebe als in den 1940er, 50er und 60er Jahren. Er wäre sogar etwas niedriger als Mitte der 1990er Jahre.“

Schließlich würde eine höhere Besteuerung die Klassenstruktur der US-amerikanischen Gesellschaft in keiner Weise antasten. Michael Roberts erklärt: „Da die ungleiche Verteilung des Reichtums auf die Konzentration der Produktions- und Finanzmittel in den Händen einiger weniger zurückzuführen ist und diese Eigentumsstruktur unangetastet bleibt, reicht auch eine höhere Besteuerung des Reichtums nicht aus, um die Verteilung von Reichtum und Einkommen in modernen Gesellschaften nachhaltig zu verändern.“¹⁹

Biden brachte die Grenzen seiner kosmetischen Operationen am System auf den Punkt, als er seinen Geldgebern an der Wall Street mitteilte: *„Wenn die Einkommensunterschiede so groß sind wie heute in den Vereinigten Staaten, steigt die Unzufriedenheit mit der Politik und somit die Gefahr einer Revolution. Das erlaubt Demagogen, auf den Plan zu treten und ‚den anderen‘ die Schuld zu geben. [...] Sie alle wissen aus dem Bauch heraus, was zu tun ist. Wir können, was Einzelheiten betrifft, unterschiedlicher Meinung sein. Aber in Wirklichkeit haben wir alles selbst in der Hand. Niemand muss bestraft werden. Niemand müsste seinen Lebensstandard ändern. Nichts würde sich grundlegend ändern.“*²⁰

Ein neuer nationalistischer Konsens (gegen China)

Dennoch versucht Biden, mit seinen Plänen mehrere miteinander verknüpfte politische, wirtschaftliche und imperiale Ziele zu erreichen. Ein kürzlich erschienener Bericht der *New York Times* über Bidens Kongressrede mit

dem Titel *„Biden Calls for U.S. To Enter a New Super Power Struggle“*²¹ („Biden ruft die USA auf, in einen neuen Supermachtwettstreit einzutreten“) fasst die Dynamik zusammen:

„Präsident Biden hat seine weitreichende Vision, die amerikanische Wirtschaft umzugestalten, als notwendigen Schritt gerechtfertigt, um im langfristigen Wettbewerb mit China zu bestehen, einem Wettlauf, bei dem die Vereinigten Staaten nicht nur beweisen müssen, dass Demokratien leistungsfähig sind, sondern auch, dass sie den erfolgreichsten autoritären Staat der Welt in Sachen Innovation und Produktion weiterhin übertreffen können.“

Innenpolitisch möchte Biden der gesellschaftlichen Polarisierung, welche die stabile kapitalistische Herrschaft bedroht, Einhalt gebieten. Um die politische Rechte zu schwächen, hofft er, Trumps Anhängerschaft in Teilen der Arbeiterklasse zurückzuerobern, indem er Arbeitsplätze schafft und Serviceleistungen finanziert, insbesondere in den zu Grunde gerichteten ehemaligen Industriegebieten des Landes.

Weiterhin will Biden die „progressive Bewegung“, insbesondere ihre parlamentarischen Vertreter, für sich gewinnen, um das Wachstum der Linken in Schach zu halten. Seine Regierung muss definitiv wieder eine gewisse Kontrolle über den nicht nachlassenden Radikalisierungsprozess erlangen, der in den Kampagnen von Bernie Sanders und in der Stärke der antirassistischen Massenbewegung im Sommer 2020 seinen Ausdruck gefunden hat.

Zu diesem Zweck werden Biden und die Führung der Demokratischen Partei ihr Bestes tun, um Forderungen wie den Grünen New Deal, eine Gesundheitsversorgung für alle (Medicare for All) und vor allem Defund the Police²² an den Rand zu drängen und, wenn möglich, zum Schweigen zu bringen. Mit seinen halbherzigen liberalen Reformen will er diese Forderungen abwehren und sich gleichzeitig die Unterstützung liberaler NGOs und der Gewerkschaftsbürokratie sichern, damit diese ihre Mitglieder bei den Zwischenwahlen im Jahr 2022 an die Urnen bringen.

Biden hat bereits einige Erfolge bei der „Umarmung“ der Linken errungen. Verglichen mit Trumps Regierungszeit haben die Protestaktionen abrupt abgenommen, seit Biden im Amt ist. Er hat sich für seine Pläne die bedingungslose Unterstützung von Bernie Sanders, Alexandria Ocasio-Cortez und dem Rest des progressiven Flügels der Demokratischen Partei gesichert. Sanders ging sogar so weit, die Biden-Administration als „die fortschrittlichste seit Roosevelt“ zu bezeichnen.

Biden kann diese Unterstützung nutzen, um einen neuen nationalistischen Konsens zu schaffen und die Grundfesten des US-amerikanischen Imperialismus zu stärken. Die Erwähnung seiner vier Hauptinitiativen (American Rescue Plan, American Jobs Plan, American Families Plan und Made in America Tax Plan) war beabsichtigt. Dabei handelt es sich um nichts weniger als um eine liberale Version der „America First“-Politik. Im Gegenzug hofft die Regierung, die Hegemonie über die Verbündeten Washingtons, die Trump vor den Kopf gestoßen hatte, wieder zu erlangen und eine „Liga der Demokratien“ zu schmieden, um China sowie andere Staaten wie Russland und den Iran zu disziplinieren. Leider unterstützen sowohl Sanders als auch die meisten progressiven Demokraten diesen multilateralen Imperialismus.

Kann der imperialistische Keynesianismus funktionieren?

Es stellt sich nun die Frage, ob Bidens imperialistischer Keynesianismus funktionieren kann. Zwei Probleme könnten das gesamte Projekt zu Fall bringen. Erstens ist völlig unklar, ob es gelingen wird, die Arbeitsbeschaffungs-, Familien- und Steuerpläne durch den Kongress zu bringen.

Um das zu erreichen, müsste Biden entweder das Filibustering²³ abschaffen – wofür er sich bisher aus Angst, rechte Demokraten wie Joe Manchin zu verärgern, nur widerwillig eingesetzt hat – oder aber, analog zum amerikanischen Rettungsplan (American Rescue Plan), das Paket unter Zuhilfenahme des reconciliation process²⁴ verabschieden. Selbst dann müsste er sich mit Manchin und anderen absprechen, um das Paket auf den Weg zu bringen, indem er bei ohnehin unzureichenden Reformen weitere Kompromisse eingeht.

Aber die Chancen stehen gut, dass er sein Programm mit Ach und Krach durch den Kongress bringt. Seine Vorhaben sind bei den Wählern äußerst beliebt und das Kapital, vertreten durch die Handelskammer und den Business Roundtable, unterstützt Bidens aktive Finanzpolitik, obwohl es sich über Steuererhöhungen, und seien sie noch so gering, beklagt. Die Tatsache, dass der Aktienmarkt auf ein Rekordniveau gestiegen ist, das die ersten hundert Tage eines jeden Präsidenten von Truman bis Trump übertrifft, ist ein Zeichen für die Unterstützung der Konzerne.

Bidens größeres Problem besteht darin, dass seine keynesianische Politik das grundsätzliche Problem der Überakkumulation und der niedrigen Profitrate des US-

Kapitalismus nicht lösen kann. Trotz der allzu oft von Teilen der Linken verbreiteten Mär, der Keynesianismus sei eine Lösung für die kapitalistische Krise, haben keynesianische Methoden die USA nicht aus den letzten beiden großen Krisen des Systems herausgeführt.

Roosevelts New Deal hatte das System während der Großen Depression nicht wieder belebt. Das gelang vielmehr durch die massenhaften Insolvenzen jener Zeit: Nicht wettbewerbsfähiges Kapital wurde beseitigt, die Profitrate wiederhergestellt und Raum für neue Investitionen profitabler Unternehmen geschaffen. Roosevelts Programme und insbesondere seine Kriegsausgaben hatten die Wirtschaft angekurbelt, da sie ohnehin bereits im Begriff war, sich zu erholen. Und die Zerstörung Europas und Asiens durch den Krieg eröffnete weitere Möglichkeiten für rentable Investitionen, was zu dem langen Nachkriegsboom führte.

Auch während der Krise der 1970er Jahre hatte der Keynesianismus keine Antwort auf die durch Überakkumulation und geringe Rentabilität verursachte Stagflation (stagnierendes Wachstum bei hoher Inflation). Trotz wiederholter Versuche von Richard Nixon, der bekanntlich erklärte: „Wir sind jetzt alle Keynesianer“, das Wachstum durch Staatsausgaben anzukurbeln, scheiterte diese Strategie. Daher wandte sich die herrschende Klasse zunächst unter Jimmy Carter und schließlich deutlich entschlossener unter Ronald Reagan dem Neoliberalismus als neuer Strategie zu.

Aktuell haben Bidens nationale Impfkampagne und seine Konjunkturanreize einen Wachstumsschub ausgelöst. Doch dieser Aufschwung wird, wie Michael Roberts ausführt, wahrscheinlich nur ein vorübergehendes Aufflackern sein und wie vor der pandemiebedingten Rezession von einer stagnierenden Wirtschaft abgelöst werden.

In Wahrheit wird Bidens Keynesianismus, wie bei den vorangegangenen großen Systemkrisen, keinen neuen Aufschwung auslösen. Keine noch so hohen Staatsausgaben, vor allem nicht die von Biden vorgeschlagenen relativ bescheidenen Beträge, können die durch die geringe Rentabilität bedingten zögerlichen Investitionen des Privatkapitals ausgleichen.

Schlimmstenfalls könnten Bidens Staatsausgaben die Probleme des Systems sogar weiter verschärfen. Die Linie der Federal Reserve, die Zinssätze auf einem Rekordtief zu halten, obwohl sich die Wirtschaft erholt, ermöglicht Zombie-Unternehmen nach wie vor, billige Kredite aufzunehmen. Dadurch werden die Abwanderung von nicht wettbewerbsfähigem Kapital aus

dem System und die Wiederherstellung der Profitrate verhindert.

Bidens großzügige Ausgabenpolitik könnte zudem neue Probleme für das System verursachen. Es besteht die Gefahr, dass die Nachfrage bei einem Angebot, das durch die Investitionszurückhaltung des Kapitals begrenzt ist, in die Höhe getrieben wird. Dieser Nachfrageüberhang könnte bei relativ stagnierendem Wachstum einen Inflationsschub auslösen – eine Rückkehr zum Alptraum der Stagflation der 1970er Jahre.

Schon jetzt steigt die Inflation schleichend an, und wenn sie anhält, wird die Federal Reserve gezwungen sein, die Zinssätze zu erhöhen, um eine Überhitzung der Wirtschaft zu verhindern, sodass es für Zombies schwierig sein wird, sich neue Kredite zu leisten und einen Konkurs zu riskieren. Sollte das eintreten, könnte sich das Kapital gegen Biden wenden und die Grand Old Party (GOP)²⁵ dabei unterstützen, Sparmaßnahmen auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung und der Unterprivilegierten durchzusetzen.

Sozialisten dürfen nicht zum Anhängsel von Bidens Liberalismus werden

Aktuell jedoch erlebt Bidens imperialistischer Keynesianismus noch seine Blütezeit. Er wurde von der Basis der Demokratischen Partei akzeptiert und hat die sozialistische Linke überrascht, die nicht weiß, wie sie reagieren soll.

Die neue Linke, vor allem die Demokratischen Sozialisten von Amerika (DSA), hat sich in Opposition zu den neoliberalen Demokraten und den rechten Republikanern radikalisiert und war daher nicht darauf vorbereitet, mit Bidens Keynesianismus umzugehen. Noch schwerer wiegt die Tatsache, dass Sanders den New-Deal-Liberalismus mit einer sozialistischen Politik verwechselt und gemeinsam mit Alexandria Ocasio-Cortez und der Gruppierung „the Squad“²⁶ Biden bei dessen Umsetzung unterstützt.

So ist die Linke dabei, zum Anhängsel von Bidens imperialistischem Keynesianismus zu werden. Es verwundert nicht, dass die Liberalen Biden begeistert unterstützen, aber Teile der Linken haben sich ihnen angeschlossen. Sie glauben (fälschlicherweise), dass Biden ihnen zuhört und sogar ihr Programm übernimmt. Das tut er nicht; er setzt ein liberales imperialistisches Programm um, das vom Washingtoner Establishment ausgearbeitet wurde, um den US-Kapitalismus zu stärken.

Anderere sind zu kritischen Befürwortern von Bidens Vorhaben geworden, da es aktuell nicht möglich sei, weitreichende Reformen durch den Kongress zu bringen.

Bestenfalls setzen sie sich für oberflächliche Verbesserungen ein. Diese realpolitische Haltung führt dazu, dass die Linke völlig unzureichende Reformen unterstützt, die sie in wesentlichen Teilen eigentlich ablehnen sollte, und sie daran hindert, sich für radikalere Reformen einzusetzen.

Einige Biden-kritische Stimmen versuchen, das von ihnen unterstützte keynesianische Programm gesondert zu betrachten, während sie das imperialistische Ziel der Konfrontation mit China ablehnen. Aber es ist nicht möglich, diese beiden Seiten der Politik Bidens zu trennen. Bidens Programme zielen, wie er selbst und alle Mitglieder seiner Regierung immer wieder betonen, darauf ab, die Wettbewerbsposition der USA in der Weltwirtschaft gegenüber China zu verbessern.

Ausgehend von diesen falschen Prämissen vertritt die Mehrheit der Linken aktuell die Position, dass der Schlüssel zur Veränderung der Gesellschaft darin liegt, die Demokraten zu wählen bzw. für sie zu kandidieren. Tatsächlich wären jedoch massenhafte, das System erschütternde und, falls erforderlich, illegale Kämpfe außerhalb der und mitunter gegen die Demokratische Partei die beste Strategie für die Linke, notwendige Reformen durchzusetzen.

Wir dürfen nicht vergessen, dass die bestehenden Klassenunterschiede erst seit der Entstehung der Occupy-Bewegung in einer breiteren Öffentlichkeit diskutiert werden. Erst die Streiks der Chicagoer Lehrgewerkschaft, der United Teachers of Los Angeles und die illegalen Streiks des Lehrpersonals in einigen roten Bundesstaaten haben das Establishment veranlasst, sich mit den Anliegen von Lehrkräften, Schülern und der Bevölkerung auseinanderzusetzen. Und, was wohl der wichtigste Punkt ist, erst durch die Black-Lives-Matter-Bewegung sah sich das demokratische Establishment gezwungen, das Problem des strukturellen Rassismus zumindest rhetorisch anzuerkennen.

Eine sozialistische Alternative zum imperialistischen Keynesianismus

Wir als Sozialisten müssen Bidens Lockruf widerstehen, seiner Regierung den Rücken zu stärken. Stattdessen müssen wir unsere Unabhängigkeit bewahren, indem wir Kämpfe für radikale Reformen organisieren oder uns daran beteiligen. Nur so können wir eine sozialistische Alternative zu Biden und zu den Demokraten aufbauen.

Andererseits müssen wir vermeiden, in eine ultralinke Falle zu tappen und Bidens liberale Reformen als bedeutungslos abzutun, denn sie werden das Leben der Menschen verbessern, auch wenn das nicht das primäre Ziel

des Reformpakets ist. Aber statt einer bedingungslosen Unterstützung sollten wir eine drastische Ausweitung der Reformen fordern und uns für die Einbeziehung derjenigen einsetzen, die derzeit vom nationalistischen Projekt der Regierung ausgeschlossen sind – insbesondere Einwanderer ohne Papiere.

Gleichzeitig müssen wir uns Bidens Versuch widersetzen, die Linke auf die Unterstützung reaktionärer liberaler Maßnahmen einzuschwören. Wir sollten uns der Black-Lives-Matter-Bewegung anschließen und uns gegen den George Floyd Act aussprechen, der wie andere Reformen der Polizeigesetze die rassistischen Polizeibehörden stärken wird, anstatt sie zu schwächen.

Wir müssen dem Beispiel der Aktivist*innen für die Rechte der Migrant*innen folgen und den Farmworkers Modernization Act bekämpfen, der unter dem Deckmantel einer Einwanderungsreform eine Legalisierung verhindert, ausbeuterische Gastarbeiterprogramme ausweitet und Arbeiter*innen durch neue Einwanderungskontrollen in die Illegalität treibt.

Wir sollten auch auf einer prinzipiellen Ablehnung der imperialistischen Politik der USA bestehen, einschließlich ihrer Unterstützung für Vasallenstaaten wie Kolumbien und für den israelischen Apartheidstaat mit seiner Politik der ethnischen Säuberungen. Wir sollten uns, was vielleicht am wichtigsten ist, Bidens Anspruch auf die Vormachtstellung der USA über die Welt und gegen China widersetzen. Unsere Aufgabe als Internationalist*innen besteht darin, Solidarität über Grenzen hinweg aufzubauen anstatt im Kampf zwischen der dominierenden imperialistischen Weltmacht und ihrem kleineren, aber nicht weniger reaktionären Rivalen Partei zu ergreifen.

Schließlich müssen wir den Kampf für unser Programm radikaler innenpolitischer Forderungen verstärken, zu denen die Demokraten bestenfalls Lippenbekenntnisse abgeben, die sie aber noch häufiger ablehnen. Hier geht es um Forderungen wie das Gesetz zum Schutz gewerkschaftlicher Rechte (PRO-Act), kostenlose Hochschulbildung, medizinische Versorgung für alle (Medicare for All), den Grünen New Deal, eine Kürzung des Budgets für das Pentagon (Cut the Pentagon), eine Umschichtung der Ausgaben für die Polizei (Defund the Police) und die Abschaffung der Bundesbehörde für Einwanderungskontrolle (ICE). Die einzige Möglichkeit, diese Forderungen durchzusetzen, sind massenhafte, systemstörende, auch illegale Proteste und Streiks, ähnlich denen, die in den 1930er und 1960er Jahren radikale Veränderungen bewirkt haben.

Um diese Kämpfe anzuführen, müssen wir die Falle vermeiden, in die unsere Vorfahren geraten sind – das Aufgehen der Linken in der Demokratischen Partei. Wir sollten darauf bestehen, eine eigene Partei aufzubauen, um durch radikale Reformen das im Scheitern begriffene kapitalistische System schrittweise durch ein Gesellschaftsmodell zu ersetzen, das auf der ganzen Welt den Menschen über den Profit stellt: einen internationalen Sozialismus.

Burlington, 18. Mai 2021

Ashley Smith ist Geschäftsführer der Zeitschrift *Spectre* und Mitglied der Demokratischen Sozialisten von Amerika (DSA) in Burlington/Vermont. .

Quelle: Dieser Artikel wurde zuerst auf der Website des Tempest-Kollektivs veröffentlicht. <https://www.tempest-mag.org/2021/05/imperialist-keynesianism/>

Aus dem Englischen übersetzt von EF

- 1 Unter „liberal“ versteht man im US-amerikanischen Kontext fortschrittliche Strömungen bzw. Parteien.
- 2 Als Great Society („großartige Gesellschaft“) wird das Programm sozialpolitischer Reformen der US-Regierung unter dem von 1963 bis 1969 amtierenden Präsidenten Lyndon B. Johnson bezeichnet.
- 3 Scranton in Pennsylvania ist die Stadt von Bernie Sanders.
- 4 Fortune Global 500 ist eine jährlich erscheinende Liste der 500 umsatzstärksten Unternehmen der Welt. Sie wird vom US-amerikanischen Wirtschaftsmagazin Fortune veröffentlicht. <https://fortune.com/2020/08/10/fortune-global-500-china-rise-ceo-daily/>
- 5 Als Räuberbarone (robber barons) werden US-amerikanische Kapitalisten des späten 19. Jahrhunderts bezeichnet.
- 6 = republikanische Bundesstaaten
- 7 <https://www.forbes.com/sites/carter-coudriet/2019/10/15/billionaires-more-taxes-gates-buffett-bloomberg/?sh=69af86027792>
- 8 Eine konservative Lobby der Führungskräfte großer US-amerikanischer Unternehmen, die 1972 gegründet wurde, um auf die Politik und die Regierung der Vereinigten Staaten Druck auszuüben. <https://www.businessroundtable.org/business-roundtable-redefines-the-purpose-of-a-corporation-to-promote-an-economy-that-serves-all-americans>
- 9 <https://www.politico.com/news/2021/02/12/chamber-of-commerce-biden-468820>
- 10 <https://www.blackrock.com/us/individual/larry-fink-ceo-letter>
- 11 <https://foreignpolicy.com/2020/02/07/america-needs-a-new-economic-philosophy-foreign-policy-experts-can-help/>
- 12 Mitte Mai 2020 leitete die US-Regierung die „Operation Warp Speed“ ein, um die Entwicklung und Herstellung viel versprechender Impfstoffkandidaten gegen SARS-CoV-2 zu beschleunigen. Der Name des Projekts leitet sich vom fiktiven

Warp-Antrieb in der Serie Raumschiff Enterprise ab, mit dessen Hilfe die Lichtgeschwindigkeit überflügelt wird.

13 Der Coronavirus Aid, Relief, and Economic Security Act ist ein 2,2 Billionen schweres Paket zur Belebung der Wirtschaft. Das Gesetz wurde am 27. Mai 2020 von Präsident Trump unterzeichnet.

14 <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2021/04/28/fact-sheet-the-american-families-plan/>

15 https://home.treasury.gov/system/files/136/MadeInAmericaTaxPlan_Report.pdf

16 <https://soundcloud.com/novaramedia/downstream-how-radical-is-president-joe-biden-w-adam-tooze>

17 <https://newleftreview.org/issues/ii128/articles/susan-watkins-paradigm-shifts>

18 <https://www.commondreams.org/news/2021/03/31/critics-warn-biden-infrastructure-plan-falls-woefully-short-climate-crisis>

19 <https://thenextrecession.wordpress.com/2021/05/02/wealth-inequality/>

20 <https://www.bloomberg.com/news/articles/2019-06-19/biden-tells-elite-donors-he-doesn-t-want-to-demonize-the-rich>

21 <https://www.nytimes.com/2021/04/29/us/politics/biden-china-russia-cold-war.html>

22 Gefordert wird eine Umschichtung der Mittel für die Polizei auf andere Bereiche wie Programme für die psychische Gesundheit.

23 Taktik einer Minderheit, durch Dauerreden eine Beschlussfassung durch die Mehrheit zu verhindern oder zu verzögern.

24 Im Fall der reconciliation (Versöhnung) genügt die Unterstützung einer einfachen Mehrheit des Senats für die Verabschiedung eines Gesetzes.

25 die Republikanische Partei

26 „The Squad“ ist die informelle Bezeichnung einer Gruppe von sechs demokratischen Abgeordneten des Repräsentantenhauses.



REVOLUTIONÄRER ÖKOSOZIALISMUS

Gegen den auch unter Linken verbreiteten „Kollapsionismus“ zeigen die Autoren auf, dass es nie zu spät ist, den Kampf gegen die multiple Krise der Gegenwart in einer notwendig revolutionären Perspektive zu führen. Und doch: Es wird Zeit!

■ **Juanjo Alvarez und Martin Lallana**

Das politische, ökonomische, soziale und auch kulturelle Leben einer ganzen Generation wird von der gegenwärtigen Krise geprägt. Inmitten all der Ungewissheit bleibt die einzige Gewissheit, dass es keine Rückkehr zu den unbeschwerteren Jahren der Vergangenheit geben wird. Dass wir einer unsicheren und prekären Zukunft entgegengehen, scheint hingegen ausgemacht. Die ökologische Krise ist ein wesentlicher Bestandteil dieses Szenarios und verdeutlicht, dass die Welt, in der wir leben, nicht mehr die ist, in der wir einst zu leben glaubten. Sie zeigt uns, dass die Umweltzerstörung bereits so weit fortgeschritten ist, dass man nicht mehr darüber hinwegsehen kann und dass das Unwahrscheinlichste bald zum Alltag gehören wird.

Der unbestreitbare Temperaturanstieg und das immer häufigere Auftreten von Extremwetterlagen führen dazu, dass der Klimawandel unmittelbar nahe gerückt ist und von immer mehr Menschen wahrgenommen wird. Dadurch wird es objektiv unter anderem einfacher, dass die Umweltbewegung Massenmobilisierungen anstoßen und besonders Teile der Jugend erreichen kann. Die Arbeit von mehreren Jahrzehnten beginnt sich auszuzahlen und hat in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. Die offizielle Politik wird sich der Bedeutung des Umweltschutzes allmählich bewusst und der Umweltschutz beansprucht einen festen Platz in der Politik. Die Belange des Umweltschutzes und besonders des Klimanotstands rücken neuerdings in den Mittelpunkt der Politik. Alle politischen Parteien versuchen

sich als Umweltschützer zu profilieren, alle Gruppierungen sind gezwungen, Stellung zu beziehen, und die Umweltdebatte erlangt eine bisher kaum vorstellbare Aufmerksamkeit.

Um in dieser Situation eindeutig Stellung zu beziehen, muss man sich des Ausmaßes der Krise bewusst sein. Es handelt sich weder um eine konjunkturelle noch um eine sektorielle Krise, die sich auf die „offiziell anerkannten“ Umweltfragen beschränkt. Die ökologische Krise ist eng mit dem Wirtschaftswachstum verbunden. Jede „Stoffwechselstörung“ (abnehmende Bodenfruchtbarkeit, Erschöpfung der Ressourcen und Energiequellen) verdeutlicht, dass die ökologischen Grenzen des Planeten erreicht sind und der Kapitalismus einfach nicht damit umgehen kann. Die Dynamik des Kapitals besteht in der erweiterten Reproduktion desselben, während das Gebot zur Bewältigung dieser Krise darin besteht, den Primat des Wirtschaftswachstums zu beschneiden. Man darf sich keinen Illusionen hingeben: Es bedarf eines Bruchs, einer tiefgreifenden und dauerhaften Transformation des gesamten sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Systems.

Natürlich ist eine solch grundlegende Transformation nicht nur durch eine „punktueller“ Revolution zu erzielen, zumal eine Revolution kein punktueller Ereignis sein kann. Um es provokativ zu formulieren: Die Einnahme des Winterpalastes war faktisch von geringerer Bedeutung. Jetzt geht es darum, eine Allianz für eine neue Gesellschaft und eine andere Welt zu schmieden, wie dies in den vergangenen Jahrzehnten schon erfolgt ist. Daneben ist die Schaffung neu-

er Utopien und Alternativen in jedem Konflikt der Kristallisationspunkt, um den herum ein neuer sozialer Konsens als Katalysator der Transformation entsteht.

Die Polarisierung im Augenblick tiefer Krisen ist der Nährboden für das Entstehen historischer Brüche, in denen die Gesellschaft einen Kurswechsel vollzieht. Der Ökosozialismus hat die Verantwortung, sich als emanzipatorisches Projekt zu konstituieren, das in solchen Momenten eine Alternative bieten kann. Das politische Projekt des Umweltschutzes kann nur ein revolutionäres Projekt sein.

Die Umweltkrise richtig verstehen

Zuvor müssen wir uns aber unbedingt darüber im Klaren werden, wie die bevorstehenden Szenarien der massiven Umweltzerstörung zu verstehen sind. Natürlich liegt es nicht in unserer Macht, das Verfahren zu wählen, das uns am besten geeignet erscheint. Wir sind jedoch der Ansicht, dass es innerhalb einer objektiven, durch biophysikalische Kriterien definierten Situation unterschiedliche Interpretationen gibt, wie dieser Klimawandel beschaffen ist und welchen Stellenwert politische und soziale Prozesse dabei haben, was für uns entscheidend ist.

1 Unseres Erachtens ist die Lage, die gemeinhin als Umweltkrise bezeichnet wird, als eine Abfolge mehrerer, aufeinander folgender und miteinander verbundener Krisen zu verstehen. Wir müssen uns von einem linearen Verständnis freimachen, wonach wir unweigerlich auf die schlimmstmögliche Katastrophe zusteuern, so wie es von gewissen „kollapsionistischen“ Kreisen vorhergesagt wird, zugleich aber auch reformistischen Positionen Vorschub leistet.

2 Jede dieser Krisen weist spezifische Merkmale auf und dreht sich oft um Belange, die weit von den zugrunde liegenden ökologischen Ursachen entfernt zu sein scheinen. Dies bedeutet, dass jede Krise entlang ihrer spezifischen Parameter angegangen werden muss, die in den meisten Fällen eng mit der sozialen, politischen und territorialen Situation zusammenhängen.

3 Jede dieser Krisen birgt das Potential eines Bruchs mit dem System, und die kollektiven Kämpfe, die dabei entstehen, haben Einfluss auf unsere Fähigkeit, die folgende Krise zu bewältigen. Wir gehen von einem kumulativen Szenario aus, bei dem das politische und soziale Engagement in jeder Phase dafür ausschlaggebend sein wird, ob wir unsere Gesellschaft transformieren können. Gerade die zunehmenden Konfliktsituationen, in die weite Teile der Bevölkerung involviert werden, ermöglichen einen Lernprozess und ein Verständnis der globalen Phänomene, was wiederum Fortschritte beim Aufbau einer Alternative ermöglicht.

4 Keineswegs wird diese fortschreitende massive Umweltzerstörung und Ressourcenerschöpfung dazu führen, dass ein politisches Engagement für eine freie und gerechte Gesellschaft nicht mehr möglich sein wird. Wie schlimm und brutal es auch kommen mag, ändert dies für uns nichts daran, einen kollektiven Kampf führen zu können und zu müssen, um die Lebensbedingungen der besitzlosen Klassen zu verbessern.

Diese Sichtweise auf die anstehenden Herausforderungen erlaubt uns folgende Feststellung: Auch wenn wir mit einer geschichtlich beispiellosen globalen Menschheitskrise konfrontiert sind, wird sich jede dieser aufeinander folgenden und miteinander verwobenen Krisen in konkreten politisch-historischen Prozessen niederschlagen, aus denen wir jeweils Lehren ziehen können. Wir müssen uns der Umweltkrise Punkt für Punkt annehmen und die Zeit für revolutionäre Politik ist nicht vorüber, sondern hat sich nur beschleunigt und intensiviert.

Formen der Gegenwehr

Eine der offensichtlichsten Folgen der Umweltkrise ist ihre Fähigkeit, soziale Konflikte zu entfachen und zuzuspitzen. Die Wucht dieser Krisen führt mit hoher Wahrscheinlichkeit zu sozialen Explosionen. Damit jedoch eine revolutionäre Situation erfolgreich genutzt werden kann, brauchen wir mehr als solche Grenzüberschreitungen, nämlich ein bewusstes politisches Subjekt, das wir aufbauen müssen, damit das System nicht nur in Frage gestellt, sondern gestürzt werden kann.

Einige der zahlreichen Krisen infolge der Umweltzerstörung werden sich wahrscheinlich zu einer organischen Krise auswachsen, in der das Versagen des herrschenden Systems zu Tage tritt. Dies führt zum Legitimationsverlust des Staates und einer zunehmenden Diskrepanz zwischen den Erwartungen großer Teile der Bevölkerung und der offiziellen Politik. Eine solche organische Krise kann entstehen, wenn das System im Zuge der Umweltkrise gegenüber den Folgen von Extremwetterereignissen versagt oder die Verknappung der Ressourcen mit Massentlassungen oder Abbau öffentlicher Dienstleistungen auf die Bevölkerung abwälzt.

Die soziale Realität ist heute gekennzeichnet durch Atomisierung, Zerrissenheit und zunehmende Ungleichheit. Insofern werden sich diese organischen Krisen vermutlich in Form von Revolten vollziehen. Spontane Massenausbrüche ohne ein klares politisches Ziel und ohne zwischengeschaltete Strukturen, die über das hinausgehen, was zur Mobilisierung oder Reaktion auf unmittelbare

Herausforderungen notwendig ist. Die Revolte spiegelt den gesellschaftlichen Antagonismus wider und schwächt den Staat, zerschlägt ihn aber nicht. Sie ist somit zugleich Ausdruck sozialer Stärke als auch politischer Schwäche.

Insofern muss eine ökosozialistische Strategie eine Antwort darauf geben können, wie aus der Revolte und den organischen Krisen, die daraus entstehen und die infolge der Umweltkrise immer schärfer werden, revolutionäre Krisen werden, in denen die Massen bewusst handeln, indem sie sich der bestehenden Macht entgegenstellen und ihre eigene Volksmacht errichten. Fehlt eine solche Strategie, werden die Revolten scheitern oder in blutigen Konterrevolutionen erstickt werden. Daher kann man nicht darauf vertrauen, dass massenhafte Formen der Selbstorganisation, Selbstverwaltung und Arbeiterkontrolle spontan entstehen, wenn sie nicht zuvor erlernt worden sind.

Es müssen zunehmend Erfahrungen gesammelt werden und Kräfte heranreifen, damit eine neue Legitimität begründet werden kann. Auf diese Weise werden soziale Funktionen im Alltagsleben übernommen, die sich innerhalb der Gesellschaft eine eigene Geltungsmacht gegenüber dem bestehenden System verschaffen. Dies wird vor dem Hintergrund der Umweltkrise umso wichtiger werden, da immer deutlicher zutage treten dürfte, wie der Kapitalismus die ungerechten Folgen der Krise und die Krise selbst weiter verschärft und wie die Unfähigkeit des Staates, diese Entwicklung zu korrigieren, immer mehr zunimmt. Daher müssen wir eben diese strategischen Aufgaben in den Mittelpunkt unserer ökosozialistischen Agenda rücken. Dies beinhaltet, jeden Konflikt zu schüren und zuzuspitzen und politische Kader zu gewinnen, die in der einfachen Bevölkerung verankert und in der Lage sind, in bewegten Zeiten flexibel zu agieren. Außerdem müssen wir kollektive Strukturen als Keim einer Gegenmacht aufbauen, die in der Lage sein muss, unsere Gesellschaft tiefgreifend zu verändern.

Zur Staatsfrage

Über all diesen strategischen Überlegungen thront die Staatsfrage. Angesichts der Umweltkrise und des bereits stattfindenden Klimawandels ist es umso dringlicher, uns darüber Klarheit zu verschaffen.

Beginnen wir mit dem real existierenden kapitalistischen Staat. Innerhalb der Linken haben sich in den letzten Jahrzehnten mehrheitlich Konzepte durchgesetzt, die den Staat als einen Gemischtwarenladen begreifen, in dem sich das Kräfteverhältnis des Klassenkampfes kristallisiert, also als eine Ansammlung gewissermaßen neutraler Apparate, die besetzt und für jeden beliebigen Zweck genutzt werden

können. Dem wollen wir widersprechen, erst recht wenn es um die Lösung der Umweltkrise geht.

Im Neoliberalismus neigt der Staat noch mehr dazu, zugunsten der Kapitalakkumulation zu intervenieren und soziale Aspekte dabei hintanzustellen. Fand früher in einigen Teilen der Welt, insbesondere in Westeuropa, noch eine gewisse Umverteilung im Sinne eines sog. „Wohlfahrtsstaats“ statt, so schwindet dies zunehmend. Somit haben wir es mit einer Verwaltung, Bürokratie und einer Arbeiterschaft zu tun, die in denjenigen Bereichen geschwächt und mitunter gar verkümmert ist, die uns in der Zeit des ökosozialen Wandels am meisten interessieren. Darüber hinaus schränkt ein Geflecht von Freihandelsabkommen, Stabilitätspakten und Schulden bei den Finanzmärkten den politischen Gestaltungsraum des Staates deutlich ein.

Wir sind der Ansicht, dass die herrschenden kapitalistischen Staatsapparate nicht in der Lage sein werden, die tiefgreifenden Veränderungen vorzunehmen, die zur Bewältigung der Umweltkrise erforderlich sind. In vielen Fällen wäre nicht einmal eine kapitalistische Konterrevolution notwendig, um einen solchen Wandel zu verhindern, da bereits die bestehenden Regierungs-, Gesetzgebungs-, Regulierungs- und Finanzstrukturen ausreichende Hindernisse auf diesem Weg darstellen. Daher brauchen wir in den Bereichen eine eindeutige Strategie, die für uns beim ökosozialen Wandel von größtem Interesse sind.

Das bedeutet nicht, dass wir als Ökosozialist*innen bei unserem Engagement dem Staat den Rücken kehren sollen. Vielmehr dürfen wir bloß dort keine Hoffnungen auf ihn setzen, wo er sie aller Voraussicht nach nicht erfüllen wird. Eine linke Regierung mit einem eindeutig antikapitalistischen Programm kann vielleicht Entwicklungen und Möglichkeiten eröffnen, die nicht bloß durch Mobilisierungen von unten erzielbar sind, und damit als Hebel fungieren. Aber gerade weil eine solche Regierung nicht in der Lage ist, der Tendenz zur Kapitalakkumulation entgegen zu wirken, darf ihre programmatische Umsetzung keinesfalls zulasten der selbsttätigen Organisation der Bevölkerung gehen, weil nur diese allein die Überwindung des kapitalistischen Machtapparats und den Aufbau eines ökosozialistischen Systems bewerkstelligen kann. Eine solche Regierung müsste materielle Fortschritte und Errungenschaften zugunsten der Mehrheit der Bevölkerung erbringen und die kapitalistische Wirtschaft durch Vergesellschaftungs- und Selbstverwaltungsmaßnahmen in den strategischen Schlüsselsektoren so weit als möglich schwächen.

Gleichzeitig muss von außerhalb der Institutionen die Bevölkerung dazu motiviert werden, ein Höchstmaß an

Selbstorganisation und Selbstermächtigung in den sozialen Bewegungen zu erreichen. Davon wird abhängen, inwieweit es möglich sein wird, Druck auf den Staat auszuüben, den ökosozialen Wandel anzupacken. Von der Stärke der autonomen und organisierten Volksbewegung wird es abhängen, ob die organischen Krisen in revolutionäre umgewandelt werden können. Somit können auch hinreichend Erfahrungen und Legitimität erworben werden, um den Bruch mit dem kapitalistischen System überhaupt angehen zu können. Denn gerade dann, wenn die Organe des alten Staatsapparates gelähmt, zerschlagen und unfähig sind, ihre Funktion zu erfüllen, kommt die soziale Legitimität der autonomen Strukturen und Institutionen ins Spiel, mit denen die ausgebeuteten Klassen die Herausforderungen und Bedürfnisse des Alltags zu bewältigen suchen und so ihre soziale Autorität begründen.

Die Begründung des Klassenbewusstseins

In diesem Prozess ist es absolut unumgänglich, dass nach und nach Erfahrungen gesammelt werden und die ausgebeuteten Klassen wirkmächtig werden. In erster Linie geht es dabei um die Schaffung eines politischen Subjekts, das sich als solches erkennt und sich durch seine Organisierung seines Potentials bewusst wird. Zweitens müssen weite Teile der Bevölkerung begreifen, wie ausgedehnt und tief die Umweltkrise ist, und davon überzeugt sein, dass diese Krise nur durch einen Bruch mit dem herrschenden Wirtschaftssystem bewältigt werden kann. Drittens muss das Bewusstsein reifen, dass nur die zum Subjekt gewordene Klasse diesen Bruch vollziehen und eine freie Gesellschaftsordnung errichten kann, die die einzelnen Krisen sozial gerecht angeht.

Bei diesem Punkt muss ergänzt werden, dass man sich über die berechtigten Aussichten bewusst werden muss, einen solchen Bruch und Wandel auch vollziehen zu können. Dies ist gar nicht so banal, wenn man bedenkt, dass in heutigen Zeiten unter den gegebenen politischen Umständen die revolutionäre Perspektive eher wie ein flüchtiges Relikt aus dem letzten Jahrhundert daherkommt.

Wie rasch und dauerhaft wir diese Ziele erreichen können, ist eine Frage des ernsthaften Engagements und der Zuspitzung der multiplen und interdependenten Krisen. In jedem Fall stehen uns höchst ungewisse und instabile Zeiten bevor, die uns zu der Annahme berechtigen, dass ein augenscheinlich langwieriger Prozess doch sehr viel schneller vonstatten gehen kann, als angenommen. Und zwar gibt es zwei Bereiche, in denen sich Konflikte deutlicher herauschälen und zu einer Reifung der angesprochenen Kräfte führen können. Dies sind einerseits die multiplen Verwerfungen in

dem gemeinhin so genannten Konflikt zwischen Kapital und Allgemeinwohl und andererseits die Arbeitswelt, besonders dort, wo enge Zusammenhänge mit den Achsen des ökologischen Umbaus bestehen. (Siehe hierzu den nachfolgenden Artikel von Jeremy Anderson in dieser Ausgabe *der internationale*).

Was den ersten Bereich angeht, werden wir erleben, wie die kommenden Krisen zu einer Zuspitzung des Konflikts zwischen Kapital und Allgemeinwohl führen werden. Weil der Kapitalismus außerstande ist, die gewohnten Profitraten zu erzielen, und der Finanzsektor nur sehr bedingt unabhängig von der Realwirtschaft funktionieren kann, wird das Kapital weiter in bisher unerschlossene Bereiche vordringen. Dies wird sich zeigen in zunehmender Kommodifizierung, Privatisierung und Kapitalakkumulation durch Enteignung. Die sichtbaren Folgen davon sind bspw. Wohnraumverknappung, Abbau öffentlicher Dienste, Investitionen der Fondsgesellschaften im Energie- oder Agrarsektor oder das Aufkaufen fruchtbarer Böden durch Kapitalanleger*innen. Die Schäden, die das Kapital anrichtet, werden dadurch noch stärker erfahrbar, was die politische Schlussfolgerung nahelegt, die Welt zu ändern. Solche Konflikte rufen organisierte Gegenwehr hervor und diese Prozesse sind entscheidend dafür, dass die Kräfte reifen können.

Der andere Bereich, die Arbeitswelt, macht für überwiegende Teile der Bevölkerung erfahrbar, wie sich die Klimakrise auf ihr Alltagsleben auswirkt. Dies gilt nicht nur für die Lohnarbeit, sondern findet seine Entsprechung auch in der Reproduktionstätigkeit. Es liegt auf der Hand, dass die Stellennachfrage in Zeiten knapper Ressourcen zunehmen und zu noch größerer Benachteiligung der Frauen führen kann, wenn dies nicht sozial gerecht geregelt wird. Außerdem werden wir starke Einbrüche bei den Arbeitsplätzen mit Betriebsschließungen und Massenentlassungen in den von der Umweltkrise am stärksten betroffenen Sektoren erleben. Die Kämpfe, die in diesen zentralen Konflikten entstehen werden, werden ausschlaggebend sein bei der Schaffung einer allfälligen ökosozialistischen Alternative.

Insofern ist es auch essentiell, dass eine solche ökosozialistische Alternative über die bisherige Umweltbewegung hinausgeht. Sie muss stattdessen zu einem Sammelbecken werden, wo die Umweltbewegung nur Teil des großen Ganzen ist, das die Gewerkschaften, Umweltschützer*innen, sozialen Bewegungen und Parteien einbezieht.

Die Kraft der Utopie

Zu den strategischen Aspekten einer ökosozialistischen Alternative gehört auch, eine Perspektive und eine konkrete

Utopie aufzuzeigen. Ansonsten wird es schwer fallen, den dafür erforderlichen Elan aufzubringen. Dafür müssen wir eine Zukunft skizzieren, die sich grundlegend von der Gegenwart unterscheidet und erstrebenswert ist, und die entsprechenden Forderungen umreißen, die von den unmittelbaren Zielen ausgehend in die Zukunft weisen.

Es ließe sich lang und breit darlegen, wie eine ökosozialistische Gesellschaft beschaffen sein muss, die sich von der Welt des Überflusses, die bisher Grundlage unseres Denkens war, radikal unterscheidet. Was wir brauchen, ist eine Welt, in der die Reichtümer und die Arbeit so verteilt werden, dass die Umweltkrise sozial gerecht bewältigt werden kann und eine ökonomische und ökologische Planung die Folgen der Ressourcenverknappung weitestgehend auffängt. Nur so kann sich unsere Gesellschaft wieder in die biophysikalischen Grenzen des Ökosystems einfügen.

Zwei wesentliche Aspekte einer solchen Perspektive liegen in der Umverteilung und Aufwertung der Sorgertätigkeiten im Alltag und in der Freisetzung zeitlicher Ressourcen für ein lebenswerteres Leben. Dabei dürfen wir die psychosozialen Verheerungen, die der kapitalistische Mahlstrom (nordatlantische Wirbelströme von gewaltiger Sogwirkung [A. d. R.]) anrichtet, auf keinen Fall unterbewerten. Je breiter der sich nämlich auswächst, desto stärker wachsen Ungewissheit, Prekarität und Instabilität. Neben den politischen Zielen und der ökosozialistischen Perspektive spielen diese Elemente eine große Rolle, um eine Utopie vom Guten Leben zu entwerfen, das für alle erstrebenswert ist und für das es sich zu kämpfen lohnt.

Die konkreten Kämpfe und Auseinandersetzungen der Gegenwart müssen immer mit der von uns angestrebten Perspektive verknüpft werden. Ansonsten verfallen wir in strategische Verwirrungen und taktischen Opportunismus. Nur wenn wir diese Richtschnur einhalten, können wir wegweisende politische Kämpfe initiieren. Und nur so gelingt – mit wachsenden Erfahrungen und zunehmender Organisierung des politischen Subjekts – der revolutionäre Sprung, wenn das System ins Wanken gerät und radikale Umbrüche anstehen.

Um diese Verknüpfung herzustellen, müssen wir Vorschläge erarbeiten, die einerseits den ökologischen Wandel abbilden, andererseits für die Mehrheit der Bevölkerung Verbesserungen bringen. In jeder Forderung, jedem Kampf und jeder Errungenschaft muss ein Korn enthalten sein, das in den kommenden Auseinandersetzungen Früchte tragen kann. Wir müssen genau aufzeigen, wie unsere politischen Ziele einen materiellen

Fortschritt beinhalten, an dem die einfache Bevölkerung von Beginn an teilhaben kann. Insofern müssen unsere Forderungen zuvörderst Probleme thematisieren wie die Schaffung zahlreicher Arbeitsplätze in Branchen, in denen die Beschäftigten ihre Existenz bedroht sehen, oder das öffentliche Verkehrswesen und der garantierte Zugang zu Wohnraum und Grundversorgung.

Fazit

Das revolutionäre Engagement für den Ökosozialismus wird umso plausibler, je mehr sich die Umweltkrise zuspitzt. Wie dargelegt, sind dabei die einzelnen Zwischenschritte und Prozesse nicht beliebig und es gibt keine Abkürzungen. Die Dringlichkeit der ökologischen Krise mag Zweifel aufwerfen, ob die von uns skizzierte Transformation rechtzeitig durchsetzbar ist. Insofern wollen wir zunächst darauf verweisen, dass Geschichte niemals gradlinig verläuft und dass es in instabilen Zeiten Sprünge, Brüche und Verwerfungen gibt, die zuvor unvorstellbare Chancen eröffnet. Zweitens glauben wir, dass gerade die Dringlichkeit und Tragweite der obwaltenden Krise uns dazu verpflichtet, uns solche Ziele aufzuerlegen. Weil uns nur wenig Zeit bleibt, können wir nicht länger damit warten, eine breite ökosozialistische Front in der Bevölkerung aufzubauen, die mit dem unterdrückerischen und umweltzerstörerischen System Schluss machen kann. Keineswegs soll dies heißen, dass wir deswegen untätig darauf warten, dass der Kapitalismus zusammenbrechen wird. Vielmehr müssen wir entschlossen in alle sich bietenden Konflikte, Kämpfe und politischen Schlachten eingreifen – taktisch flexibel, aber strategisch bestimmt.

Last but not least wollen wir unterstreichen, dass dieser Kampf international geführt werden muss und dass auch das revolutionäre Subjekt in all seiner Breite und Diversität international aufgestellt sein muss. Vermutlich werden sich etliche der oben skizzierten Ausbrüche, Revolten und organischen Krisen zuerst in peripheren oder semiperipheren Regionen des kapitalistischen Weltsystems entwickeln. Die daraus entstehenden Fortschritte und Erfolge bereiten den Boden für unsere Aussichten andernorts.

■■■■■ **Juanjo Alvarez** und **Martin Lallana** sind Mitglieder der Ökologiekommision von Anticapitalistas, der spanischen Sektion der IV. Internationale

Aus *Viento Sur* vom 17.8.21 und aus *A l'Encontre*

Übersetzung: MiWe



ARBEITERBEWEGUNG UND KLIMAWANDEL

„System Change“ – Ja, aber in welche Richtung der „Wandel“ gehen soll und kann, hängt entscheidend von der aktiven Einmischung der organisierten – nicht zu vergessen: internationalen – Arbeiterbewegung ab.

■ **Jeremy Anderson**

Die Mobilisierung der internationalen Arbeiterbewegung für Klimagerechtigkeit und sozial gerechten Wirtschaftswandel [im Folgenden einfach Wandel genannt] ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Dabei ist jedoch für die Beschäftigten in vielen Branchen unklar, inwiefern sie speziell mit der Klimafrage zu tun haben (werden) und wie sie damit umgehen sollen. Bisher hat sich die Diskussion über einen gerechten Wandel vorwiegend auf die Industriearbeiter*innen konzentriert, deren Arbeitsplätze dabei auf dem Spiel stehen. Die daraus entstehenden Abwehrkämpfe sind zwar wichtig, aber um den Strukturwandel so zu konzipieren, dass auch die Beschäftigten in allen anderen Branchen dabei mitgenommen werden können, müssen wir uns auch damit befassen, welche Rolle die anderen Wirtschaftszweige dabei spielen.

Mein Beitrag wird sich mit drei Fragen beschäftigen. Zunächst werde ich darlegen, warum Klimagerechtigkeit und gerechter Wandel von zentraler Bedeutung für die Arbeiterbewegung sind. Sodann werde ich auf die bisherige Diskussion über einen gerechten Wandel eingehen und dabei besonders auf den Kontrast zwischen einer auf die Beschäftigten fokussierten Herangehensweise und den Erfordernissen des Strukturwandels. Ich möchte aufzeigen, dass wir diese beiden Perspektiven auf einen Nenner bringen müssen, namentlich in den Szenarien, wo es darauf ankommt, die Beschäftigten bei der künftigen Gestaltung gerade der Wirtschaftsbranchen, in denen sie tätig

sind, einzubeziehen. Drittens werde ich drei verschiedene Szenarien aus dem Transportsektor analysieren, die zeigen, vor welchen Herausforderungen die dort Beschäftigten stehen: die öffentlichen Verkehrsmittel als Beispiel für den Ausbau einer Branche, den Flugverkehr als Beispiel für den Rückbau einer Branche und den Schiffsverkehr als Beispiel für einen Anpassungsprozess.

Klimagerechtigkeit und gerechter Wirtschaftswandel

Sich für Klimagerechtigkeit zu engagieren, bedeutet, gegen die immense Bedrohung durch die Erderwärmung und den vom Menschen gemachten Klimawandel (Anthropozän) vorzugehen. Die wissenschaftliche Bewertung seitens des Weltklimarats ist unmissverständlich: Der durchschnittliche Temperaturanstieg muss auf 1,5 °C begrenzt werden, weil sonst das Leben enormer Menschenmassen und der Fortbestand enorm vieler anderer Arten bedroht sein werden. Um wiederum das 1,5-Grad-Ziel erreichen zu können, müssen die weltweiten Treibhausgasemissionen bis 2030 um 45 % sinken und bis 2050 bei Nettonull liegen.

Bisher haben alle Staaten, aber besonders die großen kapitalistischen Länder des globalen Nordens, darauf vollkommen unzureichend reagiert. Nach einem Bericht der UN-Umweltbehörde vom Februar 2021 haben zwar die meisten Länder ihre Ziele nach oben korrigiert, um die Vorgaben zu erfüllen, „werden damit aber trotzdem

ihre Emissionen bis 2030 gerade mal um 1 % gegenüber 2010 senken können“. Es muss schneller gehandelt werden und es gibt vier Gründe, warum dies die Gewerkschaften angeht.

Der erste Grund ist klar: Die Bedrohung des Lebens und der Subsistenzmittel bedeutet, dass es hierbei um eine grundlegende Frage sozialer Gerechtigkeit geht.

Der zweite Grund ist der gerechte Wandel. Soziale Gerechtigkeit und ein Gutes Leben für alle sowie die Bewahrung des künftigen Lebens. Der Kampf gegen den Klimawandel führt dazu, dass die strukturellen sozialen Ungleichheiten weiter zunehmen und die Unterprivilegierten am meisten darunter leiden werden. Im Transportsektor etwa entstehen infolge der Erderwärmung durch zunehmende Turbulenzen am Himmel und Stürme auf dem Meer neue Sicherheitsrisiken, denen in erster Linie die dort Beschäftigten ausgesetzt sind. Es gibt einen großen Nachholbedarf bei der zentralen Rolle, die den Beschäftigten bei der praktischen Umsetzung des Wandels zukommen wird. Bereits die Coronapandemie hat gezeigt, wie die Fähigkeiten und Expertise vieler Beschäftigter unterschätzt und ignoriert werden.

Der dritte Grund ist, dass Klimagerechtigkeit nur durch massenhafte Beteiligung der Beschäftigten und der Gewerkschaftsbewegung erreichbar ist. Die Klimakrise kann nur bekämpft werden, wenn sich die Lohnabhängigen und Gemeinden mehr engagieren und ihre Kompetenzen und Erfahrungen einbringen, damit der Wandel auch in der Praxis umgesetzt werden kann. Dafür müssen wir uns an die organisierten Arbeiter*innen wenden und dabei auf die Mithilfe der Gewerkschaften setzen, die ihre Mitglieder für diese Problematik sensibilisieren müssen.

Die bürgerlichen Politiker*innen verzichten bisher weitgehend auf die aktive Miteinbeziehung der abhängig Beschäftigten in den industriellen Umbau, besonders diejenigen, die ein neoliberales Verständnis von der Funktion des Staates und des Kapitals haben. Das betrifft aber auch viele Linke, etwa die Verfechter*innen des Degrowth und des Green New Deal. Zwar sind sie sich durchaus bewusst, dass die abhängig Beschäftigten durch den Wandel ungleich stärker belastet werden könnten, entwickeln aber kaum ein Konzept, wie diese aktiv in einen sozial gerechten Umbau einbezogen werden können.

Der vierte Grund liegt darin, dass eben dieser gerechte Umbau mithin „kriegsentscheidend“ bei der Schaffung einer gerechteren Gesellschaft ist. Dabei geht es nicht darum, bloß den aktuellen Besitzstand der Arbeiterklasse zu verteidigen. Seit der Finanzkrise von 2008 erleben wir

eine paradoxe Situation. Die ökonomischen, politischen und ideologischen Fundamente des Neoliberalismus sind weggebrochen und trotzdem bestimmt er – mangels einer plausiblen Alternative – weiterhin das Wirtschafts- und Sozialleben. Mit der Klimakrise erlebt die Gesellschaft einen äußeren Schock, der einen Systemwandel erzwingt – aber wie das künftige System aussehen wird, bleibt offen.

Wenn die Gewerkschaften aktiv für Klimagerechtigkeit eintreten, können wir erreichen, dass der Wandel unsere Gesellschaft gerechter, fürsorglicher und gleicher macht. Aber dafür brauchen die Gewerkschaften mehr als bloß schlaue Ideen und kluge politische Vorgaben. Es geht darum, die Massen an der Basis mitzunehmen und zu mobilisieren. Mit am runden Tisch zu sitzen, genügt nicht; wir müssen dort das Sagen haben.

Vermeintliche Gegensätze

Die Gewerkschaften dürfen sich dabei nicht damit begnügen, beim Umbau die Beschäftigten und Gemeinden unter Schutz zu stellen. Sie müssen vielmehr ihre Mitglieder dazu bewegen, aktiv bei den Klimafragen mitzuarbeiten. Bisher wurde in den Diskussionen eher eine künstliche Trennung vorgenommen zwischen einem auf die Interessen der Beschäftigten fokussierten Umbau und einem Systemwandel.

Bei ersterem geht es darum, die Auswirkungen auf bestimmte Berufsgruppen in bestimmten Branchen zu mindern. Um diese Beschäftigten, denen ein Verlust des Arbeitsplatzes droht, drehte sich ein Großteil der Diskussion über den sozial gerechten Wandel. Oft ging es dabei um die Arbeiter in der Kohleindustrie oder sonst in der Förderung fossiler Brennstoffe. Entweder hatten die Beschäftigten bereits ihren Job verloren oder standen davor.

Die Gewerkschaften hatten dabei Lösungsvorschläge parat, die vom längstmöglichen Aufschub der Schließungen (wie in der deutschen Kohleindustrie) über Versetzungen in andere Niederlassungen, evt. verbunden mit Garantien gleicher Löhne, Kompetenzen, gewerkschaftlichen Rechten und Umzugsbeihilfen, bis hin zu Umschulungsprogrammen und Abfindungen reichten. Die Empfehlungen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO über einen gerechten Umbau skizzieren hierfür ebenfalls einen Rahmen, der auf „sozialen Dialog“ unter Beteiligung aller drei Parteien setzt.

All diese Maßnahmen krankten hauptsächlich daran, dass den Arbeiter*innen mit einem tariflichen Arbeitsplatz kaum garantiert werden kann, dass sie eine gleichwertige und gleichermaßen qualifizierte Stelle erhalten werden. So

wie das Arbeitsleben beschaffen ist, ist es wenig wahrscheinlich, dass sie eine vergleichbare Stelle finden, was Löhne, Arbeitsbedingungen und Zufriedenheit mit der Arbeit angeht. Besonders gilt dies für Industriezweige, die an bestimmte Regionen gebunden sind.

Aus diesen Gründen haben die Beschäftigten bestimmter Industriezweige wenig Vertrauen in solche Abfederungsmaßnahmen. Studien zeigen, dass unter bestimmten Berufsgruppen sogar offene Ablehnung herrscht gegenüber dem sozial gerechten Wandel, der für sie bloß Vernichtung ihrer Subsistenzmittel und ihres Lebensstandards bedeutet und keinen entsprechenden Ersatz zu bieten hat.

Manche sind der Ansicht, dass wir ein viel ambitionierteres Transformationsprogramm für die Industrie im Ganzen bräuchten. Für diese Verfechter eines Strukturwandels ist es einfach unmöglich, gangbare Lösungen zu finden, wenn man die einzelnen Industriezweige isoliert betrachtet. Um beiden Herausforderungen – schnelle Dekarbonisierung der Wirtschaft und Vollbeschäftigung – gerecht zu werden, kommt man nicht umhin, ein komplett neues System zu errichten.

Sweeney und Treat von den „Gewerkschaften für Energiedemokratie“ plädieren für eine Vorgehensweise, die auf einer sozialen Machtverschiebung basiert und sich entschieden vom neoliberalen Wirtschaftsmodell abkehrt, das auf Investitionsanreizen für die Privatwirtschaft beruht. Stattdessen bräuchten wir einen radikalen Wandel in den Eigentumsverhältnissen und öffentliche Kontrollen und Investitionen, da nur so die Dekarbonisierung erreichbar ist. Nur wenn der gerechte Wandel auf der Ebene des ganzen Systems angegangen wird und sich nicht bloß an den spezifischen Bedürfnissen einzelner Berufsgruppen orientiert, würden die notwendigen Änderungen für die Errichtung einer nachhaltigen Ökonomie vollzogen werden können, die der Gesamtheit der Arbeiterklasse angemessene Subsistenzmittel verschaffen.

Die Verfechter*innen eines Green New Deal verfolgen eine ähnliche Logik. So unterschiedlich die Versionen sind, so vertreten sie doch alle, dass es eines Strukturwandels bedarf, der auf staatlichen Investitionen in den für die Dekarbonisierung relevanten Schlüsselindustrien basiert und auf einer demokratischen Kontrolle der öffentlichen Finanzierung. Die Varianten, die sich am stärksten an den Arbeiterinteressen orientieren, plädieren für die Schaffung von Arbeitsplätzen mit garantierten Arbeits- und Lohnstandards.

Dieser Argumentation zufolge ist ein gerechter Wandel nur für die Gesamtgesellschaft denkbar und darf dabei

nicht in sektorielle Sichtweisen verfallen, die den Blick aufs Ganze verstellen. Dieses Plädoyer für einen radikalen Strukturwandel ist sicher wichtig, um die Arbeiter*innen für die Klimagerechtigkeit mobilisieren zu können. Es wirft allerdings Probleme auf, wenn diese Gesamtsicht zu abstrakt wird und zu fern von der Realität der vorhandenen Arbeitsplätze und der beruflichen Identität der Beschäftigten, die in der Regel zu den Gewerkschaftsbaillonen gehören.

Das Problem liegt unter anderem darin, dass sich die Diskussionen über den gerechten Wandel sehr stark auf die abhängig Beschäftigten konzentriert haben, die von der Stilllegung oder Schrumpfung einer Branche bedroht sind. In anderen Branchen sind die Beschäftigten mit ganz anderen Szenarien konfrontiert, die ihrerseits andere strategische Antworten erfordern.

Alternativen zur Stilllegung

Neben der Stilllegung ganzer Wirtschaftszweige gibt es m. E. vier weitere Szenarien, auf die man unbedingt hinweisen sollte. Ein Rückbau von Industriezweigen beträfe bspw. die Luftfahrt, die bis auf kurzfristige Erfordernisse eingedampft werden könnte. Eine Anpassung wiederum beträfe Branchen wie den Schiffsverkehr, der weiter betrieben werden muss, aber womöglich auf einer anderen technologischen und strukturellen Grundlage. Ausgebaut werden hingegen müssten etwa Branchen wie die öffentlichen Verkehrsmittel, wo mehr Busse und Züge und weniger motorisierter Individualverkehr für die Dekarbonisierung benötigt werden. Industrielle Entwicklungsschritte wären bspw. bei neuen Technologien wie Wind- und Solarparks und offshore erforderlich, wo noch wenig Erfahrung mit den Fertigungsbedingungen existiert. Aber hierauf wollen wir hier nicht eingehen.

Die aufgeführten Szenarien lassen sich nicht strikt voneinander trennen, da es Überschneidungen gibt. Die Beschäftigten in der Luftfahrtindustrie können bspw. zugleich mit Schrumpfungs-, Anpassungs- und Expansionsprozessen konfrontiert sein. Trotzdem gilt es, diese verschiedenen Entwicklungen jeweils zu erkennen, damit die Beschäftigten einen Zusammenhang zwischen dem gerechten Wandel und ihren eigenen Erfahrungen herstellen können.

Bei all diesen Schrumpfungs-, Anpassungs- und Expansionszenarien in den jeweiligen Branchen müssen wir beide Aspekte im Blick haben: die Interessen der Beschäftigten und den – abstrakter anmutenden – strukturellen Umbau. Allen Branchen gemein ist, dass wir es mit

ausgeprägten Berufsbildern zu tun haben. Im Gegensatz zur völligen Stilllegung einer Branche funktionieren die Branchen bei den anderen Szenarien in der einen oder anderen Form weiterhin und die Beschäftigten können sich durchaus mit ihrer Berufstätigkeit stark identifizieren. Wenn wir aufzeigen, wie diese Branchen in Zukunft nachhaltig arbeiten können, ließen sich die beiden o. g. Aspekte miteinander kombinieren.

Eine Brücke schlagen

Wie beide Aspekte miteinander verknüpft werden können, zeigt die Arbeit der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) im öffentlichen Verkehrssektor. Mit ihrer Politik für nutzerorientierte öffentliche Verkehrssysteme (PPTP) fordert sie eine Dekarbonisierung durch den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und eine Verlagerung des motorisierten Individualverkehrs auf Busse und Bahnen sowie ein größeres Angebot für Fußgänger und Radfahrer. Sie unterstreicht den sozialen Gebrauchswert des öffentlichen Verkehrswesens, einschließlich der Verfügbarkeit von öffentlichen Verkehrsmitteln für alle sozialen Gruppen und fordert einen einschneidenden politischen und wirtschaftlichen Wandel mit öffentlichen Investitionen und Rekommunalisierung. Außerdem fordert sie hohe Arbeitsstandards und gute Arbeitsbedingungen.

Diese PPTP ist ein guter Ansatz sowohl für die Beschäftigten als auch für die Gemeinden. Sie verbindet die Dekarbonisierung mit Arbeitsplatzsicherheit, hohen Arbeitsstandards und öffentlichem Eigentum der Betriebe. Allerdings werden die Beschäftigten in diesem Sektor deswegen nicht automatisch Zugang zu guten Arbeitsplätzen und hohen Standards erhalten, wie aktuelle Beispiele aus Städten wie Bogota und Manila zeigen. Der Ersatz der bestehenden Minibusflotte durch neue Elektrobusse kann eine wichtige Rolle bei der Reduzierung der Emissionen spielen. Regierungen und Unternehmer*innen versuchen dabei jedoch, die bisherigen Beschäftigten zu entlassen und neue Arbeitskräfte einzustellen. Die Gewerkschaften kämpfen in diesen Städten für das Recht der Beschäftigten, ihre Arbeitsplätze zu behalten und einen gerechten Wandel sicherzustellen.

Trotz solcher Konflikte bedeutet die Tatsache, dass die Beschäftigten des öffentlichen Verkehrswesens in einer expandierenden Branche tätig sind, dass sie strategische Vorteile gegenüber den Beschäftigten in anderen Sektoren haben. Demgegenüber ist die Luftfahrtindustrie einer der Sektoren, in denen es sehr schwierig ist, die Beschäftigten für einen gerechten Wandel zu mobilisieren. Der Luftverkehr hat höhere Treibhausgasemissionen als jedes andere

Verkehrsmittel. Die Technologien zur Reduzierung der Emissionen sind sehr aufwendig und der Sektor hat bisher nur zögerlich in die Dekarbonisierung investiert. Bahnbrechende Technologien wie Wasserstofftreibstoffe und batteriebetriebene Flugzeuge lassen noch mindestens 20 bis 30 Jahre auf sich warten. Kurzfristigere Optionen wie ein verbessertes Flugzeugdesign, alternative Kraftstoffe und die Elektrifizierung des Flughafenbetriebs könnten die Emissionen senken. Es ist jedoch ungewiss, wie schnell diese Veränderungen eingeführt werden können.

All dies führt zu einer unsicheren Zukunft für die Beschäftigten in der Luftfahrtindustrie, so dass sie um ihre Arbeitsplätze bangen müssen. Der Luftverkehr ist zu einer symbolischen Zielscheibe für die sozialen Bewegungen und NRO/NGO geworden, die einen radikalen Rückbau der Branche fordern. Diese Kritik hat bei etlichen Beschäftigten dieser Branche, deren Arbeitsbedingungen bereits seit zwei Jahrzehnten systematischen Angriffen von oben ausgesetzt sind, zu einer Abwehrhaltung geführt.

Die Luftfahrtindustrie ist in einigen Ländern nach wie vor gewerkschaftlich stark organisiert. Daneben handelt es sich um einen Industriezweig, der einen gesellschaftlichen Gebrauchswert hat und nicht einfach ersetzt werden kann. Um die dort Beschäftigten für Klimagerechtigkeit zu mobilisieren, brauchen wir mehr als ein Narrativ zum gesamtwirtschaftlichen Strukturwandel. Wir brauchen eine Perspektive, wie ein nachhaltiger Luftfahrtsektor mit guten tariflichen Arbeitsplätzen und mehr Demokratie am Arbeitsplatz aussehen könnte. Diese Perspektive wird einige strukturelle Veränderungen erfordern, wie z.B. die Verlagerung bestimmter Kurzstreckenflüge auf emissionsärmere Verkehrsmittel wie die Bahn, was weniger Arbeitsplätze im Vergleich zu den Verhältnissen vor der Corona-Pandemie bedeuten könnte. Ebenso Änderungen an den bestehenden Arbeitsplätzen, da auf emissionsärmere Technologien, wie die Elektrifizierung des Flughafenbetriebs und die Herstellung alternativer Kraftstoffe, zurückgegriffen werden muss. Entscheidend ist, dass wir einen Weg zu einer nachhaltigen Industrie aufzeigen müssen, damit die Beschäftigten erkennen können, wo ihr künftiger Stellenwert liegt.

Ein Grund, warum wir den Weg zu einer nachhaltigen Luftfahrtindustrie aufzeigen müssen, ist die starke Identifikation der Beschäftigten mit ihrem Beruf oder ihrer Branche. Für die Gewerkschaftsbewegung ist dies schon lange ein zweiseitiges Schwert. Die Identifikation des Kabinenpersonals mit der Luftfahrt kann bspw. eine starke Solidarisierung unter den Beschäftigten sowohl auf nati-

onaler als auch auf internationaler Ebene zur Folge haben. Wiederum kann sie es ihnen aber auch erschweren, über den Tellerrand ihrer Branche hinauszublicken. Die Gewerkschaftsbewegung muss zumeist dieses Spannungsfeld ausloten, insbesondere wenn es um Klimagerechtigkeit und einen gerechten Wandel geht. Insofern kommt es darauf an, den Weg zu einer nachhaltigen Luftfahrtindustrie aufzuzeigen, um die Identifikation der Beschäftigten mit ihrer Branche und auch die daraus erwachsende Solidarität zu nutzen.

Bei der Schifffahrt hingegen geht es um einen Anpassungsprozess. Der technologische Weg zur Dekarbonisierung ist dort kürzer, da es einfacher ist, alternative Antriebsmethoden auf dem Wasser zu entwickeln als in der Luft. Außerdem besteht ein allgemeines Einvernehmen darüber, dass die Schifffahrtsindustrie erhalten bleiben muss, um Güter zu transportieren, die für die Gesellschaft wichtig sind. Umso dringlicher jedoch ist die Dekarbonisierung der Schifffahrt: 80 % der Güter werden weltweit auf dem Seeweg transportiert, und die Emissionen der Schifffahrt sind ähnlich hoch wie bei der Luftfahrt. Außerdem haben Regierungen und Unternehmer*innen lange gezögert, sinnvolle Emissionsziele für die Schifffahrtsbranche festzulegen.

Die Schifffahrt muss sich dringend anpassen, um den Übergang zu einem kohlenstofffreien Betrieb zu schaffen. Die größte Sorge der Beschäftigten ist derzeit nicht der Verlust sondern der Wandel der Arbeitsplätze. Hochwahrscheinlich werden alternative Antriebsmittel eingeführt werden, wie z. B. Ammoniak, die den CO₂-Fußabdruck der Schifffahrt um bis zu 50 % verringern könnten. Weitere fällige Änderungen betreffen die betrieblichen Abläufe, um die Schifffahrt effizienter zu machen.

Zweitens ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Seeleute eine aktive Rolle bei der Gestaltung der anstehenden Veränderungen übernehmen. Gesundheit und Sicherheit sind essentielle Fragen und angesichts der Gefahren alternativer Kraftstoffe wie Ammoniak ist es selbstverständlich, dass die Seeleute nicht durch unerprobte Technologien und unsichere Systeme gefährdet werden. Ebenso klar ist, dass auch das gesamte Ausbildungssystem für Seeleute geändert werden muss. Ein Blick in die Zukunft zeigt, dass die verschiedenen Treibstoffarten eine viel regelmäßige Schulung zu den verschiedenen Motortypen und Antriebssystemen erfordern werden. Die zunehmende Digitalisierung wirkt sich ebenfalls auf die Gestaltung der bestehenden Arbeitsplätze aus. Einzelne Unternehmer*innen fordern ein massives Investitionsprogramm, um die anstehenden Veränderungen zu beschleunigen. Angesichts der bevorstehenden

einschneidenden Umbrüche in der Schifffahrtsindustrie müssen die Gewerkschaften der Seeleute aktiven Einfluss auf die Gestaltung dieser Veränderungen sowohl auf globaler als auch auf betrieblicher Ebene nehmen.

Nachhaltigkeit und sichere Arbeitsplätze

Klimagerechtigkeit und gerechter Wandel sind grundlegende Themen für die Gewerkschaften. Beim Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft muss die globale Gewerkschaftsbewegung sowohl den Besitzstand der Beschäftigten verteidigen, als auch das bestehende System verbessern, mit höheren Standards und mehr Demokratie am Arbeitsplatz. Für diese Ziele müssen wir die breite Basis der Gewerkschaftsbewegung mobilisieren, weswegen wir die Themen aus verschiedenen Perspektiven beleuchten müssen. Insbesondere dürfen wir unseren Blick auf einen gerechten Wandel nicht auf den bloßen Erhalt der bestehenden Arbeitsplätze reduzieren.

Bei der Betrachtung der drei verschiedenen Szenarien im Transportsektor gibt es jenseits der unterschiedlichen strategischen Herausforderungen, vor denen die Beschäftigten stehen, eine Gemeinsamkeit. Die besteht darin, eine Brücke zu bauen zwischen dem Problem der Arbeitsplatzsicherheit und dem übergeordneten Erfordernis eines Strukturwandels.

Dafür muss die Gewerkschaftsbewegung die Beschäftigten für die Probleme der Klimagerechtigkeit in ihren jeweiligen Branchen einnehmen, um Wege zu einer nachhaltigen Wirtschaft aufzuzeigen. Zudem müssen wir über das bloße Ziel einer Dekarbonisierung hinausgehen und grundlegendere Fragen anschnitten, nämlich die der politischen Macht und der strategischen Ziele. Die Corona-Pandemie hat noch einmal verdeutlicht, wie wichtig ein Wirtschaftssystem ist, das den eigentlichen Belangen unserer Gesellschaft gerecht wird. Wenn wir also mit den Beschäftigten über die Zukunft ihrer jeweiligen Branchen diskutieren, geht es dabei auch über den realen gesellschaftlichen Nutzen dieser Wirtschaftszweige und darum, welches Wirtschaftssystem wir wirklich wollen.

■■■■■ **Jeremy Anderson** ist Leiter der Abteilung Strategische Recherche bei der Internationalen Transportarbeiter-Gewerkschaft ITF und verantwortlich für die Fragen eines nachhaltigen Transportwesens.

Aus: *Global Labour Column* vom 2. September 2021

Übersetzung (leicht gekürzt): MiWe

■■■■■

STEVE HOLLASKY – „FREI UND GLEICH – DIE MENSCHEN IM URKOMMUNISMUS“

„Gehört das Leben in Gesellschaften, die hierarchisch organisiert sind, zu unserem Wesen? Liegt uns das Kriegführen im Blut? Ist uns das Streben nach eigenem Vorteil in unser Erbgut tätowiert worden? Oder gab es doch eine andere Zeit? Eine Zeit, in der sich die Menschen als Menschen, als Schwestern und Brüder, als Gleiche, begegneten? Gab es ihn, den „Urkommunismus“?“

■ Bernhard Brosius

Diese Fragen stehen am Anfang des Buches „Frei und Gleich – Die Menschen im Urkommunismus“, das im August 2021 vom Manifest-Verlag herausgegeben wurde. Verfasst hat es Steve Hollasky, Lehrer für Geschichte und Sozialkunde.

Auf knapp 200 Seiten nimmt Hollasky uns mit auf der Suche nach dem Urkommunismus, dem „alten Kommunismus“. Es wird eine atemberaubende Reise durch Raum und Zeit – von den südamerikanischen Anden über Afrika, Anatolien, Pakistan und quer durch Europa – und von den Anfängen der Menschwerdung über die Jungsteinzeit bis zu den letzten, noch heute in kommunistischer Verfasstheit lebenden Wildbeutervölkern Afrikas. Diese Reise führt uns aber auch hin zu jenen Zeugnissen, die vom Ende der Gleichheit künden und den Beginn von Unterdrückung, Patriarchat und Krieg belegen.

Leitlinien von Hollaskys Untersuchungen sind die Entwicklung von Eigentumsverhältnissen, die Kontrastierung jener egalitären Gesellschaften mit dem heutigen Zustand von Ungleichheit und Ungerechtigkeit, vor allem jedoch die ausführliche Dokumentation der sozialen Organisation der, meist vorgeschichtlichen, egalitären Gesellschaften.

Das heißt konkret: Immer wieder offenbart sich aus den archäologischen Funden, dass Solidarität, gegenseitige Hilfe und Kollektivität zu den höchsten Werten egalitärer Gesellschaften gehört haben müssen. Aus der gemeinschaftlichen Produktion, der Kooperation, ergibt sich auch, dass die Verteilung der Güter einer „Ökonomie des Teilens“ folgte und Eigentum nur als persönliches Eigentum (an Werkzeugen, Schmuck u. ä.) und als Gemeineigentum vorkam, aber nie als Privateigentum an Produktionsmitteln.

Alle diese archäologisch fassbaren Besonderheiten treten immer zusammen und bei allen untersuchten egalitären Gesellschaften, unabhängig von „Raum und Zeit“, in Erscheinung. Auch fehlen die Hinweise auf Kriege. Herrschaft, Konkurrenz und Egoismus sind also keine „natürlichen“ Wesenszüge des Menschen, sondern stets an Gesellschaften der Ungleichheit gebunden.

Dabei richtet Hollasky seinen Blick auch immer auf das Geschlechterverhältnis. Er zeigt, dass in den egalitären Gesellschaften der Alt- und Jungsteinzeit das Geschlechterverhältnis egalitär war und auch Klassengesellschaften existierten, in denen Frauen hochgeachtete Anführerinnen sein konnten. Auch das Patriarchat ist also kein „natürlicher“ Zustand, sondern war die meiste Zeit in der Geschichte der Menschheit unvorstellbar.

Andere Interpretationen der Befunde und konträre Sichtweisen nimmt der Autor sehr ernst und diskutiert sie ausführlich oder interviewt Wissenschaftler*innen direkt dazu. Einseitigkeit oder Vereinfachungen sind Hollaskys Sache *nicht*.

Leider gibt es einige Flüchtigkeitsfehler, die jedoch den Wert des Buches nicht mindern, da sie nicht zentrale Aussagen betreffen. Ansonsten ist das Buch sorgfältig recherchiert und zeitlich auf dem neuesten Stand. Besonderen Reiz erhält es durch die zahlreichen Interviews, die Hollasky führte. Der Autor nutzt die Gelegenheit, um mit Klischees aufzuräumen, die auf den Misthaufen

der Geschichte gehören. So kennen wir doch alle die Abbildungen in populärwissenschaftlichen Werken, die illustrieren sollen, wie die Höhlenmalereien entstanden: Bärtige alte Männer stehen vor den Höhlenwänden und erschaffen Kunstwerke für die Ewigkeit. In Hollaskys Buch erfahren wir, wie die Wissenschaft herausfand, dass die große Mehrheit der Höhlenbilder nicht von Männern, sondern von Frauen gemalt wurde. Auch gehen wir immer davon aus, dass die Männer zur Jagd gingen und die Frauen sammelten, es also Jäger und Sammlerinnen gab. Doch die Funde zeigen, dass Frauen ebenfalls jagten und als erfolgreiche Jägerinnen hohe Achtung erreichen konnten. Das sind nur zwei Beispiele dafür, dass so vieles anders war, als wir es zu kennen glauben. Bei der Lektüre von Steve Hollaskys Buch mitzuerleben, dass so vieles anders war, als uns erzählt wird, ist dazu geeignet, uns zu inspirieren. Es erhöht die Fantasie – und den Mut – uns vorzustellen, dass es auch jetzt ganz anders sein könnte, als es ist.

„Das Wissen darum,“ so Hollasky, „dass das Zusammenleben als Gleiche nicht einfach nur möglich ist, sondern uns über Jahrtausende ausgemacht hat, ist auch das Wissen darum, dass es eine Lösung für unser Dilemma, einen Ausweg aus der Sackgasse gibt.“ – „Wir könnten genug für alle produzieren und hätten zugleich alle genug für ein angenehmes Leben. Dass dieses Zusammenleben denkbar und möglich ist, zeigt unsere Vergangenheit.“

Das Buch „Frei und Gleich“ ist flüssig geschrieben und spannend zu lesen. Fachbegriffe, so sie denn Verwendung finden, werden in Fußnoten verständlich erklärt, und am Schluss finden wir vor dem Literaturverzeichnis noch eine Zeitleiste, die uns hilft, die beschriebenen Gesellschaftsformen einzuordnen.

Dem Buch ist eine große Verbreitung zu wünschen.

Steve Hollasky,

„Gleich und Frei – die Menschen im Urkommunismus“,
Manifest – Verlag, Berlin,
191 Seiten, 11,90 Euro.



DER ARBEIT HEILIGER KRIEG – AUFSTÄNDE DER KOMMUNE- BEWEGUNG VON 1870/71

Rezension des Buchs „Die Kommunen vor der Kommune 1870/71“ von Detlef Hartmann und Christopher Wimmer, Assoziation Verlag, 2021.

■ Horst Hilse

Historische Prozesse werden immer im Nachhinein in jene Form gebracht, auf die man sich weitgehend einigen konnte. Dabei erfahren die entscheidenden und folgenreichen Weichenstellungen für den Verlauf eines historischen Geschehens ganz besondere Beachtung. Die vielen verschiedenen Elemente jedoch, die in dieses Geschehen einfließen und es erst ermöglichen, werden bestenfalls am Rande erwähnt. Besonders bei revolutionären Prozessen bleiben wichtige Vorgänge oft unbeachtet.

Die Akteure selbst, die leidenden und kämpfenden Menschen, bleiben meist ausgeblendet und werden gleichsam im Nachhinein als „Volk“, „Klasse“ oder „Menge“ in das Geschehen abstrakt eingefügt. Das reale, fein gesponnene Basisgeflecht mit seinen unmittelbaren und keineswegs neutralen Beziehungsformen der Beteiligten wird vom Wind der Geschichte verweht und bestenfalls bleiben davon Spuren übrig.

Von der schreibenden Zunft gebildeter Historiker ist meist kein Interesse dafür zu erwarten. Umso wertvoller ist das Bemühen der Autoren des vorliegenden Buches, die die revolutionäre Bewegung Frankreichs zur damaligen Zeit in ihrer Dynamik und Verästelung darzustellen versuchen.

Da die Geschichte der Kommuneaufstände bis heute in Deutschland auch unter linken Menschen fast unbekannt ist, sollen die Ereignisse, die ihre Wirkung bis in die Kolonien hinein entfalteteten, detaillierter erwähnt werden.

Die berühmte „Pariser“ Commune war eben nicht nur ein Ereignis in dieser Stadt. Dieses Ereignis hatte eine Vorgeschichte und fiel nicht plötzlich vom Himmel in die

Realität eines Gemeinwesens. Vor und nach dem Aufstand in Paris gab es bereits jene revolutionäre Bewegung, die den kapitalistischen Staat frontal angriff, nachdem das Regime des Bonapartismus, das „Second Empire“ (das 1852 gegründete zweite Kaiserreich) am 18. März 1870 zusammengebrochen war und sich die Republik wieder etablieren konnte. Der mit Deutschland vom Zaun gebrochene Krieg hatte diesen Zusammenbruch beschleunigt.

Den Kommunarden ging es nicht um einen Regierungswechsel an der Staatsspitze, nicht um neue Parlamentsmehrheiten, sondern um ein neues System der autonomen Selbstverwaltung. Sie waren eine bewaffnete, auf lokaler Ebene agierende, revolutionäre Macht im Land. Überall, wo sie die Rathäuser eroberten, wehte die Rote Fahne als Zeichen für ein neues System. Der Ursprung und die Kraft der Bewegung ergaben sich aus den alltäglichen Erfahrungen bei den Kämpfen mit der Gewalt des Kapitals. Diese Gewalt manifestierte sich in den Institutionen und ihren Handlungen (Ausdehnung der Besteuerung, Privatisierungen, Teuerungen und „gewaltsame Gentrifizierungen“ vieler Städte).

Der Begriff der „Kommune“ war durch die Französische Revolution in das kollektive Gedächtnis aufgenommen worden, als sich 1789 nach dem Sturm auf die Bastille das neue Gremium aus jeweils zwei Vertretern aus den damals 60 Stadtbezirken als neue Volksmacht etabliert hatte. Die Nationalgarde war als revolutionäre Freiwilligenarmee entstanden, nachdem die Revolution von 1789 durch das Verhalten der Armeeführung bedroht war. Im Gegensatz zur Armee war sie nicht kaserniert und traditionell eng mit dem Volk verbunden. Vielfach wurden ihre Kommandeure lokal gewählt. In Deutschland waren die Schützenvereine entfernt vergleichbar, waren aber im Unterschied zu Frankreich inhaltlich gegen alle demokratischen Emanzipationsbestrebungen gerichtet.

Den Voraussetzungen der Kommunebewegung wird in dem Buch von Hartmann und Wimmer anhand vieler De-

tails nachgespürt. So z. B. der unterschiedliche Industrialisierungsgrad in verschiedenen Landesteilen, der Eisenbahnbau als Kapitalisierungsstrategie ländlicher Regionen, der deutsch-französische Krieg, die Erfahrungen der Revolutionäre 1830 und 1848, der Rückgriff auf frühere Bedeutungen des lateinisch geprägten Midi (mit einer früheren eigenen Gesetzgebung und dem Kathareraufstand im historischen Gepäck) sowie die Diktatur von Napoleon III. mit seiner Zentralisierung des Landes auf Paris.

1870/71 schien sich das Revolutionsgeschehen von 1789 in vielen Städten Frankreichs zu wiederholen. Hartmann und Wimmer liefern eine lokal bezogene Beschreibung der Bewegungen.

In Lyon, der Großstadt im Rhonetal, erfolgte die Machtübernahme der Kommune bereits am 4. Sept. 1870 auf dem Höhepunkt einer heftigen Streikbewegung. Dort war das Zentrum der Tuchindustrie. Bereits 1830 hatte dort die Arbeiter*innenklasse ihren Kampf mit der roten Fahne geführt. Nach der Niederlage 1831 folgte der Canut-Aufstand der Seidenweber, die in zweitägigen Kämpfen das Rathaus und die Kasernen besetzten.

Der Kommuneaufstand von 1870 wurde bereits in der Illegalität vorbereitet und ein 73köpfiger Wohlfahrtsausschuss übernahm die Macht in der Stadt. Dieser tagte täglich und öffentlich. Es wurden Verhandlungen mit anderen Städten aufgenommen, um einen südfranzösischen Städtebund der selbstverwalteten Kommunen, die Liga, zu gründen. Im Wohlfahrtsausschuss der Stadt saßen drei Vertreter der 1864 gegründeten I. Internationale, der „Internationalen Arbeiterassoziation“. In Frankreich bestand die große Mehrheit der I. Internationale aus Vertretern des Anarchismus. In Lyon gründete Bakunin während der Kommuneherrschaft einen eigenen Wohlfahrtsausschuss und rief zum Sturz der republikanischen Regierung auf. Sie sollte durch eine Föderation freier Kommunen ersetzt werden. Verhaftungen von Vertretern der parlamentarischen Staatsmacht waren vorbereitet. Der Festungskommandant durchkreuzte diesen Plan und vierzigtausend regierungstreue Nationalgardisten marschierten in die Stadt. Die Kommune löste sich auf. Auf dem linken Rhône-Ufer hatte jedoch ein revolutionärer Club überlebt und als die Nachricht von der Gründung der Pariser Kommune eintraf, organisierte dieser eine große Solidaritätskundgebung, in deren Verlauf mit Hilfe bewaffneter Nationalgardisten erneut das Rathaus besetzt wurde. In einer Erklärung wurde betont, dass die Kommune künftig Basis der Französischen Republik sei.

Diese zweite Kommune von Lyon (1871) wurde mit einem politischen Schachzug mattgesetzt: Der republi-

kanische Bürgermeister organisierte eine große Willkommensfeier für die aus dem Krieg mit den Deutschen zurückkehrenden Soldaten. Zu diesem Zweck lud er die radikalen Nationalgardisten und die Kommune ein, um dort Spalier zu stehen. Der Begeisterungstaumel ließ die Kommune völlig machtlos zurück. Ein erster Versuch zur militärischen Beseitigung der Kommune scheiterte, weil die Soldaten begannen, überzulaufen. Sie wurden sofort wieder in die Kasernen befohlen und nur regierungstreue Einheiten rückten aus. Nach einem dreistündigen Kampf unter Einsatz von Kanonen hatte die Reaktion gesiegt. Die letzte Barrikade fiel im Stadtteil Croix-Rousse, also dort, wo 75 Jahre später der Leiter der Resistance, Jean Moulin, durch Verrat der Gestapo in die Hände fiel.

Nur 60 km weiter in der Bergbaustadt Saint Étienne erhob sich am Tag der Niederlage in Lyon ebenfalls die Kommune. Seit 1870 hatten die Bergarbeiter immer wieder die Kommune gefordert. Nach nur wenigen Tagen brach die Kommune nach einer heftigen Schießerei zusammen.

Die industrielle Kommune von Le Creusot

Die Stadt in Burgund ist der Geburtsort der Industrialisierung des Landes und bis heute ein Hightech-Zentrum. Sie wurde damals von der größten Fabrik Frankreichs, dem Stahlwerk Schneider-Creusot, beherrscht. Vergleichbar mit den deutschen Krupp-Werken standen den Arbeitern Hilfskassen, ein Krankenhaus und Wohnungen zur Verfügung. Die Löhne wurden jedoch sehr niedrig gehalten. Die Hauptproduktion diente dem Ausbau des Eisenbahnwesens, doch auch Dampfschiffe, Kanonenboote und Kriegsgewehr wurden produziert. Der Firmenchef, Eugène Schneider, war politisch sehr aktiv auf Seiten der staatlichen Ordnungskräfte. In einem langen Streikzyklus hatte sich die Belegschaft radikalisiert. Der Konflikt brach aus, als die Belegschaft die Verfügungsgewalt über die Sozialkasse forderte. Der Firmenchef ging darauf ein und die Belegschaft sollte eine Verwaltungskörperschaft wählen. Gewählt wurden 50 Personen und als Chef wählten diese einen Armeedeserteur, der als Revolutionär bereits unter Garibaldi gekämpft hatte. Der Mann wurde entlassen und tauchte später als Kommandeur der Pariser Kommune auf. Daraufhin übernahm die Belegschaft die Sozialkasse und regierte die Stadt.

Wie in Lyon, versuchte die republikanische Regierung in Paris einen „gemäßigten“ neuen republikanischen Bürgermeister für Creusot einzusetzen, um dadurch die Situation wieder beeinflussen zu können. Doch diesmal klappte

es nicht: Der klassenbewusste Bürgermeister verfügte die Entlassung der Nationalgardisten und ihre Ersetzung durch bewaffnete Werkmilizen sowie sofortige Neuwahlen zum Stadtrat. Nachdem der Bürgermeister durch Intrigen gestürzt wurde, kam es zur Massendemonstration vor dem Rathaus und die Kommune wurde ausgerufen. Nationalgardisten und in der Stadt zusammengezogene reguläre Truppenteile verbrüderten sich. Ein städtisches Verteidigungskomitee wurde gebildet, Bahnhof, Post und Telegrafenamts besetzt. Jedoch hatte die reguläre Armee neue Truppen herangeführt und hielt bereits den Bahnhof besetzt. So konnten immer neue Truppenteile in die Stadt gebracht werden. Der Junior-Firmenchef bat den Präfekten um Hilfe gegen die streikende und demonstrierende Belegschaft. (Sein Vater war bereits nach London geflohen und kam erst nach der Niederschlagung der Pariser Kommune zurück nach Frankreich.) 3000 Soldaten rückten in die Stadt und die Firma ein. Als der Streik der Belegschaft unter diesem Druck beendet wurde, erhoben sich die Bergarbeiter in einem Streik. Fünfundzwanzig „Rädelführer“ wurden verhaftet und im 25 km weit entfernten Autun zu insgesamt 298 Monaten Kerker verurteilt. Der Leiter der Kommune flüchtete, wie auch viele andere Kommunevertreter*innen in Frankreich, ins Schweizer Exil und war in Genf bis zum Lebensende in der sozialistischen Bewegung aktiv.

Marseille erlebte drei Kommunen

Die ersten im August und Nov. 1870 gegründete Kommunen zerbrachen an inneren Streitigkeiten. Auch die dritte Kommune im März 1871 war sehr gemäßigt und der Vorsitzende erklärte die Bereitschaft, mit der republikanischen Regierung in Paris zusammenzuarbeiten. Dabei übersahen die Opportunisten, dass diese Regierung gerade überall im Lande die Kommunebewegung niederschlug. Man forderte lediglich die städtische Selbstverwaltung und die Kommune konnte einige soziale Forderungen durchsetzen. Darunter auch den in Deutschland aktuell umkämpften Mietendeckel. Als die Regierung in Paris den Belagerungszustand über die Stadt verhängte, zogen sich die gemäßigten Republikaner aus der Kommune zurück. Aber auch die Nationalgarde und der revolutionäre Flügel wandten sich ab, da der Sold ausblieb und niemand die Initiative zur tatsächlichen Machtausübung ergriff. Als das Angebot der in der Nähe lagernden revolutionären Truppen unter Garibaldi zur Verteidigung abgelehnt wurde, verlor die Kommune jede Unterstützung. Als 7000 Mann der Regierungstruppen an mehreren Stellen der Stadt

zugleich einrückten, stellten sich ihnen nur noch 400 Verteidiger der Kommune am Rathaus entgegen. Während der folgenden Kämpfe liefen zwei Bataillone der Armee unter dem Ruf „Es lebe die Kommune von Paris“ zu den Aufständischen über und eine große Menschenmenge versammelte sich vor dem Rathaus. Hoffnung keimte auf, aber die schlechte militärische Vorbereitung durch die Kommune wirkte sich verheerend aus: General Espivent ließ von der Festung und der Kathedrale aus das Rathaus in zehn Stunden zusammenschießen.

Nach dem Sieg wurden Kommunarden festgenommen und am Bahnhof und der Umgebung exekutiert, wahrscheinlich 150 Personen. Die siegreichen Truppen organisierten eine Siegesparade unter den Rufen: „Lang lebe Frankreich, lang lebe Jesus“ Sie wurden von der Bevölkerung ausgebuht und mit Steinen beworfen. 1000 Gefangene wurden auf eine vorgelagerte Insel verbracht und viele von ihnen später von Kriegsgerichten ebenfalls zum Tode verurteilt. Die Kommune von Marseille hatte mit zwei Wochen eine „lange“ Lebensdauer.

Außerhalb der großen Zentren kam es im April und Mai 1871 zu ca. 14 weiteren Aufständen oder Aufstandsversuchen in Frankreich.

Die Kommune von Algerien

In dieser Kolonie lebten damals 270 000 privilegierte Franzosen als Minderheit. Sie durften Abgeordnete für die Nationalversammlung in Paris wählen. Die rechtlose arabische Bevölkerung mit 2,6 Millionen lebte in bitterer Armut. Sie waren kulturell und sprachlich von den französischen Bürgern getrennt. Sie lebten in einer arabisch-kabyllischen Clankultur mit eigenen Clangesetzen. Privateigentum war ihnen fremd. Die französische Minderheit bestand aus vielen revolutionär gesinnten Menschen, die nach den gescheiterten Revolutionen 1830 und 1848 in die Verbannung nach Algerien geschickt worden waren. Als am 4. Sept. 1870 die Nachricht von der Ausrufung der Republik in Frankreich nach Algerien drang, wurden – wie in Frankreich – in vielen Städten revolutionäre Komitees ins Leben gerufen, die eine Veränderung der Verwaltungsstrukturen forderten. Es bildete sich der Republikanische Verband Algeriens, der die Verwaltung des Landes durch Kommunen forderte und Kontakte zur I. Internationale (Internationale Arbeiter Assoziation) aufnahm. Paris entsandte den Generalgouverneur Walsin-Esterhazy, um gegen diese Basisbewegung vorzugehen. Als er in Algerien eintraf, belagerten viele Franzosen gemeinsam mit arabischen Bevölkerungsteilen den Admiralspalast und

der Generalgouverneur floh mit einem Kriegsschiff. Er wurde kurz darauf durch einen "Hardliner" ersetzt, der die Entlassung aller linken Kommandanten der Nationalgarde verfügte und gegen die Basiskomitees vorging. Der Palast wurde von der Menge besetzt, jedoch die im Hafen lagernde Kriegsflotte der Kolonialmacht nicht angegriffen.

Im März 1871 begann der Aufstand der arabischen Mehrheitsgesellschaft, der seinen Ausgang in der Kabylei im Nordosten Algeriens nahm. Namensgeber des Aufstandes war Mohammed el-Mokrani, der 30 Stämme mit einer Streitmacht von fünfundzwanzigtausend (!) Kämpfer vereint hatte. Am 8. April wurde zum „heiligen Krieg gegen die Kolonialmacht“ aufgerufen. Die Posten der französischen Kolonialarmee wurden meist handstreichartig übernommen und die Stadt L'Alma in Brand gesetzt. Die Ausrufung der französischen Kommune in Paris löste nochmals einen großen Aufschwung aus. In den Städten Algeriens fanden große Demonstrationen unter Parolen wie „Es lebe Paris! Nieder mit Versailles!“ statt. Der Republikanische Verband Algeriens entsandte Delegierte zur Pariser Kommune. In Oran forderten 1000 Menschen die Selbstverwaltung der algerischen Städte. Vielfach verweigerten die Nationalgardisten Befehle zu einem Vorgehen gegen die Aufständischen, doch es kam zu keiner Verbrüderung zwischen der Kommunebewegung und der Aufstandsbewegung, der sich ein Drittel der Bevölkerung angeschlossen hatte. Mokrani starb am 5. Mai nach einem Feuergefecht mit französischen Truppen. Die Kolonialmacht war erst nach der Niederschlagung der Kommunen auf eigenem Staatsgebiet in der Lage, gegen die Bewegungen in Algerien vorzugehen. Nach dem Sieg über die Pariser Kommune schickte Thiers eine Armee von 85 000 Soldaten nach Algerien, die gegen den Aufstand und gegen die Kommunebewegung vorging. Im Juli war der Aufstand besiegt und im Januar ergaben sich auch die letzten Oasen in der Kabylei. Die Armeeführung erklärte, dass sie in Algerien auf „Pariser Art“ vorgegangen sei. Damit waren die Massaker an der Zivilbevölkerung gemeint, deren Opferanzahl bis heute unbekannt ist. Aber bis heute gilt die Kabylei als „Unruhegebiet“ in Nordafrika, und die Erinnerung an eine Selbstverwaltung ist sehr lebendig und drückt sich bis heute in radikalen Bewegungen aus.

Aufstand in Martinique

Obwohl bereits 1848 die Sklaverei in den französischen Kolonien offiziell abgeschafft worden war, änderte sich für die verarmte Landbevölkerung nur wenig. Es kam zu großen Streikwellen und Aufständen. Als auf Martinique die

Ausrufung der Französischen Republik vom 4. September 1870 bekannt wurde, dehnten sich die Streiks nochmals aus und radikalisierten sich. Die Großgrundbesitzer drohten mit bewaffneten Aktionen und es kam am 22. Sept. 1870 zum Aufstand der Streikenden. Zuckerfabriken und Verwaltungen der Kolonialmacht wurden niedergebrannt und in drei Nächten wurden 40 Plantagen vernichtet. Fünfzehn Gemeinden riefen den Notstand aus und ebenso wie in Algerien ging die Kolonialmacht mit grausamen Strafexpeditionen gegen die Bevölkerung vor. Am 26. Sept. war der Aufstand niedergeschlagen.

Das Buch von Hartmann und Wimmer ist sehr lesens- und empfehlenswert für alle, die sich mit der Geschichte der Klassen- und Emanzipationskämpfe Frankreichs eingehender befassen. Die Traditionen dieser Kämpfe lassen sich bis zur Gelbwestenbewegung 2019 beobachten.

Die Autoren nehmen einen „Blick von unten“ ein und es gelingt ihnen dabei oft, die soziologischen, psychologischen und historischen Erfahrungen der Kämpfenden einzufangen. Der Begriff des Proletariats wird von ihnen abgelehnt, wobei nicht ganz klar wird, ob sich diese Ablehnung auf die Engführung des Begriffs als „Arbeiter-schaft“ bezieht.

Sehr reizvoll wäre es, den Gegensatz zwischen einer mobilisierungsfähigen breiten Basisbewegung und dem Agieren einer kleinen Minderheit in einem zentralisierten und institutionalisierten Staatswesen unter Gesichtspunkten der Herausbildung von Handlungsmacht zu behandeln.

Ebenso spannend wäre ein Vergleich der Entstehungsbedingungen und der Traditionen der deutschen und französischen Arbeiterbewegung. Im Gegensatz zur französischen Nationalgarde, die ihre Entstehung der großen Revolution von 1789 verdankt, verfügte die deutsche Linke mit Ausnahme der Volksmarinedivision von 1918/19 nie über nennenswerte bewaffnete Einheiten, die auf Seiten der Revolution kämpften. Die „Rote Ruhrarmee“ 1920 war eher ein spontanes Gebilde.

Das Behandeln beider Fragen sprengt aber den thematischen Rahmen dieses wertvollen kleinen Buches und macht eine neue Arbeit erforderlich. Wünschenswert wäre die Beachtung des detailreichen Buches bei allen Debatten um Emanzipationsprozesse sowie deren Darstellungsweise.

DIE KOALITION DER AHNUNGSLOSEN

Der Rückzug der westlichen Truppen aus Afghanistan verlief genauso desaströs wie der gesamte Einsatz und offenbart sich als „die Wiederholung aller Fehler, die nie als solche benannt wurden und für die sich nie jemand verantworten musste“.

■ Helmut Dahmer

Conrad Schetter hat in seiner *Kleinen Geschichte Afghanistans* das Scheitern der britischen Afghanistan-Intervention von 1838 und den Untergang der „Indus-Armee“ bei ihrer Flucht aus Kabul im Januar 1842 auf wenigen Seiten zusammengefasst.¹ Er schreibt, dies „erniedrigende Erlebnis“, „die verlustreichste Niederlage ihrer Kolonialgeschichte“ habe sich „im kollektiven Gedächtnis der Briten tief [eingebrannt]“. Was aber hat es mit solchen Brandmalen oder Traumen auf sich? Die Kolonialmacht unternahm alsbald einen Rachezug und nahm schon im September 1842 Kabul wieder ein.

„Obgleich dieser Feldzug den Briten eine gewisse Genugtuung verschaffte, löste er nicht das Problem, wie es mit Afghanistan weitergehen sollte. Einerseits wollten sich die Briten so schnell wie möglich aus Afghanistan zurückziehen, da die Kosten für die Besetzung des Landes in keinem Verhältnis zu seinem ökonomischen Wert standen. Andererseits war jedoch kein afghanischer Verbündeter in Sicht, der in der Lage war, die Dinge in den Griff zu bekommen.“²

Der heutige Leser dieser alten Geschichte erinnert sich nicht ohne Grausen der Freudschen Lehre, dass „erniedrigende Erlebnisse“ in individuellen Lebensgeschichten wie in der Sozialgeschichte der Verdrängung verfallen, abgewehrt werden und darum unverstanden bleiben. Dass sie aber im psychischen Haushalt der allzu Vergesslichen als unerledigte weiterspukten und schließlich ihre Wiederholung erzwingen.

Am Ende der aktuellen Afghanistan-Strafexpedition war es der ungehobelte Immobilien-Mogul Trump, den viele Millionen ratloser US-Wähler für einen der ihren hielten und der (mit skurrilen Auftritten und Twitter-Botschaften) ein paar Jahre lang den politischen Repräsentanten des Weltkapitals mimte, der im Frühjahr 2020 zu dem Schluss kam, die Intervention in Afghanistan habe sich als Fehlinvestition erwiesen und sei darum abzubrechen. Der zwischen den USA und den Taliban Ende Februar 2020 in Doha (Katar) direkt (nämlich ohne Beteiligung der Verbündeten oder der afghanischen Regierung) ausgehandelte „Deal“ sah (im Tausch gegen eine Zusicherung der Taliban-Vertreter, künftig keine Angriffe auf die USA und ihre Verbündeten mehr zu unternehmen) schlicht den Abzug der US-Truppen bis April 2021 vor.³ Die große Illusion, für deren Aufrechterhaltung Zehntausende von Menschenleben geopfert⁴ und Billionen Dollar und Euro verpulvert worden waren, zerplatzte wie eine Seifenblase. Trumps „deal“ wurde von seinem Nachfolger Biden nicht widerrufen, und die Folgen dieses „deals“ diskreditieren nun dessen Präsidentschaft, zumal er noch fünf Wochen vor dem 15. August, an dem die Taliban Kabul erreichten, im Rückblick auf die chaotische Flucht von Amerikanern und „Ortskräften“ aus Saigon am 29./30. April 1975 gesagt hatte, dass sich „so etwas“ in Kabul wiederhole, sei höchst unwahrscheinlich.

In Deutschland schienen die für den Bundeswehrein-satz Verantwortlichen – die Kanzlerin, die Regierungs-

koalition, das Parlament, die Verteidigungs- und der Außenminister(in), ganz zu schweigen von der Generalität – von all' dem nichts zu bemerken. Sie ließen den Dingen anderthalb Jahre lang ihren Lauf, als sei nichts geschehen. Noch halb im Tagtraum der „Demokratisierung“ Afghanistans befangen, wurden sie vom Einmarsch der Taliban in Kabul überrascht und stehen nun nicht nur vorm Trümmerhaufen ihrer Illusionen, sondern vor dem Faktum, dass es inzwischen technisch und politisch nicht mehr möglich ist, ein paar Hunderttausend afghanische Helfer („Ortskräfte“) rechtzeitig zu retten, ganz zu schweigen von den Millionen Afghanen, die aus Angst vor einer neuerlichen Taliban-Herrschaft aus dem Land fliehen wollen. Verdatterte Politiker der deutschen Regierung stimmen nun aber erst einmal ein Loblied auf das Bundeswehr-Kommando an, das zu guter Letzt noch 5.200 deutschen und afghanischen Flüchtlingen aus Kabul heraushalf. Sie tun das in der Hoffnung, dass darüber in Vergessenheit gerät, was die Bundeswehr in Afghanistan *eigentlich* sollte und dass die deutsche Regierung (und ihr Nachrichtendienst) die aktuelle Notlage der Flüchtlinge selbst mitverschuldet haben. Unsanft aus ihren Träumen geweckt, finden Kanzlerin und Kabinett sich in einem höchst realen Albtraum wieder, und es ist bemerkenswert, wie rasch sie sich auch mit der neuartigen Rolle der Bundeswehr abfinden, die nun als Fluchthelfer und Schleuser fungiert. Im Hintergrund aber stricken, nachdem der US-Kreuzzugs-Mythos diskreditiert ist, Nazis und Konservative längst an einem neuen. Der Phantasie, die wilden Taliban (wie alle „Feinde unserer Freiheit und Sicherheit“) zähmen oder massakrieren zu können, folgt nun die hysterische Furcht, Heerscharen fremdartiger, darum höchst gefährlicher Afghanistan-Flüchtlinge stünden demnächst vor den Toren Europas, um die Einheimischen – wie 2015 geprobt – zu überrennen und Deutschland in eine muslimische Kolonie zu verwandeln.⁵

Was die Menschen in Deutschland, Österreich und ähnlich privilegierten Ländern unablässig „irritiert“ und „verunsichert“, ist, dass die Folgen der profitorientierten Wirtschaftsweise nicht nur die außereuropäisch-außeramerikanische Welt verheeren, sondern auch in den Zentren der kapitalistischen Entwicklung spürbar werden, die nun von neuartigen Unwettern (Fluten, Stürmen, Dürren), von „chinesischen“ oder „afrikanischen“ Krankheiten und Flüchtlings-„Wellen“ heimgesucht werden. Ihre politischen Tranquilizer aber sind, wenn die Katastrophe der Politik, die sie als „alternativlos“ anpriesen, eingetreten ist, stets rasch bei der Hand, das Tor zur ruinösen Vergan-

genheit, die sie uns eingebracht haben, hinter sich zuzuschlagen und lauthals zu verkünden, *jetzt* gehe es *nicht darum*, darüber *nachzudenken*, wer wann was falsch gemacht habe (wer also dafür „verantwortlich“ sei). Eilig salvieren sie sich und ihre Wähler, indem sie sie aufrufen, unentwegt nach vorn zu blicken, wo uns freilich nichts anderes erwartet als die dem Vergessen überantwortete Vergangenheit: die Wiederholung aller Fehler, die nie als solche benannt wurden und für die sich nie jemand verantworten musste.

Am 15. August 2021 zerriss (wieder einmal) der Schleier der kollektiven Illusion, dass die Oasenbewohner sich die sie umgebende Weltwüste mit Geld und Waffen dauerhaft vom Leib halten könnten und dass die bedeutendste Wirtschafts- und Militärmacht das Wunder zustande bringen werde, in ein paar Jahren oder Jahrzehnten ein rückständiges und von jahrzehntelangen Kriegen verheertes Land mit Hilfe modernster Destruktionsmittel nicht nur dauerhaft zu befrieden, sondern es auch noch zu „demokratisieren“ (was immer das heißen mag). Der Wirklichkeitssinn bekam für kurze Zeit eine Chance, und einige der verspäteten (und bald wieder vergessenen) Einsichten aus diesen Tagen der Ernüchterung seien hier festgehalten:

Nach zwei Jahrzehnten riesiger Militär- und Aufbauhilfen⁶ und ungeheurer Menschenopfer resümiert Nikolaus Busse in der *Frankfurter Allgemeinen*: „Westliche Interventionen in der islamischen Welt haben zu Instabilität, Migration nach Europa und geopolitischen Geländegewinnen von China und Russland geführt.“⁷ 12 Tage später folgt ihm Gerald Braunberger:

„Gescheitert sind die Versuche, in dafür nicht geeigneten Ländern eine Staatenbildung von außen und unter Zuhilfenahme erheblicher militärischer Mittel zu erzwingen. Gescheitert sind Versuche, unter Einsatz großer Geldsummen moderne wirtschaftliche Strukturen zu etablieren und damit den Aufbau einer stabilen Zivilgesellschaft zu unterstützen. Ein nicht geringer Teil des Geldes ist auf dem Wege der Korruption versickert.“⁸

Schließlich noch Jochen Buchsteiner:

„Die Taliban [...] konnten der militärischen und finanziellen Übermacht des Westens nur deshalb trotzen, weil ihr Ziel von einer stillen Mehrheit im Land geteilt wurde.“ „Trump und Biden exekutierten nur noch einen Rückzug, zu dem es seit mehr als zehn Jahren keine vertretbare Alternative mehr gab.“ „Man kann verstehen, dass [...] öffentlich die Fiktion einer zumindest gemischten Bilanz aufrechterhalten wird. Aber in Wahrheit steht man vor einem Totalschaden.“⁹

Aufschlussreich sind auch die Voten dreier Irak- beziehungsweise Afghanistan-Veteranen:

Marcel Bohnert schreibt, die Bundeswehr sei 2001 in das geschundene Land am Hindukusch hineingestolpert. „Wir waren unendlich naiv: zwei Jahrzehnte hat der Einsatz gedauert, es gab rund 160 000 Entsendungen deutscher Soldatinnen und Soldaten nach Afghanistan. 59 von ihnen kamen nicht lebend zurück, 35 davon starben bei Anschlägen und in Gefechten. Mehrere Hundert wurden verwundet, Tausende traumatisiert.“¹⁰ Bohnert vermisst die Anerkennung von Staat und Bevölkerung für diesen Einsatz; der Gedanke, die „politische Leitung“ zur Rechenschaft zu ziehen, die – selbst „unendlich naiv“ – das Heer der „unendlich naiv“ gehaltenen Soldaten in diesen aussichtslosen Kolonialkrieg schickte, liegt ihm fern.¹¹

Anders Timothy Kudo: „Jetzt [aus Afghanistan] abziehen, mag für Amerika die richtige Entscheidung gewesen sein, doch es ist eine Katastrophe für die afghanische Bevölkerung, die wir betrogen haben.“ Nicht nur Präsident Obama, auch die hauptverantwortlichen Kommandeure, die für das jetzige Desaster verantwortlich sind, verdienen keine Bewunderung, so wenig wie diejenigen, die sich nun Tag für Tag darüber wundern, „dass wir den besten Teil unseres Lebens einer solchen Lüge opfern konnten“. Und was soll man schließlich von meinen Landsleuten sagen, die 20 Jahre lang für die Präsidenten und Abgeordneten gestimmt haben, die uns diese Niederlage eingebrockt haben. „Diese nationale Schande hängt uns wie ein Mühlstein am Hals.“¹² Denn Wähler und Soldaten haben es in den USA wie in der Bundesrepublik versäumt, gegen eine Regierung zu rebellieren, die sie in das hoffnungslose Afghanistan-Abenteuer hineingeführt hat.

Jeffrey Montrose kämpfte seit 2004 im Irak und sagt (in einem Interview mit Ph. Albrechtsberger): „Die langfristige Rechtfertigung für beide Einsätze [Afghanistan und Irak] war ident: Es ging darum, demokratische Strukturen zu schaffen [...]. Nicht nur wir Soldaten verstanden die eigene Mission nicht wirklich, auch die irakische Bevölkerung verstand den Einsatz kaum. Parallelen gibt es auch in Afghanistan. [...] Das Problem ist einfach, dass die Armee die falsche Organisation ist, um Demokratie zu fördern. [...] Als ich aus dem Irak zurückkam, wusste ich, ich muss vielleicht irgendwann wieder meine Kompanie in einen [solchen] Einsatz führen. Das konnte ich mit meinem Gewissen nicht mehr vereinbaren.“¹³

Einer, der nicht erst heute den Afghanistan-Krieg prinzipiell in Frage stellt, ist Jochen Hippler, der hier

abschließend zu Wort kommen soll. Ob Analytiker wie er jetzt gehört werden, steht freilich dahin ... Hippler schrieb (2016):

„Es gab seitens des Westens nie wirklich eine kohärente Strategie und Politik des Aufbaus demokratischer Staatlichkeit, trotz aller anderslautenden Rhetorik und allem siegesgewissen Selbstbetrug. Zuerst glaubte man, die immensen Probleme ignorieren zu können und mit wenigen Tausend Soldaten zurechtzukommen. [...] Als dann die Sicherheitslage immer schlechter wurde, versuchten es die USA und die NATO mit Repression, die – so die Aussage beteiligter britischer Soldaten – mit der Überbetonung militärischer Feuerkraft an das gescheiterte Vorgehen der Sowjetunion erinnerte. [Die politisch und militärisch Verantwortlichen schafften es nicht,] sich aus dem selbst gebauten Gefängnis der Missverständnisse zu befreien. [...] In vielen Fällen haben NATO-Einheiten – voran das Militär und ihre Special Forces – in der Bevölkerung diskreditierte Warlords [wie etwa Gul Agha Schersai in Kandahar] erst wieder mächtig gemacht und sogar mit Staatsämtern versorgt. In anderen Fällen haben sie dabei zugesehen, wenn die afghanische Regierung dies tat. Tolerierte Wahlfälschung und der Ausbau Afghanistans zu einem Narco-Staat kommen dazu – alles trotz wiederholter Proteste durchgewinkt, um den ›Kampf gegen die Taliban‹ nicht zu stören. Dies ist am Ende eine der zentralen Ursachen, warum die Befriedung und Entwicklung Afghanistans politisch scheiterte und der Krieg verloren ging. Der Aufbau demokratischer Strukturen blieb eine Schimäre [...] Und den Krieg wird letztlich derjenige gewinnen, der von der Bevölkerung als das kleinere Übel akzeptiert wird.“¹⁴

(1.9.2021)

1 München (Beck) 2004, aktualisierte Neuauflage 2017, S. 59–63.

2 Ebd., S. 63.

3 Vgl. dazu den Artikel von Kori Schake, „The folly of personal diplomacy“; *The New York Times*, International Edition, 30.8.2021, S. 12.

4 Man rechnet mit etwa 3900 Opfern auf Seiten der Interventionstruppen; fast 2500 US-Soldaten fielen, 20 589 wurden verwundet. Auf Seiten der Regierungsarmee gab es etwa 66 000 Tote. Die Zahl der getöteten Taliban-Kämpfer ist unbekannt; die Zahl der ums Leben gekommenen afghanischen Zivilisten wird auf 50 000 (oder auch das Doppelte) geschätzt. Vgl. dazu u. a. den Artikel von Tariq Ali (Anm. 10).

5 Vgl. dazu auch Armin Nassehis Artikel „Afghanistan als Spiegel“; F.A.Z. vom 18.8.2021, S. 9.

6 „Es scheint, als hätten [] die mehr als 1000 Milliarden Dol-

lar, die [in den vergangenen beiden Jahrzehnten] in das Land geflossen [sind], es nicht vermocht, Afghanistans Mehrheit entschlossen auf die Seite der Geldgeber zu ziehen.“ Christoph Reuter, „Die Unbezwingbaren“; *Der Spiegel*, 21.8.2021, S. 10. Reuter spricht vom bisher „teuersten Selbstbetrug des 21. Jahrhunderts“. Die deutsche Hilfe betrug etwa 400 Millionen Euro pro Jahr. Die westlichen Hilfsgelder dienten als Quelle der Korruption, die den „weder funktionsfähigen, noch legitimen Potemkinschen Staat“ zerfraß (J. Hippler, Anm. 14).

7 „Afghanistan ist nicht zu retten.“ Leitartikel der F.A.Z. vom 18.8.2021, S. 1.

8 „Die Angst des weißen Mannes.“ Leitartikel der F.A.Z. vom 30.8.2021, S. 1.

9 „Es hätte niemals gelingen können.“ F.A.Z. vom 1.9.2021, S. 9.

10 „Ich war in einem Krieg, den es nicht geben durfte.“ *Der Spiegel*, 7.8.2021, S. 24.

11 Statt die Frage nach dem „Sinn“ des Bundeswehreinsatzes zu stellen, dessen Resultat die Rückkehr der Taliban an die Macht – und ihre Anerkennung als einzige Ordnungsmacht durch die USA – ist, nimmt er Zuflucht zu den von der SS verschlissenen Leerformeln archaischen Ursprungs: „Ehre“, „Treue“, „Tapferkeit“

12 „My 10-year Afghanistan nightmare is now real“; *The New York Times*, International Edition; 18.8.2021, S. 9.

13 „Am Ende waren wir alle kaputt.“ (Wiener) *Kurier*, 29.8.2021, S. 11.

14 J. Hippler, „Meinung: Afghanistan – wie weiter?“ (21.4.2016); veröffentlicht von der Bundeszentrale für politische Bildung. – Fünf Jahre später zieht Spencer Bokot-Lindell – zunächst mit den Worten Präsident Bidens – folgende Bilanz: „Über das Erreichte hinaus ist kein Fortschritt möglich; nach 20 verlorenen Jahren, dem Verlust von 2 Billionen Dollar und 2.448 amerikanischen Leben haben die Vereinigten Staaten genug Opfer gebracht. ‚Wie viele Leben – amerikanische Leben – ist das wert – wieviel endlose Reihen von Grabsteinen auf dem [Militär-]Friedhof von Arlington?‘“. Dann resümiert Bokot-Lindell das Ergebnis der Intervention für Afghanistan: „In wenigen Tagen haben sich die Taliban wieder eines Landes bemächtigt, das ihrer Herrschaft nicht weniger schutzlos ausgeliefert ist [als vor 20 Jahren]; doch es ist heute korrupt, völlig verarmt, von amerikanischen Waffen durchsiebt, und es hat das Leben von 47 000 Zivilisten verloren. Zehntausende Afghanen wollen verzweifelt ihr Land verlassen und haben gehofft, es verlassen zu können.“ „Did America betray Afghanistan?“; *The New York Times*, International Edition, 20.8.2021, S. 12 und S. 13 (Zitat auf S. 12).

BUCHTITEL PAUL B. KLEISER BEI ISP

Als Herausgeber

Flora Tristan

Arbeiterunion

Sozialismus und Feminismus im 19. Jahrhundert [1843]

193 Seiten, kartoniert, 1988

Paul B. Kleiser (zusammen mit José Gutiérrez Alvarez)

Sozialistinnen

190 Seiten, kartoniert, 1989

Flora Tristan

Im Dickicht von London

oder Die Aristokratie und die Proletarier Englands [1840]

294 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag, 1993

Paul B. Kleiser (zusammen mit Angela Klein)

Die EU in neoliberaler Verfassung

157 Seiten, kartoniert, 2006

Paul B. Kleiser

Griechenland im Würgegriff

Ein Land der EU-Peripherie wird zugerichtet

188 Seiten, kartoniert

2013, 2014 erschien eine aktualisierte 2. Auflage, 2015 eine nochmals aktualisierte 3. Auflage mit neuer ISBN

Als Autor

Paul B. Kleiser

Merkels Hosenanzug

Befindlichkeiten der Berliner Republik – Historisch-politische

Essays, isp-pocket 69

146 Seiten, kartoniert, 2012

Paul B. Kleiser

Der Heimathorst oder Bayern ohne Lederhosen

184 Seiten, kartoniert

2019, 2020 erschien eine erweiterte 2. Auflage.

Paul B. Kleiser

Merkels Abgang

Von der Banken- zur Coronakrise

188 Seiten, kartoniert, 2021

KEINE ÄNDERUNG DES US-IMPERIALISMUS

Die Vereinigten Staaten erlitten im Irak und in Afghanistan ernste Niederlagen, ebenso wie in Vietnam. Aber wir sollten Änderungen der US-Militärstrategie nach katastrophalen Fehlschlägen nicht mit einer Abkehr von den imperialistischen Zielen der USA verwechseln.

■ **Gilbert Achcar**

Das Debakel der von den USA gestützten afghanischen Marionettenregierung hat zu unzähligen Nachrufen auf die imperiale Macht Amerikas inspiriert. Diese Nachrufe sind voreilig.

Die Antikriegsbewegung sollte sich nicht der Illusion hingeben, dass mit dem Rückzug der USA aus Afghanistan die Ära der imperialistischen Kriegsführung der USA zu Ende gegangen sei. Was stattfindet, ist nichts anderes als ein Neustart und eine Aktualisierung der Lehren, die aus Vietnam gezogen wurden, um ein intelligenteres Management und eine höhere Kosteneffizienz der US-Militärendagements zu erreichen – es geht nicht darum, von der globalen Dominanz der imperialen Macht der USA Abstand zu nehmen.

Die Niederlage der Vereinigten Staaten in Vietnam, die 1973 durch den Abzug der US-Truppen abgeschlossen wurde, führte zu einer grundlegenden Revision der Militärstrategie, die die Vereinigten Staaten auf die Kriege des digitalen Zeitalters vorbereitete. Die innenpolitischen Auswirkungen Vietnams waren enorm, insbesondere die massive Kriegsaversion, die sich unter der US-Bevölkerung, insbesondere der Jugend, entwickelte. Imperialistische Kriegstreiber nannten es „Vietnam-Syndrom“ und sahen eine Krankheit in der in Wahrheit sehr gesunden Vorsicht der Öffentlichkeit gegenüber der Neigung der Machtelite zum Auslösen imperialer Militäreinsätze.

Nach Vietnam war es dringend geboten, einen weiteren langwierigen Krieg zu vermeiden, der vor dem

Hintergrund der Antikriegsmobilisierung im eigenen Land scheitern musste. Die Post-Vietnam-Strategie der Vereinigten Staaten wurde während der Jahre von Ronald Reagan und George H. W. Bush verfeinert, aber in der Zeit nach „9/11“ weitgehend ignoriert, so dass in George W. Bushs „Krieg gegen den Terror“ viele der damaligen Fehler wiederholt wurden.

Jetzt signalisiert Joe Biden eine Rückkehr zur Post-Vietnam-Strategie. Das kann weniger Bodentruppen bedeuten, aber man sollte es nicht mit dem Ende der imperialen Aggression der USA verwechseln.

Die „**Revolution in Military Affairs**“ (RMA)

Die Post-Vietnam-Militärstrategie wurde von zwei Faktoren bestimmt: der Beendigung der Wehrpflicht im Jahr 1973 und der „**Revolution in Military Affairs**“ [„**Revolution der Militärangelegenheiten**“] während der Jahre von Reagan und Bush senior.

Das Ende der Wehrpflicht und der Übergang zu einer rein freiwilligen Berufsarmee bedeuteten einen massiven Personalabbau. Im Verhältnis zur amerikanischen Bevölkerung umfasst das aktive Personal heute weniger als die Hälfte desjenigen von 1973 (obwohl es sich nach China, Indien und Nordkorea immer noch um die viertgrößte Armee der Welt handelt). Ronald Reagan versuchte, die Verkleinerung des Militärs mit dem gewaltigsten Anstieg der Militärausgaben außerhalb von Kriegszeiten zu kompensieren, den die Vereinigten Staaten jemals erlebt

haben. Während Reagans zweiter Amtszeit erreichten die Militärausgaben mit 7 Prozent des BIP ihren Höchststand. Das strategische Ziel dieser massiven Ausgaben war die Erforschung, Entwicklung und Produktion einer neuen Generation immer ausgeklügelterer Waffen, die die „Destruktivität“ der US-Waffen stark erhöhen sollten, um den Personalabbau der USA zu kompensieren.

Diese „Revolution in Military Affairs“ ging einher mit einer neuen Militärdoktrin, die in diesen Jahren ausgearbeitet wurde. Zu ihren wichtigsten Architekten gehörten Dick Cheney und Colin Powell, zwei Beamte in den Regierungen von Reagan und Bush sen., die später eine führende Rolle am Vorabend der Kriege nach dem 11. September spielen sollten. Der Kern der neuen Doktrin bestand darin, dass die Vereinigten Staaten die Art von schrittweisem Engagement vermeiden sollten, die als „Eskalation“ bezeichnet wird und sie in einem politisch kostspieligen, langwierigen Krieg in Vietnam gefesselt hatte. Stattdessen sollten zeitlich begrenzte Kriege nur aus einer Position „überwältigender Überlegenheit“ geführt werden, nachdem die nötigen Kräfte in der Nähe des Einsatzortes aufgebaut waren. Dabei sollte die Zahl der Todesfälle unter US-Soldat*innen auf null reduziert werden, indem die Beteiligung von Truppen an Kämpfen vor Ort minimiert und stattdessen auf Fernkriegsführung zurückgegriffen wird, die nur notfalls von Bodenoperationen geringen Umfangs begleitet wird.

Der Krieg gegen den Irak 1991 als Reaktion auf dessen Invasion in das benachbarte Kuwait war der erste groß angelegte Krieg der Vereinigten Staaten seit Vietnam, durchgeführt exakt wie aus einem Lehrbuch der Post-Vietnam-Doktrin. Die USA warteten mehrere Monate, bis sie in der Nähe von Irak und Kuwait eine beeindruckende Militärmacht aufgebaut hatten. Dann starteten sie einen verheerenden Bombenkrieg, der nicht nur gegen irakische Truppen, sondern auch auf die zivile Infrastruktur des Iraks zielte – was zusammen mit dem schweren Embargo, das nach dem Krieg für zwölf Jahre gegen den Irak verhängt wurde, zu einer Zahl von Todesopfern völkermörderischen Ausmaßes führte (nach UN-Angaben eine Übersterblichkeit von neunzigtausend pro Jahr). Die Kämpfe selbst dauerten weniger als sechs Wochen.

Gelernte und vergessene Lektionen

Das strategische Erbe der Ära von Reagan und Bush sen. wurde unter George W. Bush völlig missachtet und rückgängig gemacht, paradoxerweise unter Beteiligung zweier seiner Architekten: Powell selbst und Cheney.

Die neue Regierung handelte bis zur Mitte der zweiten Amtszeit von George W. Bush im neokonservativ geprägten Geist des „Project for the New American Century“ [Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert], der kriegstreiberischen Denkfabrik, der die meisten prominenten Mitglieder der Regierung angehörten. Die Anschläge vom 11. September 2001 boten dieser Gruppe eine einmalige Gelegenheit, ihrer Hybris freien Lauf zu lassen.

Ihr Hauptziel war der Irak, in den Donald Rumsfeld als Verteidigungsminister gleich nach den Anschlägen einmarschieren wollte. Die Alternative, mit Afghanistan zu beginnen, die von Powell aus dem offensichtlichen politischen Grund verteidigt wurde, dass es die Basis von Al-Qaida war, setzte sich schließlich durch.

Die Gründe für den Großteil der Kriegsaktivitäten nach dem 11. September hatten wenig mit einem „Krieg gegen den Terror“ zu tun, der als Parole diente. Es war ein Krieg für ein neues amerikanisches Jahrhundert, ein Krieg für die Erweiterung und Festigung der imperialen Reichweite der USA.

Über die Zerschlagung des dortigen Al-Qaida-Stützpunkts hinaus war Afghanistan vor allem eine Chance, eine strategische Militärposition in Zentralasien zu erkämpfen. Ergänzt durch militärische Einrichtungen in den benachbarten ehemaligen Sowjetrepubliken lag sie günstig zwischen Russlands europäischem Kernland und China, den beiden potentiellen „Konkurrenten“, gegen die die US-Militärplanung nach dem Kalten Krieg entworfen worden war.

Im Falle des Iraks waren die Interessen weit offensichtlicher: ein Land mit riesigen Ölreserven im Herzen der begehrten Golfregion. Die Beherrschung der Region war nach dem Kalten Krieg eine Priorität Washingtons, sowohl wegen der strategischen Bedeutung der Kontrolle des Zugangs zu seinen Kohlenwasserstoffressourcen als auch wegen der wirtschaftlichen Bedeutung der Sicherung der Umleitung seiner Petrodollars in den Kauf von US-Waffen und US-Staatsanleihen.

Die unterschiedlichen strategischen Interessen in Afghanistan und im Irak bestimmten zwei ganz unterschiedliche Arten von Krieg. Der Krieg in Afghanistan begann auf eine Weise, die noch den Lehren aus Vietnam zu entsprechen schien: Im Jahr 2002, dem ersten Jahr des US-Krieges in Afghanistan, waren nur 9700 US-Soldat*innen in diesem Land stationiert (sowie 4800 zusätzliche ausländische verbündete Truppen). Washington sicherte sich Stützpunkte und verließ sich hauptsächlich auf lokale Kämpfer der Nordallianz, um die Taliban vor Ort zu bekämpfen.

Die Vereinigten Staaten missachteten jedoch eine wichtige Lehre aus Vietnam und wandten sich dem Ziel des Staatsaufbaus zu. Dies führte unweigerlich zu einer „Eskalation“ bei dem Versuch, die Kontrolle über das Land durch die Marionettenregierung zu erlangen, die die Vereinigten Staaten in Kabul installiert hatten. Doch immer noch lag die Zahl der in Afghanistan stationierten US-Soldat*innen 2007, sechs Jahre nach Beginn der Operationen, bei unter 25 000.

Man vergleiche dies mit der Zahl der Truppen, die von Anfang an im Irak stationiert waren: fast 142 000 im Jahr 2003, ein Niveau, das bis zu Barack Obamas erstem Jahr als Präsident ungefähr gehalten wurde. Danach ging die Zahl zwei Jahre lang zurück bis zum vollständigen Abzug Ende 2011.

Tatsächlich war Washington kaum in der Lage, deutlich mehr Truppen in den Irak zu entsenden: Das Pentagon hatte Rumsfeld gewarnt, dass die Kontrolle über den Irak nicht weniger als die doppelte Zahl der im Jahr 2003 entsandten Truppen erfordern würde – eine Anstrengung, die die militärischen Fähigkeiten der USA gefährlich belastet hätte und über einen kurzen Zeitraum hinaus nicht tragfähig gewesen wäre. Aber die Stimmführer der Bush-Regierung hielten hartnäckig an der Ansicht fest, dass die US-Truppen von den meisten Irakern „als Befreier begrüßt“ werden würden.

Dieses extreme Maß an Selbsttäuschung und Wunschenken führte sie dazu, die Besetzung des Iraks unter völliger Missachtung der Lehren aus Vietnam durchzuführen: Powells Beschreibung von 1992 über „auf Jahre hinaus große Besatzungstruppen im Irak und ein sehr teures und komplexes amerikanisches Protektorat in Bagdad“ liest sich wie eine genaue Beschreibung dessen, was nach der Invasion 2003 geschah.

Der Irak verwandelte sich schnell in einen Sumpf für die US-Truppen. Die Aufständischen begannen mit zahlreichen Selbstmordanschlägen und bewegten sich hauptsächlich in einer sympathisierenden arabisch-sunnitischen Bevölkerung. Der Sumpf verwandelte sich 2006 in eine Katastrophe, als die US-Besatzungstruppen in einen konfessionellen Bürgerkrieg verwickelt wurden.

Das Scheitern im Irak war offensichtlich geworden und die herrschende Klasse der USA zog die Notbremse. Eine parteiübergreifende Kongresskommission entwickelte eine Ausstiegsstrategie, die auf einem radikalen Taktikwechsel beruhte, und Rumsfeld musste zurücktreten.

Die „Surge“ [Flutwelle], wie sie genannt wurde, bestand in einer vorübergehenden starken Aufstockung der

US-Truppen (bis zu 157 800 im Jahr 2008), um Al-Qaida gemeinsam mit arabisch-sunnitischen Stämmen, deren Loyalität zu diesem Zweck erkaufte wurde, einen schweren Schlag zu versetzen. Da dies mit den religiösen Auseinandersetzungen zusammenfiel, wurden die US-Truppen nicht mehr als Begünstiger der arabisch-schiitischen Mehrheit, sondern als Schutzschild für die arabisch-sunnitische Minderheit wahrgenommen. Dies verstärkte nur den Druck der dominierenden, vom Iran unterstützten schiitischen Kräfte, die Präsenz der US-Truppen zu beenden. Obwohl sich die „Surge“ bei der Niederschlagung und Marginalisierung von Al-Qaida (die inzwischen in Islamischer Staat im Irak umbenannt wurde) als erfolgreich erwies, war es Washington nicht länger möglich, seine Kampfpräsenz in diesem Land aufrechtzuerhalten.

Bush schloss 2008 eine Vereinbarung mit der pro-iranischen irakischen Regierung (selbst das Ergebnis von Wahlen, die den Besatzern durch eine massive schiitische Mobilisierung im zweiten Besatzungsjahr aufgezwungen wurden): US-Truppen würden im folgenden Jahr die irakischen Städte und bis Ende 2011 das ganze Land verlassen. Stolz auf seinen Widerstand gegen die Besetzung des Iraks im Jahr 2003, erfüllte Obama diese Verpflichtung gerne. Aber es war unverkennbar: Die Vereinigten Staaten hatten eine neue schwere Niederlage erlitten.

Doppeldebakel in Afghanistan und im Irak

Die Niederlage der USA im Irak hatte enorme Folgen. Sie hat das „Vietnam-Syndrom“ kraftvoll wiederbelebt und die „Glaubwürdigkeit“ Washingtons massiv beeinträchtigt. Anstatt ihre Gegner abzuschrecken, hatten die Vereinigten Staaten sie sogar ermutigt, insbesondere im Nahen Osten: Der Iran weitete sein regionales militärisches Engagement nach 2011 massiv aus; der „Islamische Staat im Irak“ wurde zum „Islamischen Staat im Irak und Syrien“ (ISIS), hat sich in Syrien wieder aufgebaut und ist von dort aus 2014 in einen großen Teil des irakischen Territoriums eingedrungen; außerdem intervenierte Russland ab 2015 massiv in Syrien.

Im Vergleich dazu ist die Niederlage in Afghanistan weit weniger bedeutend, aber viel spektakulärer. Obama dachte, er könnte die Vereinigten Staaten mit einer Neuauflage der irakischen „Surge“ aus diesem Land herauslösen. Er verdoppelte die Zahl der US-Truppen im ersten Jahr seiner Präsidentschaft auf 68 000 und brachte sie zwischen 2010 und 2011 auf einen Höchststand von 90 000. Anschließend senkte er sie von 60 000 im Jahr 2013 auf 29 000 im Jahr 2014, nachdem er 2013 entschied-

den hatte, dass US-Truppen keine Kampfhandlungen mehr durchführen und sich auf die Unterstützung der von den USA aufgebauten afghanischen Regierungstruppen beschränken sollten.

Parallel dazu nahm seine Regierung in Doha, der Hauptstadt von Katar, Gespräche mit den Taliban auf. Im darauffolgenden Jahr kündigte Obama einen Zeitplan für den Abzug der meisten US-Truppen bis Ende 2016 an. In den Jahren 2015 und 2016 befanden sich nicht mehr als 7000 US-Soldaten in Afghanistan.

Der Faktor, der das US-Militär 2014 in den Irak und nach Syrien zurückgebracht hat, ist der gleiche, der das US-Engagement in Afghanistan über das Jahr 2016 hinaus verlängerte: Der „Islamische Staat“, dessen zentralasiatischer Ableger, der „Islamische Staat – Provinz Khorasan“ (IS-K), in Afghanistan entstand. Mit der Tötung von Osama bin Laden im Jahr 2011 hatte Obama die „Mission des Krieges gegen den Terror“ als erfüllt gesehen, was einen Rückzug aus Afghanistan ohne Gesichtverlust ermöglicht hätte. Aber das Aufflammen des IS-K hat diesen Plan zunichte gemacht.

Dies erklärt die ansonsten unverständliche Entscheidung von Donald Trump, die Zahl der US-Soldat*innen in Afghanistan trotz seiner „isolationistischen“ Rhetorik und wiederholten Versprechen zur Beendigung der laufenden US-Kriege in den ersten beiden Jahren seiner Amtszeit auf 14 000 zu verdoppeln. Das war Trumps „Surge“ nach der Obamas, mit dem Ziel, die Bedingungen für einen endgültigen Truppenabzug zu schaffen. Anschließend reduzierte er 2019 die US-Truppenstärke auf 8500 und intensivierte die Doha-Gespräche mit den Taliban.

Nach Abschluss eines Abkommens mit ihnen im Februar 2020 senkte Trump die Zahl der US-Truppen weiter mit der Zusage, ihren Abzug bis zum 1. Mai 2021 abzuschließen. Im Rahmen dieser Vereinbarung zwang er die Kabuler Marionettenregierung, wie von den Taliban gefordert 5000 Gefangene freizulassen – ein wichtiger Schub für sie. Im November beschloss die scheidende Trump-Regierung, die US-Truppenstärke in Afghanistan am Vorabend der Übergabe des Weißen Hauses an Biden im Januar 2021 auf das absolute Minimum von nur noch 2500 zu reduzieren.

Inzwischen war der IS-K in Afghanistan zunehmend in den Fokus der US-Aufmerksamkeit gerückt. Als Trump drei Monate nach seinem Amtsantritt „die Mutter aller Bomben“ (die stärkste nicht-nukleare Bombe der USA) in Afghanistan abwarf, war sie nicht gegen die Taliban, sondern gegen den IS-K gerichtet. Afghanistan hatte sich

zu einem „Krieg aller gegen alle“ à la Hobbes entwickelt, an dem drei Lager beteiligt waren: die von US-Streitkräften unterstützte Kabuler Regierung, die Taliban und der IS-K. In dieser absurden Situation führten die USA sogar Schläge zur Unterstützung des Kampfes der Taliban gegen den IS-K durch. Dies spiegelte sich in der jüngsten Anspielung des von Trump nominierten Vorsitzenden der „Joint Chiefs of Staff“ (Vereinigte Stabschefs), Mark Milley, auf die künftige Koordination zwischen den USA und den Taliban für Angriffe in Afghanistan gegen den IS-K oder ähnliche Gruppen wider.

Andererseits zeigte der allmähliche Rückzug der US-Truppen aus Afghanistan, dass die von den USA aufgebauten afghanischen Streitkräfte den Taliban nicht gewachsen waren. Wie schon 1996, als sie erstmals die Macht übernahmen, fiel es den Taliban nicht schwer, ihren Puritanismus der Korruption ihrer Rivalen gegenüberzustellen. Zwischen 1992 und 1996 wurde Afghanistan von meist korrupten Warlords regiert, die damit beschäftigt waren, einander gegenseitig zu bekämpfen. Die Kabuler Regierung, mit deren Bildung die Bush-Regierung Hamid Karzai beauftragt hatte, war ebenfalls höchst korrupt und stand zudem unter ausländischer Aufsicht. Eine Regierung mit so wenig Ansehen kann Truppen nicht dazu motivieren, ihr Leben zu riskieren, um sie an der Macht zu halten.

Die Situation in Kabul nach dem Zusammenbruch der afghanischen Regierung wurde mit der von Saigon im Jahr 1975 verglichen, mit den berühmten Bildern der Evakuierung der US-Botschaft per Helikopter. Aber das südvietnamesische Marionettenregime hatte tatsächlich mehr eigene Wurzeln als die Kabuler Regierung, da es ein Regime fortsetzte, das schon vor der US-Intervention 1965 existierte. Das südvietnamesische Regime leistete nach dem Rückzug der USA aus Vietnam 1973 zwei Jahre lang Widerstand gegen eine gewaltige Volksarmee, die die Vereinigten Staaten mit mehr als einer halben Million Soldaten nicht bezwingen konnten – einen Feind, der zu diesem Zeitpunkt mehr ausländische Unterstützung hatte, als die Taliban jemals erfahren haben.

Die Situation, die dem Debakel der Kabuler Regierungstruppen am nächsten kam, war das Debakel der von den USA aufgebauten, ausgebildeten und bewaffneten irakischen Regierungstruppen gegenüber der ISIS-Offensive im Sommer 2014. Die Regierung Nouri al-Maliki im Irak nach Saddam Hussein war neben ihrem konfessionell einseitig schiitischen Charakter auch noch ebenso korrupt wie die in Kabul: Nicht nur arabisch-sunnitische Soldaten waren nicht bereit, ihr Leben im Kampf gegen den antischi-

itischen IS zu riskieren, sondern auch schiitische Soldaten wollten das ihre nicht unter einer korrupten Führung zur Verteidigung der sunnitischen Mehrheitsgebiete gegen den IS aufs Spiel setzen. Nichts ähnelt der jüngsten Parade der Taliban mit von den Streitkräften der Kabuler Regierung beschlagnahmter US-Ausrüstung mehr als die ISIS-Parade mit ähnlicher Ausrüstung, die 2014 von den vertriebenen irakischen Truppen erbeutet worden war.

Die Torheiten des US-Imperiums neu aufgelegt

Vor diesem Hintergrund hat Joe Biden beschlossen, die von seinem Vorgänger geschlossene Vereinbarung zu respektieren und die Frist nur um vier Monate bis Ende August zu verlängern. Er konnte seine Verachtung für Washingtons afghanische Verbündete nicht verbergen, denen er die ganze Schuld zuschob – ebenso wie seine implizite Verachtung für die Afghan*innen im Allgemeinen und seine Zurückhaltung gegenüber der Aussicht, mehr von ihnen in die Vereinigten Staaten aufnehmen zu sollen. Von Anfang an waren die afghanischen Frauen, die einst heuchlerisch als bequemer Vorwand für die Fortsetzung der US-Intervention in Afghanistan benutzt wurden, Opfer der Taliban ebenso wie der US-Regierung.

Aber Biden sprach die Wahrheit, als er in seiner Ansprache vom 31. August sagte: „Wir standen vor einer von zwei Möglichkeiten: Der Vereinbarung der vorherigen Regierung folgen und die Frist verlängern, um ... mehr Zeit zu haben, um die Menschen herauszuholen. Oder weitere Tausende von Soldat*innen entsenden und den Krieg eskalieren.“¹ Dass er den mit Vietnam verknüpften Begriff „eskalieren“ verwendete, war kein Zufall. Bidens ganze Rede basierte auf den strategischen Lehren aus Vietnam. Die Torheiten der Regierung von George W. Bush im Irak und in Afghanistan zeigten dem US-Imperium grausam, wie teuer es war, sie zu ignorieren.

Dies bringt uns zu einem letzten und entscheidenden Punkt: Die strategische Revision nach Vietnam hatte nicht das Ziel, eine neue pazifistische Ära in der US-amerikanischen Weltpolitik einzuleiten. Sie war nur dazu gedacht, die imperialistischen US-Einsätze auf das militärisch effektivste und politisch am wenigsten kostspielige auszurichten.

Barack Obama hat sich in seinem sehr umfassenden Rückgriff² (viel mehr als George W. Bush) zur Distanzbzw. Fernkriegsführung in Form von Drohnen an die Post-Vietnam-Regeln angepasst. Trump ging denselben Weg und obendrein machte er den Einsatz von Drohnen unberechenbarer. Bemerkenswert ist, dass sowohl Trump

als auch Biden ihre Präsidentschaft mit Langstreckenraketenangriffen in Syrien begonnen haben, um ihre Bereitschaft zum Einsatz von Gewalt aus der Ferne zu zeigen.

Dies ist tatsächlich das, was Biden in seiner oben zitierten Ansprache versprach: „Wir werden den Kampf gegen den Terrorismus in Afghanistan und anderen Ländern fortsetzen. Wir müssen dafür nur keinen Bodenkrieg führen. Wir verfügen über sogenannte ‚Over-the-Horizon‘-Fähigkeiten, was bedeutet, dass wir Terroristen und Ziele treffen können, ohne dass amerikanische Stiefel den Boden berühren müssen – oder notfalls nur sehr wenige.“

Mehr denn je werden die imperialen Aktionen der USA in Zukunft in Angriffen unterschiedlichen Ausmaßes bestehen, von individuellen Drohnen-Morden bis hin zu punktgenauen Raketen- oder Luftangriffen als regelmäßigem Muster, gepaart mit der permanenten Bereitschaft, mit „überwältigender Überlegenheit“ ein Land zu zerstören, wie der Irak 1991 zerstört wurde – ohne sich auf den Staatsaufbau einzulassen.

Mit dem wiederbelebten „Vietnam-Syndrom“ herrscht in der US-Öffentlichkeit und auch dem US-Militär³ ein starkes Misstrauen gegenüber größeren Auslandseinsätzen. Aber es gibt viel weniger Aufmerksamkeit und Aktionen der Antikriegsbewegung, wenn es um die ständigen Massaker geht, die von den Vereinigten Staaten durch Drohnen und punktgenaue Angriffe verübt werden. Die Antikriegsbewegung muss solche Aktionen als das betrachten, was sie eindeutig sind: Kriegshandlungen – und gegen ihre Fortsetzung sowie gegen massivere imperialistische Militäreinsätze mobilisieren.

Übersetzung aus dem Englischen: Björn Mertens

Dieser Artikel ist zuerst am 4.9.2021 auf *jacobinmag* erschienen. Die Übersetzung und Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Zustimmung von Verlag und Redaktion der deutschen Ausgabe (<https://jacobin.de/>). Quelle: <https://www.jacobinmag.com/2021/09/afghanistan-iraq-war-vietnam-withdrawal-terror>, <https://internationalviewpoint.org/spip.php?article7297>

¹ <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/speeches-remarks/2021/08/31/remarks-by-president-biden-on-the-end-of-the-war-in-afghanistan/>

² <https://foreignpolicy.com/2020/12/17/obamas-murderous-drone-legacy-will-haunt-the-biden-administration/>

³ <https://www.jacobinmag.com/2021/08/antiwar-military-veterans-afghanistan-iraq-biden-troops>

„VOLKSFRONT“ GEGEN ORBÁN?

Mit **Annajuli Rosenfeld**, **Péter Somogyi**, **Zoltán Sidó** und **Ágnes Gagyi** sprach János, Korrespondent der *Inprekor* in Ungarn, in dem folgenden Interview.

Inprekor: Obwohl der ungarische Premierminister, Viktor Orbán, und seine Partei, die Fidesz, seit 2010 uneingeschränkt herrschen, haben sie bei den letzten Kommunalwahlen die Hauptstadt (Budapest), fünf Regionalpräfekturen (Pécs, Miskolc, Eger, Tatabánya, Szombathely) sowie zwei Städte mit Komitatsstatus¹ (Érd, Dunaújváros) verloren. Umfragen zufolge dürften sie zudem bei den nächsten Parlamentswahlen im April 2022 die Verlierer sein. Wie erklären Sie diese Trendwende? Welche Strategie verfolgt die Opposition?

Péter Somogyi: Die Fidesz erreichte 2010 die verfassungsmäßige Mehrheit, auf dem Höhepunkt der Finanzkrise von 2008, die zum Fall der damaligen sozialliberalen Regierungskoalition geführt hat und damit auch zum Zusammenbruch der Zweiparteienstruktur, die das politische Leben bis dahin beherrschte. Es war auch das Ende des liberalen Paradigmas, das für den Zeitraum nach dem Systemwandel im Jahr 1989 charakteristisch war. Die Linke verlor zwar aufgrund der neoliberalen Politik, auf die sie sich eingelassen hatte, sowohl an Glaubwürdigkeit als auch an Kohärenz, dennoch gelang es der Fidesz nicht, ihre soziale Basis signifikant zu vergrößern. Das Terrain der Opposition ist zersplittert und hart umkämpft. Die neue Regierung hat das Wahlsystem dergestalt verändert, dass der Gewinner durch „Ausgleichsmandate“ zusätzlich begünstigt wird. So wurde das dualistische System in Ungarn zwar aufrechterhalten, allerdings bestand das Spektrum der „Linken“ jetzt nicht mehr aus einer gro-

ßen Partei, sondern aus mehreren kleinen Parteien. Diese Parteien sind jetzt gezwungen, irgendwie zusammenzuarbeiten und eine gemeinsame Liste aufzustellen, die die Chancen der „Oppositionskandidaten“ maximieren soll. Zum Einsatz kam diese Methode zum ersten Mal bei den Kommunalwahlen im Jahr 2019 – und zeitigte einen recht deutlichen Erfolg.

Ágnes Gagyi: Die Erfolge der Opposition bei den Kommunalwahlen 2019 waren in erster Linie auf eine parteiübergreifende Allianzstrategie zurückzuführen, die die Gesamtheit der Opposition umfasste. (Die Fidesz konnte 2018 zwar nicht die Zweidrittelmehrheit der Stimmen auf sich vereinen, aufgrund des Wahlsystems reichten die 49 % der für sie abgegebenen Stimmen jedoch aus, um der Partei eine qualifizierte parlamentarische Mehrheit zu sichern.) Da die Macht der örtlichen Regierungen im Vorfeld extrem verringert worden war (hauptsächlich durch die Übernahme ihrer Schulden durch den Staat, was eine wirtschaftliche Abhängigkeit gegenüber der Zentralregierung nach sich zog), hatten die lokalen Oppositionsregierungen zwar weniger Spielraum für größere politische Veränderungen, aber immerhin die Möglichkeit (wenn auch in engem Rahmen), die politische Reichweite und den administrativen Hintergrund für den Wahlkampf der Opposition im Jahr 2022 zu erweitern. Im Moment liegen die Fidesz und die Opposition bei Umfragen in etwa gleichauf. Die Fidesz hat Maßnahmen intensiviert, mit denen sie sich bei einem möglichen Verlust der qualifi-

zierten Mehrheit oder gar einem Wahlsieg der Opposition ihren Einfluss sichert. Ihr Hauptproblem ist, dass Verfassungsänderungen an eine Zweidrittelmehrheit gebunden sind, während die mit der Fidesz verbundenen nationalen kapitalistischen Positionen in diversen strategischen Branchen – von den Banken bis zur Energieversorgung oder der weiterführenden Bildung (die jetzt privatisiert ist) – stabil sind. Die allgemeine Strategie der Opposition zielt auf Zusammenarbeit ab, um die Anzahl der Sitze für die Fidesz zu verringern, aber auch auf eine starke Konkurrenz unter den Parteien. Oppositionsparteien haben seit 2010 die staatliche Unterstützung, ihren sozialen Wirkungsbereich und ihre kapitalistischen Verbündeten verloren, 2022 stellt für sie eine überlebenswichtige Möglichkeit der Regeneration dar. Ganz allgemein ist die Politik der Opposition auf die politisch gebildete Mittelklasse ausgerichtet.

Inprecor: Die sechs Oppositionsparteien, die ein Wahlbündnis eingegangen sind (MSZP, Demokratikus Koalíció, LMP, Párbeszéd, Momentum und Jobbik)², haben ein Dokument mit dem Titel „Garantien für den Beginn einer neuen Ära“ veröffentlicht. Es verspricht vor allem „den Entwurf einer neuen Verfassung“, der „von einem Referendum getragen“ werden soll, die Rückkehr einer „ausgewogenen öffentlich-rechtlichen TV- und Rundfunkberichterstattung“ statt „falscher und hasserfüllter Propaganda“, die „Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Justiz“, die Mitarbeit Ungarns in der europäischen Staatsanwaltschaft³, die Einrichtung eines Wahlgesetzes, das „auf einem Verhältniswahlrecht basiert“, wobei der Präsident durch eine allgemeine Wahl direkt gewählt wird. Die Parteien haben versprochen, dass in den nächsten Monaten ein detaillierteres Programm ausgearbeitet werden soll. Im Moment enthält ihr Programm jedoch keine wirtschaftlichen oder sozialen Maßnahmen, nichts zu Themen wie Umwelt, Frauenrechten, LGBTI, nichts zu ethnischen Minderheiten, obwohl in Ungarn die Roma eine bedeutende Minderheit darstellen. Wie erklären Sie dieses Manko?

Annajuli Rosenfeld: In dieser Oppositionskoalition sind Parteien, die ein Interesse an einer Erweiterung sozialer Rechte oder einer Vertretung von ethnischen Minderheiten haben, in der Unterzahl. Aufgrund der Machtverhältnisse zwischen den Oppositionsparteien sowie der Notwendigkeit, an einem Strang ziehen zu müssen, verbietet sich jegliches Thema, das diese Zusammenarbeit gefährden könnte. Aus Sicht der SAG (Gruppe solidari-

scher Aktion) ist das insofern interessant, als der Zugang von kritischen, sie unterstützenden Organisationen zum Instrumentarium der institutionellen Politik noch nicht groß genug ist, als dass sie signifikante Lobbyarbeit betreiben könnten.

Péter Somogyi: Die partiell erfolgreiche Mobilisierung der Basis bei den Kommunalwahlen hat für diese Bereiche keinen Durchbruch gebracht, da die von der Opposition verwalteten Gemeinden der Regierung kontrovers gegenüberstehen und ihre Aktionsmöglichkeiten aufgrund fehlender Ressourcen erheblich eingeschränkt sind. Ein gutes Beispiel ist da die Krise bei den Mietwohnungen: Obwohl auf diesem Gebiet Mangel herrscht, dürfen Kommunen oftmals nicht frei über ihre Mietwohnungen verfügen, sondern müssen einen Teil davon verkaufen. Die aktuellen Maßnahmen der Regierung verstärken die allgemeine Tendenz, Gesetze zu verabschieden, mit denen staatliches Vermögen in die Hände loyaler Partner gegeben wird, oder mithilfe von Privatisierungen eine konservative Mittelklasse aufzubauen. Damit soll der wirtschaftliche Einfluss Orbáns und seiner Kreise weit über die im nächsten Jahr stattfindenden Wahlen hinaus gesichert werden. Was die Situation so interessant macht, ist, dass die Oppositionskoalition nicht nur einen einmaligen Wahlsieg benötigt, sondern dass ihre Akteure auch ein gemeinsames Interesse daran haben, Formen der Demokratie, der allgemeinen Mobilisierung und damit auch der Anfechtung öffentlicher Politik neu zu erfinden. Natürlich sind die Positionen bezüglich der Sozialpolitik zurzeit eher verschwommen, da sich die Parteien für die metapolitischen Probleme der Wiederherstellung von allgemeinen Verfassungsregeln, von Ordnung, Freiheiten, „Kontrolle und Gleichgewichten“ („Checks and Balances“) usw. interessieren.

Ágnes Gagy: Aufgrund der verfassungsmäßigen Grenzen sowie der wirtschaftlichen Macht der Fidesz – wobei letztere selbst nach einer verlorenen Wahl weiter bestehen würde – wird ein sehr großer Teil der Wahlversprechen kaum einzuhalten sein. Diese Versprechen müssen vielmehr als Absichtserklärungen im Zusammenhang mit dem Wahlkampf zu sehen sein. Was Sozialprogramme angeht, so darf man von den Oppositionsparteien keinen radikalen neuen Weg erwarten: Armut und Maßnahmen zur Armutsbekämpfung waren zwar durchaus Themen, über die in der Opposition gesprochen wurde; was jedoch die jeweilige Ideologie bzw. die Zielgruppen bei der Wahl an-

geht, repräsentieren die Oppositionsparteien unterschiedliche Strömungen der Gentrifizierung, die die ungarische Politik nach dem Regierungswechsel bestimmt hat. Es gibt keine Oppositionspartei, deren Politik ihre Wurzeln in einer organisierten Arbeiterschaft hat und die über ein breiteres Konzept für eine soziale Neuorganisation mit sozialen und umweltrelevanten Zielen verfügt. Dieselbe Dynamik ist auch für die Roma-Politik charakteristisch (ebenfalls eine Langzeit-Charakteristik der post-sozialistischen Politik). Aussagen des von der Szikra [Funke] unterstützten unabhängigen Kandidaten gehen gegen diese allgemeine Tendenz. Ohne eine größere Wählerschaft oder eine größere politische Parteibasis im Hintergrund ist das aber nur ein erster Schritt in eine neue Etappe, mit dem aber immerhin die Themen Arbeit und soziale Reproduktion in das Vokabular des Wahlkampfes eingeführt worden sind.

Inprecor: Seit seiner Wahl im Jahr 2010 gibt Viktor Orbán antieuropäische Äußerungen von sich, will jedoch von einem Verlassen der EU nichts wissen und nutzt europäische Gelder, um sich und den Kreis seiner engsten Freunde zu bereichern. Gleichzeitig hat er von einer gewissen Nachsicht profitiert, die Staatsoberhäupter anderer EU-Länder, und da vor allem Angela Merkel, ihm gegenüber an den Tag legten. Man weiß ja sehr gut, dass er bei den Bossen der deutschen Automobilindustrie hoch angesehen und von ihnen hofiert wird. Wie erklären Sie dieses offensichtliche Paradox?

Zoltán Sidó: Orbáns vorrangigstes Ziel war, ein politisches System zu etablieren, das sowohl externes als auch internes Kapital akkumulieren kann. Auf der einen Seite bedeutet das in kapitalintensiven, exportorientierten Industrien (wie der Fertigungsindustrie), eine für internationale Unternehmen sehr rentable wirtschaftliche Umgebung anzubieten, z. B. durch eine niedrigere Körperschaftsteuer von 9 % (die niedrigste in der EU), durch großzügige öffentliche Mittel für Unternehmen als Gegenleistung für die Schaffung „neuer Arbeitsplätze“, durch die Einführung arbeiterfeindlicher Gesetze u. a. m. Das erklärt die positive Haltung von Repräsentanten westlichen Kapitals gegenüber Orbán. Auf der anderen Seite wurden in den weniger kapitalintensiven und mehr auf den einheimischen Markt ausgerichteten Bereichen (wie dem Bankensektor, den Medien, dem Tourismus, dem Energiesektor, der Landwirtschaft und dem Einzelhandel) Anstrengungen unternommen, eine nationale kapitalisti-

sche Klasse aufzubauen. Gerade letztere Strategie benötigt allerdings ein gewisses Level an Autonomie von der EU – daher die Stärkung der wirtschaftlichen Verbindungen zu Russland und China, verbunden mit einer starken EU-feindlichen Rhetorik im Land selbst. Gleichwohl bedeutet die Diversifizierung der Kapitalimporte keine Lockerung der Beziehungen zum westlichen Kapital: Als semiperipheres Land bleibt Ungarn extrem abhängig von westlicher Technologie und westlichem Kapital. Die Zusammenarbeit mit deutschen Automobilkapitallobby ist Teil dieser Beziehungen – eine Geschichte, über die die Investigativjournalisten von *Direkt36*⁴ im Jahr 2020 detailliert berichtet haben.

Inprecor: In Ungarn hat es in den letzten Jahren mehrere soziale Mobilisierungen gegeben, zu nennen wären da vor allem die Demonstration gegen das „Sklavereigesetz“ im Dezember 2018 und der Streik bei der Audi-Fabrik in Győr im Januar 2019. Wie interpretieren Sie diese Wiederbelebung sozialer Mobilisierung und wie verändern sich die Gewerkschaften in diesem Zusammenhang?

Zoltán Sidó: Um das Niveau der Kapitalakkumulation nach der Krise 2008 und vor allem um das Krisenmanagement durch westliches sowie lokales KMU-Kapital zu unterstützen, musste die Fidesz-Regierung Arbeiterrechte abbauen. Zu diesem Zweck trocknete die Regierung u. a. die Institutionen für dreiseitigen sozialen Dialog komplett aus, passte das Arbeitsrecht den Anforderungen der Unternehmer an, schränkte das Streikrecht ein, um nur einige der Maßnahmen zu nennen. Teil dieses Trends war das „Sklavereigesetz“ (das in österreichischen Medien übrigens als „BMW-Gesetz“ betitelt wurde, weil, anonymen Quellen zufolge, dieses Gesetz von dem deutschen Autobauer als Ausgleich dafür gefordert worden sein soll, dass er in der Stadt Debrecen eine Autofabrik errichten würde). Die arbeiterfeindliche Politik, die nun bereits ein Jahrzehnt anhält, hat den Unmut von Arbeiter*innen und Gewerkschaften weiter angeheizt: Deutliche Zeichen dafür sind die Demonstrationen gegen das „Sklavereigesetz“ und die Streiks für höhere Löhne, die es bei diversen Unternehmen gegeben hat. Die ungarische Gewerkschaftsbewegung ist jedoch weit davon entfernt, einen organisierten Kampf führen zu können. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist niedrig und nimmt ständig weiter ab. Des Weiteren sind die Gewerkschaften hauptsächlich im öffentlichen Sektor und den großen internationalen Firmen aktiv und vertreten damit den am wenigsten gefährdeten Teil der

ungarischen Arbeiterklasse. Nach den Demonstrationen gegen das „Sklavereigesetz“ vermeldeten mehrere Gewerkschaften einen leichten Anstieg der Mitgliederzahlen, die meisten Personen jedoch, die heute einer Gewerkschaft angehören, sehen sich leider einer ernüchternden und enttäuschenden Realität gegenüber: Die große Mehrheit der ungarischen Gewerkschaften hält auch heute noch an der Gewerkschaftskultur aus den Jahren des sogenannten Staatssozialismus fest – statt einer aus den Mitgliedern der Basis aufgebauten Organisation, statt Massenversammlungen und kollektiven Aktionen, wird von den Gewerkschaften hauptsächlich auf Lobbyarbeit bei den Unternehmern gesetzt und auf eine teilweise Rückzahlung der Gewerkschaftsbeiträge in Form von symbolischen Wohlfahrtsaktionen (wie z. B. Glückwunschkarten zu Weihnachten u.ä.m.). Während der letzten beiden Jahre gab es zwar Anzeichen, dass in diversen Sektoren Anstrengungen für eine stärkere Organisierung gemacht wurden, dennoch ist die ungarische Gewerkschaftsbewegung noch immer meilenweit davon entfernt, eine wichtige politische Macht darzustellen.

Péter Somogyi: Die durch das „Sklavereigesetz“ ausgelösten Demonstrationen waren eine wichtige Erfahrung für viele junge militante Linke. Nach einigen wenigen Tagen vereinnahmten dann die Oppositionsparteien diese Bewegung und bauten ihre eigene Agenda um Fragen zu den Themen Pressefreiheit und Bürgerrechte herum auf. Das hat die üblichen ultralinken Aktivisten bestärkt, die sich weitgehend von Wahlpolitik fernhalten, um an „autonomen Orten“ zu arbeiten, und die den kommenden Aufstand ermutigen, gleichzeitig hat es aber auch jene stimuliert, die glauben, dass (mit den Worten von Mark Fisher) „sich hinter der Konzentration auf die direkte Aktion die Hoffnungslosigkeit bezüglich der Möglichkeit einer indirekten Aktion verbirgt“ und dass dies lediglich ein Ausdruck des realen Kapitalismus sei. Letztere haben – manchmal wirklich verzweifelt – versucht, politische Organisationen aufzubauen, die uns während der Demonstrationswochen gegen das „Sklavereigesetz“ hätten helfen können. Inwieweit diese Projekte Verbindungen mit der Arbeiterklasse aufbauen werden, sei es durch Organisierung der Basis, sei es durch das Schmieden von Allianzen mit Gewerkschaften, ist eine strategische Frage, die sich erst in den kommenden Jahren beantworten lässt.

Inprekor: Seit zwei Jahren sehen wir das Entstehen und die rapide Entwicklung einer neuen antikapitalistischen

Linken. Können Sie dieses Phänomen beschreiben und uns sagen, was Ihre Organisationen – die Solidaritätsaktionsgruppe (Groupe d'action solidaire, „SAG“), das Zentrum für solidarische Wirtschaft und die Szikra (Funke) – sind und welche Rolle sie spielen?

Annajuli Rosenfeld: Wie schon von mehreren Quellen gesagt, wirken Krisensituationen in der Gesellschaft als Katalysator für das Entstehen von Gruppen, die sich gegenseitig Hilfe anbieten. Die SAG wurde während der Ausbreitung der Covid-19-Epidemie als Koordinationsforum gegründet mit dem Ziel, die Koordination zwischen grünen, feministischen und linken Organisationen zu erleichtern. In der ersten Phase mussten Rahmenbedingungen für die Krise erarbeitet und Wege für praktische Hilfen ausprobiert werden. Das war die Vorarbeit für den gemeinsamen Gedankenaustausch und die Institutionalisierung, wie sie jetzt zwischen den teilnehmenden Organisationen stattfinden.

Péter Somogyi: Die Szikra hat als Initiative der Basis begonnen mit dem Ziel, die jungen Linken zu mobilisieren und die Kommunalwahlen 2019 als möglichen Startpunkt zu benutzen, um uns mit relativ geringem Aufwand bekannt zu machen. Indem wir einige sorgfältig ausgewählte Kandidaten der Koalitionsparteien unterstützten, begannen wir, mit dem Aufbau von Allianzen sowohl mit sozialen Bewegungen als auch mit politischen Institutionen zu experimentieren. Sämtliche Kandidaten, für die wir arbeiteten, haben gewonnen, und wir haben dann die Erfahrung und den Schwung, den wir generiert hatten, in den Aufbau unserer eigenen Organisation eingebracht mit dem Ziel, an allen Stellen etwas voranzukommen, unsere Position im Kontext mit der fragilen Dynamik der Opposition zu stärken. Im letzten Jahr hat sich die Zahl unserer Stammmitglieder verdreifacht und wir sind jetzt dabei, ihnen immer mehr Aktivitäten und mögliche Organisationsbereiche vorzuschlagen. Ganz langsam diversifizieren wir unsere Arbeit, wobei wir großen Wert darauf legen, uns unsere finanzielle Selbständigkeit zu erhalten: Wir bestreiten unsere gesamten Operationskosten mit Geld, das durch Mitgliedsbeiträge hereinkommt. Daher wollen wir unsere Basis vergrößern, unsere Kampagnen – auf Wahlen ausgerichtet oder auf einzelne Themen konzentriert – zu nutzen, um zu wachsen, nicht andersherum.

Ágnes Gagy: Die drei Organisationen, die wir in dieser Diskussion repräsentieren, wurden alle erst in den

letzten Jahren gegründet. Der Prozess des gemeinsamen Lernens und der Organisation von Experimenten, an dem diese Organisationen teilhaben, ist jedoch viel älter. Wie auch an anderen Orten der Region hat die Generation, die in den ersten Jahrzehnten nach dem Regimewechsel großgeworden ist, in den 2010er-Jahren eine neue Welle linker Politik hervorgebracht. Sie musste ein Verständnis der linken Ideologie in der postsozialistischen Situation wiederentdecken und rekonstruieren, nachdem die Stimmen der Linken während der Transition verstummt waren. Ähnliche Initiativen, einschließlich Initiativen für die Politik von Parteien, gab es, genau wie in anderen Ländern Osteuropas, auch schon früher in Ungarn. Was daran jedoch wahrscheinlich neu ist, ist, wieviel tiefer und größer die gemeinsame Kapazität an Konzepten und Organisationsfähigkeiten der neuen Linken ist, die es ihr erlaubt, größere politische Ideen in sozialem Kontext und in der lokalen Politik zu verwurzeln. Unter den aktuellen Organisationen (von denen es noch erheblich mehr als nur die drei gibt, die wir hier repräsentieren) hat sich das Zentrum für solidarische Wirtschaft vor allem auf die grundlegende Organisierung spezialisiert; es verbindet die Initiativen der solidarischen Wirtschaft mit der gewerkschaftlichen Organisierung der Basis.

Inprecor: Möchten Sie in irgendeiner Form am Auswahlprozess der Oppositionskandidaten beteiligt sein? Und was unterscheidet Sie von den sechs Parteien der Koalition?

Zoltán Sidó und Ágnes Gagy: Das Zentrum für solidarische Wirtschaft wird an den nächsten Wahlen nicht teilnehmen. Aber nicht, weil wir Parteipolitik ganz allgemein für unnützlich hielten, sondern weil unser Ziel darin besteht, die strukturelle Macht aufzubauen, die lebenswichtig ist, um ein antikapitalistisches Programm zu artikulieren, zu verbreiten und auszuführen. In unseren Augen fehlt diese Art von Struktur, von Organisation – daher resultiert auch diese totale Abhängigkeit von Institutionen der politischen Bourgeoisie – und daher kommt auch die starke Limitierung linker Politik, was das Versagen des „linken Populismus“ im Westen während der letzten Jahre ebenfalls deutlich gemacht hat. Wir arbeiten zwar mit politischen Projekten und lokalen Regierungen zusammen, aber unser organisatorischer Schwerpunkt liegt auf einer Verbesserung der sozialen Organisation der Basis sowie der materiellen Basis. Davon könnte dann die Politik der antikapitalistischen Parteien in Zukunft profitieren.

Péter Somogyi: Die Szikra schickt zu den Vorwahlen einen Kandidaten für den Posten eines Abgeordneten im nächsten Jahr ins Rennen. Auf diese Weise können wir unsere Anstrengungen auf einen einzigen Wahlkreis konzentrieren und immer noch Druck ausüben. Wir geben uns natürlich keinerlei Illusionen hin, was den Effekt angeht, den wir ohne große Wählerbasis und Infrastruktur erreichen können, aber wir verfügen über einige gute Argumente für diesen Versuch. Zum Einen glauben wir nicht, dass eine organisierte Struktur für linke Politik existieren kann, ohne dass echte linke Politik repräsentiert wird: Die Organisation kann ihre Bedeutung verlieren, wenn sie keinerlei Verbindung zu den übergeordneten Institutionen, den Fragen und Möglichkeiten der Ideologie und der Gesetzgebung hat. Zum Zweiten gibt es Menschen, die wir nur durch die Nutzung von nationalen Plattformen der parlamentarischen Politik erreichen können. Ohne den Aufbau einer großen und autonomen Bewegung können wir nur in sehr beschränktem Maße mit alternativen Wirtschaftsformen und Basisorganisationen experimentieren. Diese Laborexperimente können uns zwar Erfahrungen bringen, sind aber aufgrund ihres geringen Umfangs stark begrenzt. Und drittens, wenn man sich in einer Situation, in der eine neue Verfassungsordnung begründet werden kann, aus den Wahlkämpfen heraushält, kann das zu einer noch stärkeren Marginalisierung der antikapitalistischen Organisationen und Parteien führen. Kandidaten zu unterstützen, ohne über eine Massenpartei zu verfügen, kann zwar als „reformistische“ Strategie betrachtet werden, aber das würde völlig an der Sache vorbeigehen: Im heutigen Ungarn ist kein Platz für Reformen, wir stehen am Rand entweder einer Verfassungsrevolution oder einer sozialen Krise.

Inprecor: Unter den 29 Organisationen, die die SAG (Solidaritätsaktionsgruppe) bilden, ist die Szikra zahlenmäßig die stärkste. Sieht sie sich als Keimzelle einer zukünftigen politischen Partei? Was sind ihre zentralen Programmelemente und wie sieht ihre Strategie aus? Denkt die Szikra, dass ein Sieg der Koalition bei den nächsten Parlamentswahlen eine neue politische Ära eröffnen würde, und wenn ja, was wäre ihre Strategie in dieser neuen Ära?

Péter Somogyi: Von der Keimzelle einer neuen politischen Partei zu sprechen, könnte irreführend sein. Wir befinden uns in einem sehr frühen Stadium der organisatorischen Entwicklung, in dem unsere Entscheidungen den Fortschritt sowohl auf intellektueller Ebene als auch

in puncto Ressourcen fördern sollen. Die Szikra sollte eher als Ergebnis der aktuellen Widersprüche in der ungarischen antikapitalistischen Szene wahrgenommen werden. Die langen Jahren der Marginalisierung und der Zusammenarbeit mit dem liberalen Establishment, mit ungleicher Aufnahme der Erfahrungen der globalisierungskritischen Bewegungen und Unterdrückung durch die Fidesz haben der „neuen“ Linken nur einen Platz in zersplitterten, subkulturellen Territorien gelassen. Wird die Linke finanziert, ohne sich an politischen Kämpfen zu beteiligen, werden die Akteure gegeneinander ausgespielt und in Abhängigkeit von internationalen Fonds, Verbrauchern von Nischenmärkten, Universitätsstipendien gehalten. Und damit werden informelle Hierarchien gestärkt, indem die bestehenden Klassenbeziehungen zwischen den Mitgliedern dieser Organisationen zementiert werden. Wer in den letzten zehn Jahren unter rechten, autoritären Regierungen aufgewachsen ist, muss seine politische Heimat außerhalb dieser Beziehungen finden, ohne sich in die Überreste des Status quo ante integrieren zu lassen. Unser Programm besteht eigentlich darin, taktischen Raum zu gewinnen, um ein Programm aufzustellen. Sektiererische Differenzen, die der politischen Passivität entspringen und diese gleichzeitig bewahren, werden durch strukturierte Aktionen für erreichbare Ziele (wir nennen das „eine realistische politische Wendung“) und eine politische Kultur formaler Parteidisziplin überwunden. Gleichzeitig müssen wir aber auch einen Preis für diese taktische Einsatzfähigkeit bezahlen, und zwar in Form von strategischer Kurzsichtigkeit und theoretischer Inkonsistenz.

Auf lange Sicht halten wir die aktuelle Zweiparteienstruktur für ungeeignet, effektiv auf die ökologischen, antikapitalistischen und feministischen Probleme zu reagieren, Dinge, die sie am liebsten aus dem politischen Blickfeld verbannen will. Für dieses Dilemma bieten sich zwei Antworten an: Entweder man gestaltet außerhalb dieses dualen Spielfelds (was nur funktionieren kann, wenn man sich auf einen politischen Zusammenbruch vorbereitet) oder aber man nutzt seine Dynamik, um es zu überwinden. Der strukturelle Druck, der Oppositionsparteien in diese Koalition zwingt, favorisiert „dritte“ Positionen: Liberale und Konservative müssen sie akzeptieren, denn niemand kann die Opposition in Gänze repräsentieren. Was die Oppositionskoalition repräsentiert, kann nur eine politische Vision sein, die keiner bestimmten Partei zuzuordnen ist. Solange wir die Kraft haben, diese Plattform für die Lösung der Probleme zu nutzen, die wir als strategisch wichtig erachten, gewinnen wir. Niemand kann

den Ausgang der Wahlen im nächsten Jahr vorhersagen, und auf jeden Fall dürfte das Land einen langen Prozess der Mobilisierung erwarten. Die allgemeine Zielrichtung bezüglich des Aufbaus der Bewegung wird durch die Zusammensetzung des Parlaments definitiv nicht verändert werden. Der Wahlerfolg zählt nur in puncto Abdeckung und Ressourcen, die wir nutzen können, um unseren Horizont und unsere organisierte Basis zu vergrößern. Zukünftige Parteien sind noch zu weit entfernt, um konkret betrachtet zu werden. Wir betrachten unsere Arbeit vielmehr als notwendige Übung für jene, die bereit sein müssen, wenn die zukünftigen antikapitalistischen Kräfte aufgebaut werden müssen. Durch den Aufbau einer Gemeinschaft um eine echte, signifikante politische Arbeit herum, sammeln wir Erfahrungen, die auf andere Weise nicht zu erlangen wären. Frei nach den Worten von Trotzki: Man kann nur lernen, ein Pferd zu reiten, wenn man es besteigt.

Inprekor: Eine andere wichtige Organisation der Solidaritätsaktionsgruppe ist das Zentrum für solidarische Wirtschaft. Welche Rolle hat das Zentrum inne und in welche Richtung gehen seine Überlegungen?

Zoltán Sidó: Kurz gesagt besteht das Ziel des Zentrums für solidarische Wirtschaft darin, Initiativen ins Leben zu rufen und zu stärken, die versuchen, die wichtigsten Bereiche der sozialen Reproduktion (wie Arbeit, Wohnraum, Gesundheit, Nahrungsmittel- bzw. Energieproduktion u.a.m.) auf demokratische und nachhaltige Weise zu reorganisieren, Initiativen, die sich von der Ausbeutung menschlicher und natürlicher Ressourcen abwenden und einen Wirtschaftskreislauf entwickeln, der sowohl die sozialen als auch die ökologischen Systeme pflegt. Unsere Strategie besteht aus zwei großen Aktivitätskomplexen. Erstens bauen wir Kapazitäten auf, um verschiedene Formen wirtschaftlicher Autonomie zu etablieren: beispielsweise Wohnraumkooperativen, Energie- und Nahrungsmittelkooperativen, dazu größere institutionelle Modelle, mit deren Hilfe solche Kreisläufe erweitert werden können. Zweitens organisieren wir Gewerkschaften, im Moment in den Bereichen Gesundheit und Bildung. Unser Ziel ist, diese beiden strategischen Achsen zu verbinden: nämlich den Gewerkschaften, mit denen wir zusammenarbeiten, zu helfen, über Lohnstreiks hinauszugehen, um die Autonomie über die soziale Reproduktion zurückzufordern. Wir sind der felsenfesten Überzeugung, dass diese Art reproduktiver Autonomie gegenüber dem Markt

absolut nötig ist, um eine antikapitalistische Agenda zu ermöglichen.

Inprecor: Ein gemeinsamer Punkt der 29 Organisationen in der Solidaritätsaktionsgruppe (SAG) scheint zu sein, dass sie sich antikapitalistisch nennen. Was bedeutet das im speziellen Fall von Ungarn, einem kleinen Land mit zehn Millionen Einwohnern im Herzen von Europa, in dem 80 % der Wirtschaft von Multis kontrolliert wird, insbesondere durch die deutsche Automobilindustrie? Was sind die wichtigsten antikapitalistischen Maßnahmen, für die Sie plädieren?

Annajuli Rosenfeld: Nicht alle Organisationen der SAG definieren sich ausdrücklich als antikapitalistisch. Einige, wie z. B. die Kämpfer für die Umwelt oder die Organisationen für Nahrungsmittelsouveränität innerhalb der Bewegung haben kein derartiges direktes politisches Profil, andere wiederum konzentrieren sich ganz explizit auf wissenschaftliche Recherche. Die SAG möchte erreichen, dass alle teilnehmenden Organisationen eine gemeinsame Basis in ihrem Kampf und dem der anderen finden und dass sie zusammenarbeiten, um eine gemeinsame politische Agenda zu entwickeln.

Ágnes Gagy: Antikapitalismus als großes Programm impliziert die radikale Transformation eines weltweiten Systems, das im Moment sämtliche Aspekte unseres tagtäglichen Überlebens umfasst. Wir vom Zentrum für solidarische Wirtschaft betrachten Ungarn nicht als eine Ausnahme in Bezug auf diese sehr weitreichenden Beziehungen in der Krise und der kapitalistischen Transformation, die unser Leben mit dem Leben aller anderen weltweit verknüpft. Wir betrachten den Staat als wichtigen institutionellen Katalysator und auch als ein Schlachtfeld, aber wir glauben nicht, dass die tiefe Verwurzelung der sozialen Reproduktion in Ungarn innerhalb der weltweiten kapitalistischen Flüsse allein durch Lokalpolitik radikal verändert werden kann. In diesem Zusammenhang denken wir, dass unsere Arbeit einen ganz bestimmten Aspekt (den der tiefen Organisation und der institutionellen Modellierung der reproduktiven Autonomie) abdeckt. Dies geschieht innerhalb einer größeren Zusammenarbeit mit Initiativen, die andere Aspekte eines gemeinsamen Kampfes abdecken, und zwar sowohl auf lokaler als auch auf internationaler Ebene. In diesem Rahmen bewegen sich die Werkzeuge, mit denen wir arbeiten, auf mittlerem Niveau und dienen vor allem als Organisations- und Politikwerkzeuge, mit denen die

Macht organisierter Reproduktion vergrößert werden soll. Wir betrachten diese Fähigkeit als eine Bedingung dafür, die antikapitalistischen Maßnahmen des Staates durchsetzen zu können. Aber statt Konzepte einzeln herauszustreichen und aufzuzählen – z. B. die Idee, den Forint zu stärken, direkt neben eine Strategie zu stellen, die die Arbeiterrechte stärken soll –, konzentriert sich unsere Arbeit auf die echten Interrelationen der von diesen Konzepten anvisierten Prozesse – z. B. wie ein billiger Forint durch Ungarns Abhängigkeit von äußerst arbeitsintensiven ausländischen Direktinvestitionen (ADI) bedingt wird – und die Frage, wie die antikapitalistischen Fähigkeiten im Rahmen dieser Prozesse gestärkt werden können.

Péter Somogyi: Wir von der Szikra sind nicht in einer Position, antikapitalistische Maßnahmen zu empfehlen, die außerhalb der allgemeinen Richtlinien zur Unterstützung von Miteigentümerschaft von und Verwaltung durch Arbeiter*innen, zur Stärkung von Arbeiterrechten und einer den partizipativen und solidarischen Wirtschaftsprinzipien entsprechenden Neustrukturierung der öffentlichen Finanzierung liegen. Wir arbeiten mehr auf den Aufbau einer Gemeinschaft und die Einrichtung von Kanälen hin, durch die wir die Nutzung von Ressourcen der Bewegung verbessern können. Da wir keine Denkfabrik sind, würden wir uns sonst auf Terrain außerhalb unseres Wissensbereichs begeben und könnten somit keinerlei spezifische Strategien für all die möglichen Probleme ausarbeiten. Nein, wir würden ein solches Vorgehen sogar als unehrlich und antidemokratisch betrachten. Wir ziehen eine wirkliche Beteiligung vor, wenn es um die Ausarbeitung von Strategien geht, und wir arbeiten Strategien für Fragen aus, bei denen wir die Beteiligung von jenen garantieren können, die davon betroffen sind. Die Art, wie wir uns die Finanzierungsstruktur der Medien vorstellen, ist typisch für unsere politische Vision: Indem wir die Entscheidungen über die Medienfinanzierung in die Hände derer legen, die sie lesen, schlagen wir eine demokratische direkte Kontrolle über die öffentlichen Informationen vor. Wir haben kein Interesse daran, Programme in Wettbewerben mit Fraktionen der Eliten zu präsentieren. Für uns zielt die Wahlstrategie nicht darauf ab, die institutionelle Macht als solche zu erlangen, sie dient allein dazu, die Energien der antikapitalistischen Szene so umzuleiten, dass sie ihre eigene organisatorische Struktur aufbaut.

Inprecor: Viktor Orbán und die Fidesz haben noch eine weitere Obsession: Sie wollen die ungarischen Frauen

zurück an den Herd schicken, sie sollen Kinder bekommen und Familien wieder christlich aufbauen. Zwar haben sie es (noch) nicht gewagt, gegen das Recht auf Abtreibung gerichtlich vorzugehen, sie unterstützen jedoch Antiabtreibungsorganisationen und hatten keine Hemmungen, mit Geld der EU eine Plakatkampagne gegen Abtreibungen zu finanzieren. Außerdem attackieren sie ganz offen die Rechte der LGBTI, verbieten de facto gleichgeschlechtlichen Paaren Adoptionen und gehen sogar so weit, die traditionelle Definition des Geschlechts fest in der Verfassung zu verankern. Gibt es in Ungarn feministische und LGBTI-Bewegungen und wie mobilisieren sie gegen diese Attacken?

Annajuli Rosenfeld: Die radikale feministische Organisation der SAG, Nők Egymásért Mozgalom („Bewegung von Frauen füreinander“) war bei den Antiabtreibungsdemos durchaus aktiv, aufgrund der Pandemie haben wir jedoch unsere Solidarität und unsere Missbilligung hauptsächlich über Online-Medien und Soziale Medien zum Ausdruck gebracht. Darüber hinaus haben wir uns dem Netzwerk EAST (Essential Autonomous Struggles Transnational) angeschlossen. Das ist eine internationale Organisation, die auf transnationaler Ebene zum Thema Grundrechte der Arbeit und der Frauen in Sachen Reproduktion arbeitet. Außerdem kümmert sich das Netzwerk um die Organisation von Events zum Austausch von Wissen, z. B. durch Runde Tische, als Teil seiner Kampagnen.

Péter Somogyi: Was die LGBT-Bewegungen angeht, so hatten die ihren Höhepunkt während der sozial-liberalen Ära, da die Regierung sie damals als Beispiel ihres kulturell progressiven Images benutzen konnte. Es gab dabei Versuche, sie zu radikalisieren, ohne dass ein positives Ergebnis möglich gewesen wäre. Die LGBT-Kämpfe wurden an diese Strategie angelehnt. Daher verknüpfte die Bewegung ihr Programm dann ausschließlich mit den Themen Bürgerrechte sowie Eheschließung und ganz allgemein mit dem Leben der Mittelklasse. Die Regierung monopolisiert in ihrer Rhetorik die Werte der Mittelklasse und benutzt LGBT-Personen als Prügelknaben, wann immer eine liberale Opposition provoziert oder der Zusammenhalt der rechten Wählerbasis gestärkt werden soll. Sie sind in dieser Parteidynamik gefangen und können kurzfristig in keine Form einer antikapitalistischen Politikagenda integriert werden.

Ágnes Gagy: Die Anti-Gender-Kampagne wie auch

die Kampagne gegen Frauenrechte sind Teil eines internationalen konservativen Programms, das diese Fragen nutzt, um eine symbolische Leinwand zu kreieren, auf der „normale“ Leute als Nutznießer der konservativen Politik dargestellt werden können. In Ungarn ähnelt diese Taktik stark der Anti-Migranten- und Anti-Obdachlosen-Politik der Regierung. Über die Taktik von Symbolpolitik hinaus haben die beiden Kampagnen den Menschen tatsächlich geschadet, vor allem das Verbot einer Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare sowie die mangelnde Bereitschaft der Regierung, sich des Problems häuslicher Gewalt anzunehmen, das sich während der Lockdowns zu einer wahren Epidemie ausgewachsen hat. Das Zentrum für solidarische Wirtschaft ist ebenfalls Mitglied bei EAST. Es arbeitet an den Problemen der Frauen speziell mit Blick auf Pflegeberufe und konzentriert sich auf die Sozialarbeiterinnen, die sich den Herausforderungen der Pandemie sowohl am Arbeitsplatz als auch zu Hause stellen mussten.

Inprecor: Haben Sie Kontakte zur antikapitalistischen Linken im Rest der Welt und was erwarten Sie sich von diesen Kontakten?

Annajuli Rosenfeld: Was die EU anbetrifft, so spiegelt sich die Randposition Ungarns in Relation zu den Kernländern, und hier ist vor allem Deutschland zu nennen, in der strategischen Position der ungarischen antikapitalistischen Organisationen wider. Die linken Parteien Europas zeigen so lange Interesse an der Entwicklung der Länder der Peripherie, wie sie deren linke Parteien als potenzielle Partner sehen. Diesen strategischen Zielen können sie durch den Austausch von Wissen und der Bereitstellung finanzieller Ressourcen dienen.

Péter Somogyi: Die Szikra hat Verbindungen mit europäischen Gemeindeprojekten (z. B. Barcelona en Comú, Preston model, Ne davimo Beograd), linken Parteien (z. B. Možemo!, Razem, Levica Slovenija, Syriza) und Bewegungen (z. B. DIEM25) der Region, die wir pflegen wollen, hauptsächlich in der Hoffnung, Ideen und Erfahrungen auszutauschen, die für uns wichtig sein könnten. Es ist ein Lernprozess. Wir haben vielfältige Verbindungen zu anderen Bewegungen und Projekten, Kontakte mit anarchistischen Netzwerken, mit internationalen Trotzkiten und sogar Erfahrungen mit der Kampagne von Bernie Sanders. Wir haben uns die europäischen Basisbewegungen angeschaut, um unsere grundlegende Inspiration zu

finden, und unsere organisatorischen Ideen an Multiten-
denz-Bewegungen wie die DSA angelehnt. Die Táncsics,
eine linksradikale Partei in der SAG, hat versucht, Verbin-
dungen mit der Familie der europäischen linken Parteien
aufzubauen. Wir versprechen uns politische Fortschritte
in der Art, wie Koalitionen zwischen Bewegungen ge-
schmiedet werden können, die auf verschiedenen Gebieten
arbeiten, Gebiete (wie z. B. Wohnraum, Reprodukti-
onsrechte, Umwelt, Bildung, Solidaritätsnetzwerke und
Gewerkschaften), die für den antikapitalistischen Kampf
von strategischer Wichtigkeit sind. Daher brauchen wir In-
stitutionen, die koordinierte Anstrengungen und gemein-
sames strategisches Denken ermöglichen.

Ágnes Gagy: Im Rahmen unserer Arbeit im Zentrum
für solidarische Wirtschaft bauen wir auf einen längeren
Kommunikationsprozess zwischen neuen linken Initia-
tiven in der gesamten Region, aber auch auf bestimmte
internationale Kontakte und Beispiele, die für unsere Art
von Organisation wichtig sind. Zu solchen Kontakten
gehören z. B. die regelmäßige Zusammenarbeit bei kon-
kreten Projekten, wie mit dem osteuropäischen Wohn-
raumkooperativen-Netzwerk MOBA, oder strategische
Beratungen, wie etwa mit europäischen Initiativen, die
ebenfalls daran arbeiten, kommunale Energie mit kommu-
nalen Finanzen zu verknüpfen, oder mit Einheitsprojekten
osteuropäischer Basisorganisationen. Eine andere Art von
Kontakt besteht darin, Beispiele anderer zu verfolgen und
daraus zu lernen, wie z. B. im Fall des großen kooperativen
Netzwerks in Kerala und der Zusammenarbeit zwischen
Gewerkschaften und Kooperativen, dem kroatischen
kooperativen Netzwerk ZEF oder dem Preston-Modell
sowie den damit zusammenhängenden politischen Plänen
zur Institutionalisierung von Corbyns Programm. Wir
sind Mitglieder in internationalen Netzwerken, haben aber
bisher noch nicht an Kampagnen auf internationaler Ebene
teilgenommen, da sich unsere Arbeit im Moment auf die
Verwurzelung von Ideen bezüglich solidarischer Wirt-
schaft auf lokaler Organisationsebene konzentriert.

Inprecor: Orbán fördert im Süden von Budapest das
Bauprojekt einer riesigen chinesischen Universität, und
es gibt durchaus Vermutungen, dass Ungarn für die neue
Seidenstraße, diesen äußerst ehrgeizigen Plan der so ge-
nannten chinesischen kommunistischen Partei, das Tor zu
Europa sein wird. Welche Position vertreten Sie zu diesem
Thema?

Ágnes Gagy: Der Plan für den Fudan-Campus in Bu-
dapest und der damit verbundene Kredit wurden sowohl
von westlichen als auch einheimischen Orbán-Gegnern
als perfektes Beispiel der Erzählung von „demokratischem
Rückschritt“ benutzt, die Ungarn nach seinem postsozi-
alistischen Projekt westlicher Demokratie auf dem Weg
(zurück) zu östlichem Despotismus sieht. Das ist eine ideo-
logische Auslegung, die eine strukturelle Analyse sowohl
der postsozialistischen Transition (die nichts anderes als ein
Demokratisierungsprozess im sozialen Sinn des Wortes
war) als auch des aktuellen Wandels weltweit ignoriert, in
der die kapitalistischen ungarischen Eliten natürlich ihre
ureigenen Interessen verfolgen. Was diesen letzten Punkt
betrifft, ist es wichtig, sich ins Bewusstsein zu rufen, dass
Ungarn gar nicht unbedingt „das Eingangsportal der neu-
en Seidenstraße nach Europa“ sein wird. Das Eisenbahn-
projekt Budapest–Belgrad ist eines der ersten Infrastruk-
turprojekte, das von China im Zusammenhang mit der
neuen Seidenstraße finanziert wird, die bis ins Zentrum
der EU führen soll. Es ist Teil einer Verbindung, die den
Hafen von Piräus (mehrheitlich in chinesischer Hand, seit-
dem Griechenlands Wirtschaft durch die Troika erstickt
wurde) mit den reichen europäischen Märkten verknüpfen
soll. Die Verheißung dieser Märkte wurde erst kürzlich
durch das globale Investitionsabkommen zwischen der EU
und China unterstrichen, dessen europäische Hauptak-
teure (und Nutznießer) französische und deutsche Multis
sind, die in die chinesischen Märkte einsteigen wollen. Der
größte Teil von Ungarns wirtschaftlichen Interaktionen
mit China besteht in Wertschöpfungsketten der deutschen
Automobilindustrie. Die Fidesz hat versucht, diese chi-
nesischen Investitionen als Mittel zu nutzen, mit dem die
externen Finanzierungen von europäischen Krediten und
Krediten des IWF auseinandergehalten werden sollen, um
sich einen gewissen Spielraum für die interne Wirtschafts-
politik zu sichern. Aber bisher bleibt alles noch unter dem
Level der Abhängigkeit sowohl durch die Finanzierung
durch die EU als auch der westlichen ADI. Die Kampagne
der Opposition war bislang sehr glücklich darüber, vom
Thema Fudan-Investition profitieren zu können, um da-
durch ihre eigene Stimme hörbarer werden zu lassen, dass
sie die neuen Erzählungen des Westens über einen Kalten
Krieg voller Enthusiasmus übernahm. Aus unserer Sicht
unterstützen diese aktuellen Taktiken letztendlich nur eine
mörderische Tendenz zu militärischen Konflikten mitten
in einer weltweiten hegemonialen Krise. Die Alternative
zu (nicht transparenten) chinesischen Krediten ist nicht
eine fröhliche Unterordnung unter die Troika oder den

IWF, sondern eine internationale Solidarität, die sich östlichen wie westlichen Aspekten kapitalistischer Ausbeutung entgegenstellt.

Péter Somogyi: Das ist in jüngster Zeit eines der höchst kontrovers diskutierten Themen geworden, da es der Oppositionskoalition ermöglicht, ihre Kulturkampfkarte auszuspielen und daraus eine Frage der Wahl zwischen östlichen und westlichen Werten zu machen. Von ihrem Standpunkt aus ist das Thema einfach zu schön, um es nicht zu nutzen. Wir von der Szikra betrachten das eher als eine Frage der nationalen Souveränität und der Transparenz, was die Sicherheit des Staates angeht – und auch als ein Symbol für die aktuelle Wohnraumkrise, da die Universität an einer Stelle gebaut werden soll, für die eigentlich ein frei zugängliches Studentenwohnheim vorgesehen war. Wir sind nicht gegen die Fudan-Universität als solche. Dies hier ist ein typisches Beispiel dafür, wie wir versuchen können, das bestehende Lager der oppositionellen Politik zu spalten. Die Fidesz behauptet, „antikommunistisch“ und mit China verbündet zu sein. Sie versichert, dass China nicht kommunistisch sei, ganz gleich, wofür sich die chinesische Regierung selbst hält. Die Opposition behauptet, antikommunistisch zu sein, und argumentiert, China und die Fidesz seien Kommunisten. Wir akzeptieren Kommunismus als solchen, kritisieren aber gleichzeitig China, die Fidesz und die Opposition – niemand könnte das Ganze basierend auf Aussagen der Regierung oder der Opposition verstehen – wie soll die Öffentlichkeit irgendeinen Sinn dahinter finden? Was uns fehlt, ist Transparenz bezüglich der staatlichen Angelegenheiten. Das wäre ganz offensichtlich im öffentlichen Interesse, aber es ist immer noch unmöglich. Die revolutionäre Strategie ist nun aber im Allgemeinen genau das: die Forderung nach unmöglichen, aber dennoch nötigen Maßnahmen. Wir glauben nicht, dass der Kapitalismus „reformiert“ werden kann – und aus genau diesem Grund müssen wir Reformen fordern.

Annajuli Rosenfeld ist eine der Koordinatorinnen der Solidaritätsaktionsgruppe (SAG), außerdem Mitglied im Zentrum für solidarische Wirtschaft sowie in der Bewegung Frauen für einander.

Péter Somogyi ist einer der Koordinatoren der Solidaritätsaktionsgruppe (SAG), außerdem Gründungsmitglied und einer der führenden Köpfe der Bewegung Szikra (Funke).

Ágnes Gagy und **Zoltán Sidó** sind Mitglieder des Zentrums für solidarische Wirtschaft.

Übersetzung: Antje H.

1 Komitatsstatus haben ungarische Orte, die die Funktion eines Komitats (Verwaltungsgliederung innerhalb der Regionen) ausüben und/oder mehr als 50 000 Einwohner haben.

2 Die MSZP – Ungarische sozialistische Partei – wurde 1989 von den Mitgliedern der alten Einheitspartei gegründet. Demokratikus Koalíció (demokratische Koalition, DK) ist eine Abspaltung der MSZP. LMP – („Politik kann anders sein“) – ist eine ökoliberale Partei und Mitglied der europäischen Grünen Partei. Párbeszéd („Partei des Dialogs für Ungarn“) ist eine 2013 gegründete Umweltpartei des Mittellinks-Spektrums. Die Bewegung Momentum (Momentum Mozgalom) ist eine 2017 gegründete Partei der Mitte. Die Jobbik („Allianz der Jugend der Rechtsbewegung für ein besseres Ungarn“) hat sich von mehreren ihrer historischen Neonazi-Kadern getrennt und fordert seit 2016 einen „modernen Konservatismus“ ein.

3 Die europäische Staatsanwaltschaft (EUSTA) ist ein unabhängiges Organ der EU. Ungarn und Polen wollen darin nicht mitarbeiten. Ihre Aufgabe besteht darin, Straftaten gegen den EU-Haushalt, gegen die finanziellen Interessen der EU sowie Betrug, vor allem grenzüberschreitenden Mehrwertsteuerbetrug, zu verfolgen und vor Gericht zu bringen.

4 Direkt36 ist eine Website investigativer Journalist*innen, deren Ziel es ist, die Inhaber öffentlicher Ämter zu überwachen und einen möglichen Machtmissbrauch publik zu machen.



AKTUALISIERUNG DER REVOLUTION

Seit mehr als 60 Jahren ist Kuba ein Stachel im Fleisch der imperialistischen Weltordnung, denn es ist das einzige Land, das in dieser Zeit tatsächlich den Kapitalismus infrage stellte, eine neue Wirtschaftsordnung durchsetzte und damit sehr beachtliche Erfolge erzielte: Der Hunger wurde beseitigt, die Bevölkerung vollständig alphabetisiert (was bis heute in keinem anderen Land Lateinamerikas gelang) und die medizinische Versorgung auf ein Niveau gehoben, das viele Länder in den Metropolen nicht erreichen.

Damit wurde zwar noch nicht der Sozialismus realisiert, was schließlich auf ein Land beschränkt nicht möglich ist, aber wichtige Errungenschaften gilt es weiterhin zu verteidigen. Wir verteidigen diese Errungenschaften auch gegen die Bürokratie des Landes, die letztlich der Restauration eines uneingeschränkt kapitalistischen Systems den Weg bahnt. In unserem Dossier wollen wir auf diese Gefahren hinweisen, aber auch deutlich machen, welchen Charakter die Revolution von 1959/60 hatte. Dazu bringen wir einen Auszug aus einem – inzwischen leider vergriffenen – lehrreichen Buch von Michael Löwy zur Permanenten Revolution.

Der zweite Beitrag vermittelt eine Einschätzung der politischen Diversität der Protestierenden und ihrer Ziele. Deshalb haben wir ihn trotz seiner für unsere Zeitschrift eher untypischen Aktualitätsbezogenheit als geeignet gefunden, Teil dieses kleinen Dossiers zu sein.

ein Dossier mit 3 Beiträgen

Aktualisierung
der Revolution
SEITE 49

Demonstratio-
nen in Kuba am
11. Juli
SEITE 52

Michael Löwy
zum Charakter
der kubanischen
Revolution
SEITE 57

AKTUALISIERUNG DER REVOLUTION

Wie in Europa im 18. und 19. Jahrhundert Frankreich das Land der Revolutionen war, so war Kuba in der zweiten Hälfte des 19. und im 20. Jahrhunderts das Land der Revolutionen in Lateinamerika. In weniger als einem Jahrhundert haben vier tiefgreifende Revolutionen die Grundlagen der Kolonie (1868–1878; 1895–1898) und der Republik (1930–1935; 1956–1958) radikal verändert.

Mario Valdés Navia

In der Volkpsychologie hat das Wort „Revolution“ die Bedeutung eines Mythos, einer epischen Erzählung angenommen. Nach dem Triumph von 1959 begann das, was Fernando Martínez zu Recht als *sozialistische Revolution der nationalen Befreiung* bezeichnet hat¹, auch wenn die hegemoniale Bürokratie und ihre Diener*innen sie in ihrem Sinne in *Revolution an der Macht* umbenannten. Sechzig Jahre nach den Ereignissen, die Kuba zur Insel der Freiheit gemacht haben, hat sich die Welt tiefgreifend verändert. Wirtschaftlich, politisch und kulturell sieht sich die Menschheit auf dem ganzen Erdball der integrativen Dynamik des Zeitalters der Globalisierung ausgesetzt.

Was bleibt in diesem neuen Kontext des 21. Jahrhunderts von der kubanischen Revolution und was muss getan werden, damit sie die unbedingt erforderliche Aktualisierung erfährt?

I

Vom Zehnjährigen Krieg² an bis heute wurde der Begriff der Revolution, je nachdem, welche politische Position ihn für sich zu monopolisieren versuchte, in verschiedener Bedeutung in der kubanischen politischen Sprache auf den Schild gehoben. Während in der Kolonialzeit die Separatisten, die sich für den bewaffneten Kampf zur Erlangung der Unabhängigkeit entschieden, als Revolutionäre bezeichnet wurden, wurde der Begriff während der Ersten Republik (1902–1930) für die Generäle und Doktoren ver-

wendet, die früher „Mambises“ [Guerillakämpfer in den Unabhängigkeitskriegen 1868 bis 1898] gewesen waren und unter Berufung auf ihre revolutionäre Vergangenheit drei Jahrzehnte lang die nationale Politik monopolisierten.

Die Konservativen nannten sich so, weil sie für sich in Anspruch nahmen, „die Ideale der Revolution zu bewahren und zu verteidigen“, während die Liberalen behaupteten, sie setzten die libertären, demokratischen und volkstümlichen Prinzipien der „manigua“ [von Buschwerk und Gestrüpp („arbusos“) dicht bewachsene Landschaften auf den Antillen] fort. Insbesondere die Anhänger*innen von José Miguel Gómez³ nannten sich selbst „los históricos“, und ihre Fraktion der Liberalen nannte sich „Partido del Pueblo Cubano“.

Als der Wirbelsturm der Revolution der 1930er Jahre diese Amendment-Republik⁴ hinwegfegte und die Zweite Republik (1936–1958) hervorbrachte, betrachteten sich alle Parteien, die nun entstanden, als revolutionär. Selbst Batista schätzte diese Bezeichnung, da er als Anführer der siegreichen Militärrevolution vom 4. September 1933 gegen [den Präsidenten und Diktator Gerardo] Machado gesehen werden wollte.

Die wichtigste neue politische Organisation, die aus der Revolution der 1930er Jahre hervorging, die „Partido Revolucionario Cubano (Auténtico)“ machte sich den Namen der Organisation von José Martí zu eigen. Als die radikalste Fraktion unter der Führung von Eduardo Chibás 1947 mit den Auténticos von Ramón Grau San Martín und Carlos Prío Socarrás brach, nannte sie sich „Partido del Pueblo Cubano (Ortodoxos)“, um den geheiligten Begriff zu retten, den der wahren Revolutionäre.

Sogar die reformistische PSP⁵ hatte ihre eigene Auffassung von einer „Revolución Verdadera“, die von ihrem Vorsitzenden Juan Marinello entwickelt wurde; dabei trat man für den Weg über Wahlurnen und Allianzen zur Erlangung der politischen Macht ein, der bewaffnete Kampf wurde abgelehnt.⁶ Die Diktatur Batistas zerstörte das System der repräsentativen Demokratie und machte den Weg frei für den bewaffneten Kampf für deren Wiederherstellung.

Alle radikalen Aufständischen der Parteien, die sich gegen den Diktator stellten, betrachteten sich als Revolutionäre: MR-26-7, DR-13-3, Segundo Frente Nacional del Escambray, Organización Auténtica, Triple A usw. Deshalb entstand im Januar 1959 eine ambivalente Situation: Für die einen war die Revolution mit der Flucht Batistas und der Wiedereinführung der Verfassung von 1940⁷ beendet, für die anderen begann sie gerade erst.

Um sie zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen, verabschiedete der führende Kern bereits am 7. Februar das Grundgesetz von 1959⁸, durch das die Vertretungsorgane der alten Republik aufgelöst und die Exekutiv-, Legislativ- und Judikativbefugnisse auf den neuen Ministerrat übertragen werden. Das unumschränkt mächtige Gremium der radikalsten Revolutionäre von Sierra und Llano⁹ stand bereit, um in Aktion zu treten. Die Revolution sollte beginnen, das Land zum Wohl der Mehrheit umzugestalten und ein neues Kuba mit einer sozialistischen Ausrichtung zu schaffen.

Ein Jahrzehnt lang ordnete die Revolutionsregierung mit breiter Unterstützung der Bevölkerung Maßnahmen an, durch die das bisherige gesellschaftliche Modell abgeschafft und versucht wurde, ein neues, produktiveres und zugleich gerechteres Modell zu schaffen, das jedoch nie funktionierte, wie gedacht. Das Land befand sich einhellig im Kriegszustand, um den äußeren und inneren Aggressionen zu begegnen; infolgedessen gewann die militaristische Komponente im gesunden Menschenverstand der Nation an Boden, sie wurde zu einem unverzichtbaren Teil der neuen Gesellschaft.

China, Vietnam, Nordkorea und Kuba waren zurückhaltend gegenüber der von der UdSSR und dem europäischen sozialistischen Lager vertretenen Politik der friedlichen Koexistenz zwischen den beiden Systemen. Sie verteidigten das Recht auf revolutionäre Gewalt zur Zerstörung des Kapitalismus. Fidel brachte es in einem prägnanten Satz auf den Punkt, den Che und seine Guerilla-Anhänger*innen dann in die gesamte Dritte Welt tragen sollten: „Die Pflicht eines Revolutionärs ist es, die Revolution zu machen.“

II

Mitte der sechziger Jahre wurde der Bürokratismus als Ausdruck einer kleinbürgerlichen Ideologie betrachtet, die ausgerottet werden musste, um den lang erwarteten Prozess des gleichzeitigen Aufbaus von Sozialismus und Kommunismus durch die Bildung des neuen Menschen zu einem guten Abschluss zu bringen. Folglich prangerte die neu gegründete [Tageszeitung] *Granma* ihn unmissverständlich an:

„Mit dem Sieg der sozialistischen Revolution erhält die Bürokratie eine neue Qualität. [...] Die gesamte Bürokratie, die zuvor verstreut und zersplittert war, wird vom Staatsapparat in vertikale Richtung strukturiert und in gewissem Sinne organisiert und gestärkt. [...] Neben ihrer Organisation und ihrem zahlenmäßigen Wachstum

erlangt die Bürokratie neue Macht in ihren Beziehungen zu den Produktionsmitteln und folglich zur politischen Tätigkeit. Als die Revolution siegte und die Leitung der Wirtschaft in die Hände des Staates überging, griff die Bürokratie in die Leitung der Produktion und in die Kontrolle und Leitung der materiellen und menschlichen Ressourcen des Landes ein. Waren sie zuvor untergeordnete Beamte, die keine Möglichkeit hatten, über politische und administrative Probleme zu entscheiden, gelangten sie nun in entscheidende Positionen in Bezug auf die Produktionsmittel und die Politik. Mit anderen Worten, ihr Verhältnis zum Leben im Land hat sich verändert. Dieser Apparat hat ein bestimmtes Verhältnis zu den Produktionsmitteln, das sich vom Rest der Bevölkerung unterscheidet und bürokratische Positionen zu einer Stätte der Anpassung, der Stagnation oder des Privilegs machen kann. Dies ist das tiefste und wichtigste Problem im Kampf gegen den Bürokratismus!“¹⁰

[Der Leitartikel in] *Granma* schrieb der Partei die historische Aufgabe zu, die Bürokratie einzudämmen, vorausgesetzt, sie sei „immer jung, immer impulsiv, nie stagnierend. Eine Partei, die immer kreativ ist und mit den Massen verschmilzt, niemals eine Partei, die sich damit abfindet, das zu wiederholen, was andere bereits getan haben, ohne vorher eine kritische Bewertung vorzunehmen.“ Andererseits prophezeite der Artikel, dass die Partei, wenn sie diesen Kampf nicht gewinnt, wenn sie stagniert und selbst in bürokratische Stumpfheit verfällt, zu einem privilegierten Organ wird, das unfähig ist, seine Avantgarderolle zu übernehmen und das Bewusstsein der Massen zu entwickeln.

Angesichts dieses Ansturms hielt die Bürokratie stand und gab nach, nur um sich zu wandeln und aus neuen ideologischen Ressourcen weitere Stärke zu ziehen. Sie eignete sich schnell den Begriff „Revolution“ an – so wie Stalin sich zuvor die Begriffe „Marxismus“ und „Leninismus“ angeeignet und auf seine Weise kombiniert hatte. Auf diese Weise sollte das Machtmonopol der Bürokrat*innen demagogisch mit den Zielen des Volkes, der Nation und sogar der Weltrevolution gleichgesetzt werden.

1970 beendete das Scheitern der „Zafra der zehn Millionen“¹¹ das Projekt eines für die nationale Befreiung stehenden, antibürokratischen Sozialismus, der keine Kopie des sowjetischen Modells sein sollte. Im Munde der herrschenden Bürokratie wandelte sich die „Revolution an der Macht“ fortan in einen Fetisch, der für die Triade Regierung/Partei/Staat steht.

Die Revolution sollte nicht mehr durch Initiativen von unten, sondern durch Orientierungen von oben durchgeführt werden; die Massen würden sie nicht anführen, sondern sich ihr anschließen, sie würden sich einreihen, sie würden aufgerufen werden, und dafür müssten sie treu, loyal und zu jedem Opfer bereit sein. Für wen? Für die Revolution der einfachen Menschen oder für den Status quo, der von den Bürokrat*innen nach ihrem Bild und ihrem Geschmack geschaffen wurde?

Bald lernte man, dass Kader, die Fehler machten, zwar ihrer Ämter enthoben, aber nicht aus der Revolution und auch nicht aus der Kaste (Nomenklatura) entfernt werden konnten. Für sie gab es den so genannten „Plan Pijama“, sie bekamen andere Posten, kehrten aber fast nie in den Produktions- oder Dienstleistungssektor zurück, aus dem sie gekommen waren.

Der Prozess der Institutionalisierung (1976–1980) und die neue politisch-administrative Aufteilung führten zu einer geometrischen Vervielfachung der Bürokratie durch „Homologie“ (die vertikale Vermehrung gleichartiger Positionen und Beamter auf nationaler, provinzieller und kommunaler Ebene) mit einer zusätzlichen Kohorte von Büroleiter*innen, Berater*innen, Techniker*innen, Arbeitsausschüssen, Sekretär*innen, Assistent*innen, Fahrer*innen und anderen. Die gleiche Auswirkung hatte die Schaffung von neuen Ministerien, staatlichen Kommissionen, Unternehmen, Unternehmenszusammenschlüssen, OSDE¹², Handelsketten usw.

Anfang der 1990er Jahre endete der Kalte Krieg mit dem Verschwinden der UdSSR und des sozialistischen Lagers in Europa, und dieses Debakel fegte die historischen Perspektiven des etatistisch-bürokratischen Modells mit weg. Sein Weiterbestehen auf Kuba, als Beispiel für eine „Revolution an der Macht“, die ihre Eroberungen verteidigt, scheint eher eine Uchronie¹³ als ein Anachronismus zu sein.

Die oberen Schichten der Bürokrat*innen auf Kuba haben sich seit Jahren in Volleigentümer*innen der Produktionsmittel verwandelt, während die übrigen Bürger*innen nur in Worten die Eigentümer*innen sind. Sie sind Nutznießer*innen des von der arbeitenden Bevölkerung erwirtschafteten Volkseinkommens und treffen die Entscheidungen, die der gesamten Bürgerschaft zukommen. Deshalb wird die Frage der freien Partizipation des Volks als Alternative zur traditionellen bürokratischen Repräsentation zu einer entscheidenden Konfrontation im Klassenkampf zwischen den machthabenden Teilen der Bürokratie und dem Rest des Volkes.

Es bedarf eines neuen Verhältnisses zwischen Führung und Volk, in dem das Volk nicht mehr als eine gefällige Öffentlichkeit, sondern als eine vielfältige und kritische Kollektivität gesehen werden kann, damit wir aus der ständigen Quälerei, in der wir leben, herauskommen, so dass die Bürokrat*innen keineswegs mehr ständig vom Volk Loyalität und Disziplin verlangen, sondern dem einfachen Werktätigen, der sie nährt, dienen.

Die Geschichte des Sozialismus des 20. Jahrhunderts hat gezeigt, dass die hohe Bürokratie, wenn ihre Macht in Gefahr ist und sie sich zwischen dem Kapital und den Arbeitenden entscheiden muss, naturgemäß auf ihre Umwandlung in eine Bourgeoisie setzt, und dass sie die Volkssektoren verrät und ihrem Schicksal überlässt. In Kuba liegt es in unserer Verantwortung, dafür zu sorgen, dass dies niemals geschieht; deshalb bedeutet Aktualisierung der Revolution heute, das zu tun, was in den 1960er Jahren vorgeschlagen worden war: *die antibürokratische Revolution* mit dem Ziel eines zunehmend selbstverwalteten, freiheitlichen, demokratischen und partizipativen Sozialismus.

Quelle: „Actualización de la Revolución“, *La Joven Cuba*, 28. August 2021, <https://jovencuba.com/actualizacion-de-la-revolucion/>

Aus dem Kastilischen übersetzt von Wilfried D. Ein Teil der Anmerkungen wurden aus der Übersetzung ins Französische übernommen.

Mario Valdés Navia (Jg. 1961) ist Mitglied der Redaktion von „La Joven Cuba“ und seit 2010 Professor an der „Universidad de Matanzas ‚Camilo Cienfuegos‘“. Er ist Spezialist für Forschungen zu José Martí und arbeitet u. a. zu Geschichtsdidaktik, Kulturpolitik, Geschichte von Kuba, insbesondere die Region Sancti Spiritus. Zuletzt hat er das Buch *El manto del Rey: Aproximaciones culturales a la economía cubana* (Matanzas, 2020) veröffentlicht, das vollständig heruntergeladen werden kann: <https://jovencuba.com/wp-content/uploads/2021/03/El-manto-del-rey.pdf>.

1 Fernando Martínez Heredia, *El corrimiento hacia el rojo*, La Habana: Letras Cubanas, 2001, S. 13.

2 Der „Guerra de los Diez Años“ (1868–1878), der auch „Guerra del 68“ oder „Guerra Grande“ oder „Guerra Larga“ genannt wird, war der erste von drei Freiheitskriegen, die für die Unabhängigkeit Kubas von der spanischen Kolonialmacht geführt wurden. Es folgen der „Guerra Chiquita“ (1879/1880) und der „Guerra de Independencia Cubana“ oder „Guerra de 95“ (1895–1898). Dieser ging in den „Guerra hispano-estadounidense“ (Spanisch–Amerikanischen Krieg) über, die militärisch-wirtschaftliche Auseinandersetzung zwischen den USA und dem Königreich Spanien von April bis August 1898, der mit der Inbesitznahme von Kuba, Puerto Rico, Guam und der Philippinen durch die USA endete. (Anm. d. Übers.)

3 José Miguel Gómez (1858–1921) war ein kubanischer Politiker, der als General am Unabhängigkeitskrieg gegen die spanische Kolonialmacht teilnahm, er war 1901 Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung und Vorsitzender der „Partido Liberal de Cuba“, von 1909 bis 1913 war er der zweite Präsident in der Geschichte der Republik Kuba [...] (Anm. d. Übers.)

4 Durch ein von den USA als Bedingung für ihren Abzug von der Insel aufgezwungenen Verfassungszusatz in sieben Punkten (sog. Platt-Amendment) wurde die Unabhängigkeit Kubas nicht wirklich erreicht. Siehe z. B. Wikipedia s. v. platt-amendment. (Anm. d. Red.)

5 Die (stalinistische) kommunistische Partei, die bis 1938 im Untergrund arbeiten musste, nannte sich 1939 in „Unión Revolucionaria Comunista“ und 1944 in „Partido Socialista Popular“ (PSP) um. 1940 unterstützte die Partei Fulgencio Batista (1901–1973, Präsident 1940–1944 sowie 1952–1958); von 1942 bis 1944 waren zwei Parteimitglieder, Juan Marinello et Carlos Rafael Rodríguez, Minister ohne Amtsbereich. Die PSP wurde 1953 verboten; sie verurteilte den Angriff von Fidel Castro und seinen Leuten auf die Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba am 26. Juli 1953 als „putschistische und abenteuerliche Aktivitäten der bürgerlichen Opposition“. 1958 begann die PSP den bewaffneten Kampf der von Fidel Castro geführten Bewegung des 26. Juli gegen die Batista-Diktatur zu unterstützen. Während der ersten Hälfte der 1960er Jahre ging die PSP in der im Oktober 1965 gebildeten und bis heute bestehenden „Partido Comunista de Cuba“ (PCC) auf. (Anm. d. Übers.)

6 Alina López Hernández, „La concepción de la *Revolución Verdadera* en el pensamiento político de Juan Marinello“, in: *Segundas Lecturas*. Intelectualidad, política y cultura en la república burguesa, Matanzas: Ediciones Matanzas, 2013, (Colección Puentes).

[Juan Marinello (1898–1977) war ein kubanischer Poet, Essayist und Politiker, Spezialist für das Werk von José Martí, erhielt im November 1958 einen Lehrstuhl und wurde 1962 Rektor der Universität Havanna.]

7 <https://archivos.juridicas.unam.mx/www/bjv/libros/6/2525/36.pdf>.

8 <https://archivos.juridicas.unam.mx/www/bjv/libros/6/2525/38.pdf>.

9 Die Bezeichnungen „Sierra“ (Gebirgskette) und „Llano“ (Flachland) stehen für die beiden Flügel der Kräfte, die den Sturz der Batista-Diktatur herbeiführten; vereinfacht: die Guerilla der Bewegung des 26. Juli in den Bergen, die im Laufe des Jahres 1958 zum „Ejército rebelde“ (Rebellenheer) anwuchs, einer- und ihr städtisches Unterstützernetz und andere oppositionelle und revolutionäre Gruppierungen andererseits. (Anm. d. Übers.)

10 „La lucha contra el burocratismo: tarea decisiva“ (Der Kampf gegen den Bürokratismus: eine entscheidende Aufgabe), in: *Granma*, Juni 1965 (Leitartikel); nachgedruckt in: *Lecturas de filosofía*, Bd. II, La Habana: Instituto del Libro, 1968, S. 643–647.

11 Für die „Gran Zafra“ (große Zuckerernte) oder „zafra de los diez millones“ hatte die kubanische Regierung für die Zuckerrohrernte dieses Jahres ein Rekordziel von zehn Millionen Tonnen ausgegeben. Dafür wurden die Bevölkerung, die Armee und umfangreiche Ressourcen mobilisiert. Trotz aller

Bemühungen und der Lahmlegung der übrigen Industrie des Landes wurde das Ziel nicht erreicht, die Produktion lag ein wenig über 8 Millionen Tonnen.

Vgl. hierzu Jacques Valier, „Kuba. Die Entwicklung der Bürokratie und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten 1968–1971“ (aus dem Französischen übersetzt von Renate und Rolf Wiggershaus), in: *Sozialistisches Jahrbuch 4*, hrsg. von Wolfgang Dreßen, Berlin: Verlag Klaus Wagenbach, 1972, (Rotbuch, Bd. 41), S. 69–97. (Anm. d. Übers.)

12 „Organización Superior de Dirección Empresarial“ (OSDE) entspricht der Branchenleitung im sowjetischen System, einer Leitungsebene zwischen dem Betrieb und dem Ministerium. (Anm. d. Übers.)

13 „Uchronie“ (Nicht-Zeit) – in der Geschichtswissenschaft: virtuelle oder kontrafaktische Geschichte, bei literarischen Werken, Filmen usf.: Parahistorie, Imaginäre Geschichte, Ungeschehene Geschichte, Potentielle Geschichte, Eventualgeschichte, „Alternate History“. Der Ausdruck wurde von dem französischen Philosophen Charles Renouvier (1815–1903) erfunden, der 1857 das Werk *Uchronie – Utopie dans l'Histoire* veröffentlichte (2. Ausg. 1876). (Anm. d. Übers.)

DEMONSTRATIONEN IN KUBA AM 11. JULI

Sechs Tage nach den Ereignissen und nach gründlicher Analyse der Vorkommnisse veröffentlicht die Redaktion von *Comunistas* ihre offizielle Position zu den Protesten, die in Kuba am Sonntag, den 11. Juli stattfanden. **Comunistas, Cuba**

In Kuba kam es am Sonntag, dem 11. Juli in mindestens sechs der 14 Provinzen des Landes fast gleichzeitig zu einem Ausbruch sozialer Unruhen von mehr oder weniger starker Intensität. Eine solche Situation hatte es in Kuba in den 62 Jahren seit dem Sieg der von Comandante Fidel Castro angeführten Revolution noch nie gegeben.

Obwohl die ersten Proteste friedlich begannen, endeten fast alle Demonstrationen mit Gewalt von beiden

Seiten. Nun ist eine derartige Reihe simultaner Anti-Regierungsdemonstrationen für das sozialistische Kuba ein absolutes Novum. Dies muss man wissen, um die Ereignisse wirklich zu verstehen.

Die letzten großen Proteste (sie gingen unter dem Namen Maleconazo in die Geschichte ein) fanden in Kuba am 5. August 1994 statt. Sie endeten jedoch schon nach wenigen Stunden, nämlich als Fidel Castro die Szene betrat.

Eine Demonstration, bei der 200 Menschen an einem zentralen Ort regierungsfeindliche Parolen skandieren, ist in der kubanischen Gesellschaft eigentlich unvorstellbar. Dennoch gab es in Havanna am 11. Juli einen spontanen Protestzug von mindestens 3000 Menschen.

Die Ereignisse in Havanna

Die Proteste, die durch eine Demonstration in dem knapp 100 Kilometer von der Hauptstadt entfernten Ort San Antonio de los Baños ausgelöst wurden, griffen schnell auf Havanna über. Kurz nach 15 Uhr Ortszeit begaben sich etwa 200 Menschen zunächst in den in der Stadtmitte gelegenen Park La Fraternidad, von dem aus sie später vor das Kapitol (das offizielle Parlamentsgebäude) zogen.

Während der ersten Stunde der Proteste kam es nur zu sporadischen Verhaftungen durch die Polizei; die Beamten gestatteten mehr oder minder stillschweigend den Demonstranten, zum Máximo-Gómez-Park zu marschieren, der sich zwischen der spanischen Botschaft und dem Hauptquartier des Kommunistischen Jugendverbands befindet. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits mehr als 500 Menschen friedlich auf der Promenade des Parks versammelt. Die Polizei nahm währenddessen weiterhin nur vereinzelt Verhaftungen vor.

Etwas später begab sich eine aus zirka 100 Personen bestehende Gruppe, die kubanische Flaggen sowie Fahnen der Bewegung des 26. Juli schwenkte, mit sozialistischen und regierungsfreundlichen Parolen friedlich zum Máximo-Gómez-Park. Gleichzeitig verteilten sich andere, mit der kommunistischen Partei und dem Kommunistischen Jugendverband verbundene Gruppen zusammen mit Kadetten des Innenministeriums über den gesamten Bereich.

Die Demonstranten verließen freiwillig das Gelände und es schien, als ob zumindest in Havanna, wo die Proteste angefangen hatten, die Demonstrationen ohne jegliche Zusammenstöße geendet hatten. Später wurde jedoch bekannt, dass sich der Marsch zu einem langen Demonstrationzug durch die Hauptstraßen Havannas entwickelt hatte.

Diesem Protestzug schlossen sich mit der Zeit immer mehr Menschen an. Daten aus inoffiziellen Quellen zufol-

ge skandierten zwischen 2000 und 3000 Demonstranten regierungsfeindliche Parolen.

Die Demonstranten beschlossen, zum symbolträchtigen Platz der Revolution zu marschieren, an dem sich der Sitz des Präsidenten und des Vizepräsidenten, das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei, das Innenministerium, das Ministerium der Streitkräfte sowie die wichtigsten nationalen Zeitungsverlage befinden. In der Nähe des Platzes stellten sich den Demonstranten staatliche Sicherheitskräfte und regierungsfreundliche zivile Gruppen entgegen. Es kam zu gewalttätigen Zusammenstößen, die zu einer unbekanntem Anzahl von Verhaftungen und Verletzten führten.

Gleichzeitig kam es in Havanna auch in der Calzada de 10 de Octubre zu erheblichen Gewaltausbrüchen, bei denen zwei Polizeiwagen umgeworfen wurden. Später wurden Videos schwerer Vandalismusszenen veröffentlicht, wie z. B. Steinwürfe auf eine Kinderambulanz. Bestätigt wurde der Tod des Demonstranten Diubis Laurencio Tejada während der Proteste. Weitere Todesfälle im Zusammenhang mit den Demonstrationen wurden bis dato nicht bekannt.

Die Gewalt ging sowohl von den Demonstranten als auch von den Zivilpersonen, die sie attackierten, aus; meistens benutzten sie dabei Steine und Stöcke. Die Anzahl dabei verletzter Personen auf beiden Seiten ist unbekannt. Ebenso wenig bekannt ist, wie viele Menschen an Ort und Stelle verhaftet wurden, auch nicht, wie viele Verhaftungen es später im Zusammenhang mit den Protesten gab. Wir wissen auch jetzt noch immer nicht, wie viele Bürger*innen seit sechs Tagen gesetzwidrig festgehalten werden.

Während die Proteste in Havanna stattfanden, entwickelten sich in den Städten Bayamo, Manzanillo, Camagüey, Santiago de Cuba, Holguín und weiteren kleineren Orten ganz ähnliche Geschehnisse. Auch sie endeten (bzw. begannen auch bereits in einigen Fällen) in Gewalt.

Ursprung und Wesen der Proteste

Es gab drei Lesarten der Proteste in Kuba am 11. Juli: Die Regierung behauptet, es sei eine Konfrontation zwischen Konterrevolutionären und Kommunisten gewesen; die bürgerliche Propaganda sagt, das unterdrückte Volk sei gegen eine Diktatur aufgestanden; wieder andere erklären, dass sich hier die revolutionäre Arbeiterklasse gegen eine politisch degenerierte Bürokratie aufgelehnt habe.

Nichts davon trägt dazu bei, das Wesen der Proteste zu verstehen. In Wahrheit vereinigten die Proteste vom

11. Juli nämlich alle drei der gerade aufgeführten Kategorien in sich: die (durch die USA finanzierten) konterrevolutionären Organisationen, die die Kommunistische Partei gewaltsam attackieren; die Gruppen von Intellektuellen, die sich u. a. durch Zensur in ihren Bürgerrechten stark eingeschränkt fühlen; die Arbeiterklasse, die bessere Lebensbedingungen von der Regierung fordert.

Die überwältigende Mehrzahl der Demonstrant*innen gehörte dabei der dritten Kategorie an. Sie darf jedoch nicht als politisch bewusste sozialistische Masse verstanden werden, die von einer erstarrten Bürokratie mehr Sozialismus fordert.

Den Protesten vom 11. Juli lassen sich neun grundlegende charakteristische Punkte zuordnen:

1 Die meisten Demonstranten hatten keinerlei Verbindung mit konterrevolutionären Organisationen, auch wurden die Proteste nicht von konterrevolutionären Organisationen angeführt. Den Hauptgrund für die Demonstrationen bildeten die katastrophale, durch die Wirtschaftskrise hervorgerufene Mangelwirtschaft, die von der US-Regierung verhängten Wirtschaftssanktionen sowie die kritikwürdige und ineffiziente Verwaltung durch die staatliche Bürokratie.

Die Unzufriedenheit geht zurück auf die Knappheit an Nahrungsmitteln und Dingen des täglichen Bedarfs; die Existenz von Geschäften für frei konvertierbare Währungen, in denen nur Besitzer von Fremdwährungen einkaufen können und in denen große Vorräte an Artikeln des täglichen Bedarfs gehortet werden; die langen Warteschlangen beim Kauf von Nahrungsmitteln selbst bei so grundlegenden Dingen wie Brot; der Mangel an Medikamenten; die staatlichen Einschränkungen für Bankeinlagen in Dollar; die Preiserhöhung bei öffentlichen Dienstleistungen (in Havanna sind die Preise für öffentliche Verkehrsmittel um 500 % gestiegen); die Kürzungen von kostenlosen Dienstleistungen; der drastische Anstieg der Inflation; die steigenden Kosten für grundlegende Produkte; die langen Stromausfälle ...

All dies sind die objektiven Faktoren, die eine Situation herbeiführten, die auf soziale Unruhen zusteuerte.

Nicht vergessen sollte man dabei, dass Kuba gleichzeitig die größte Wirtschaftskrise seit 30 Jahren durchlebt. Für ein Wachstum seines Bruttoinlandsprodukts um wenigstens 1 % hätte Kuba den Besuch von viereinhalb Millionen Touristen sowie stabile Weltmarktpreise gebraucht. Stattdessen wurde das Land 2020 nur von 25 % der benötigten Touristen besucht und die Weltwirtschaft rutschte in eine Krise.

Die geringere Anzahl von Auslandstouristen resultierte für das Jahr 2020 in einem Verlust von rund 3 Milliarden Dollar. Kuba importiert ca. 80 % seiner Nahrungsmittel und die Regierung stellt dafür 2 Milliarden Dollar zur Verfügung. Mit Ausnahme von China, dessen Wirtschaft sich leicht erholte, rutschten alle anderen Handelspartner Kubas in eine wirtschaftliche Rezession. Bis Juni 2021 kamen gerade einmal etwas mehr als 130 000 Tourist*innen nach Kuba. Der Großteil der Reserven des Landes war 2020 aufgebraucht.

Die Gesundheitsausgaben im Kampf gegen das Corona-Virus haben der kubanischen Wirtschaft schwer geschadet. Dazu kamen noch die harten, von Donald Trump verhängten Sanktionen, die von Präsident Joe Biden nicht aufgehoben wurden und die Wirkung der Blockade noch weiter verschärften.

Die Gründe, warum sich die kubanische Wirtschaft in einer Krise befindet, sind jedoch unerheblich für die arbeitende Familie, wenn es darum geht, Essen auf den Tisch zu bekommen, und das umso mehr, als die politische Legitimität der Regierung immer weiter abnimmt.

2 Die politische Legitimität der Regierung nimmt erheblich ab. Der offizielle politische Diskurs ist alles andere als überzeugend und erreicht vor allem nicht die Jugend. Die politische Propaganda der offiziellen Jugendorganisationen ist der Jugend fremd. Das zeigt sich sehr deutlich an der großen Anzahl von Jugendlichen unter den Demonstrant*innen (eine genaue Zahl ist zurzeit nicht verfügbar).

Die Abnutzungserscheinungen nach mehreren Krisen-jahren sowie die kumulativen Fehler der staatlichen Verwaltung im Allgemeinen haben Auswirkungen gezeigt. Darüber hinaus genießt die aktuelle Regierung nicht mehr die gleiche politische Legitimität, die die historischen Anführer der Revolution genossen haben.

Zwischen der Führung des Landes und der Arbeiterklasse tut sich ein immer größer werdender Graben auf, da die Unterschiede im Lebensstandard immer sichtbarer werden.

3 Die Proteste entzündeten sich in den Arbeitervierteln mit den größten sozialen Problemen. Soziale Ungleichheit ist ein wachsendes Problem in der kubanischen Gesellschaft. Armut, sinkende Sozialleistungen und staatliche Hilfsprogramme, eingeschränkte staatliche Versorgung mit Nahrungsmitteln und grundlegenden Produkten sowie eine eingeschränkte Kulturpolitik sind charakteristisch für das Leben in peripheren Stadtteilen sowie einkommensschwächeren Vierteln.

Dort nimmt das politische Bewusstsein ab, der Kampf ums Überleben rangiert vor der Ideologie. Der politische Diskurs geht an den täglichen Problemen und Nöten der „normalen“ Leute vorbei. Bei den Bewohner*innen dieser sozioökonomisch vulnerablen Viertel werden die Regierungsvertreter des Landes als Leute wahrgenommen, die einen hohen Lebensstandard genießen.

4 Die Proteste sind nicht repräsentativ für die Mehrheit. Die Mehrheit der kubanischen Bevölkerung steht auch weiterhin zur Regierung. Es stimmt zwar, dass die Demonstrant*innen durch Bewohner jener Gegenden, in denen die Ereignisse stattfanden, unterstützt wurden, ein großer Teil der Bevölkerung lehnte und lehnt die Proteste jedoch noch immer ab.

Auch wenn sich zu den Protesten ca. 5000 Menschen versammelten, heißt das nicht, dass die Demonstrationen eine mehrheitliche Unterstützung genossen. Trotz der politischen Diskreditierung der kubanischen Regierung gilt sie noch immer als Hüterin des Vermächtnisses der Revolution, nutzt das legendäre Image Fidel Castros für sich und pflegt ihre Deutungshoheit über die sozialistische Idee. Vor allem durch diese Mechanismen erreicht sie für sich bei den Mehrheiten eine politische Legitimität in erheblichem Maße.

5 Bei den Protesten gab es keine sozialistischen Parolen. Die bei den Demonstrationen benutzten Parolen konzentrierten sich auf „Patria y Vida“ (Heimatland und Leben), „Libertad“ (Freiheit), „Abajo la dictadura“ (Nieder mit der Diktatur) sowie auf Angriffe auf den Präsidenten Miguel Díaz-Canel. „Patria y Vida“ ist eine Parole, die aus einem ganz offen rechtsgerichteten Song stammt, der in Miami von der rechtsgerichteten Opposition populär gemacht wurde.

Die anderen Parolen klingen nach der Forderung von Bürgerrechten, was keine sozialistischen Forderungen impliziert. Außer den Klagen über die Zensur und die Forderung nach mehr Bürgerrechten wird die Parole „Nieder mit der Diktatur“ häufig von den kubanischen Rechten und Konterrevolutionären benutzt.

Mitglieder der Redaktionsleitung von *Comunistas* sprachen mit Demonstranten, die nicht gegen Fidel Castro oder Sozialismus waren, sondern deren Motivation die Forderung nach besseren Lebensbedingungen war. Diese Differenzierung war bei den Demonstrationen jedoch nicht deutlich zu erkennen.

6 Eine kleine Anzahl von Intellektuellen hat an den Protesten teilgenommen. Diese, hauptsächlich der Bewegung 27N angehörende Minderheit nahm an den Protesten teil, um Bürgerrechte zu fordern. Hauptsächlich ging es dabei um das Recht auf freien Meinungsäußerung und unzen-

sierte Kunst. Das gehörte allerdings nicht zum zentralen Charakter der Proteste, denn die Forderungen der regimiekritischen Intellektuellen korrespondierten nicht mit den Bedürfnissen der Mehrheit, die demonstrierte, um grundlegende Verbesserungen ihrer Lebensumstände zu fordern. **7** Das „Lumpenproletariat“ spielte eine signifikante Rolle. Dabei handelte es sich um Gruppen, die sich durch Plünderungen und Vandalismus hervortaten. Durch sie erhielt der ursprünglich friedliche Geist der Demonstrationen in Havanna ein schiefes Bild.

8 Konterrevolutionäre Propaganda hatte bei der Organisation der Proteste eine Rolle gespielt. Auch wenn dies nicht der Hauptfaktor war, der die Proteste auslöste, kann nicht bestritten werden, dass von den USA aus auf sozialen Medien eine starke rechtsextreme Kampagne orchestriert wurde, die ganz offen zum Ziel hatte, die kubanische Regierung zu stürzen. Diese Kampagne hatte starken Einfluss auf einen großen Teil der Bevölkerung. 4,4 Millionen Kubaner*innen können von ihren Handys aus auf soziale Netzwerke zugreifen.

9 Die Demonstrationen wurden gewalttätig. In Havanna waren die Demonstrationen, von einzelnen Vorfällen abgesehen, zu Beginn sehr friedlich. Dann kam es allerdings zu schweren Zusammenstößen mit Polizeikräften und regierungstreuen Bürger*innen, als die Demonstranten versuchten, den Platz der Revolution zu betreten, an dem sich der Sitz des Präsidenten und des Vizepräsidenten, das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei, das Innenministerium, das Ministerium der Streitkräfte sowie die wichtigsten nationalen Zeitungsverlage befinden.

Beide Seiten waren in gewalttätige Aktionen verwickelt, bei denen Zivilisten schwer verletzt wurden. Gewaltbereite Gruppen übten ihrerseits Akte von Vandalismus aus, griffen kommunistische Aktivist*innen sowie Sympathisant*innen der Regierung mit Stöcken und Steinen an.

Warum wurde unser Genosse Frank García Hernández, Gründer unserer Redaktion, verhaftet?

Unser Genosse Frank García Hernández war auf dem Weg zum Haus einer Freundin, mit der er seit dem Beginn der Demonstration zusammengewesen war, als er in der Nähe des Platzes der Revolution zufälligerweise an einem Ort vorbeiging, der zuvor Schauplatz der inzwischen beendeten gewalttätigen Zusammenstöße war.

Genosse Frank war von Anfang an bei der Demonstration gewesen, und zwar als Aktivist der Kommunistischen Partei. Als die Demonstranten gegen 18 Uhr den

Máximo-Gómez-Park verließen, glaubten Frank und seine Freundin, dass die Proteste geendet hätten. Aus diesem Grund machten sich beide auf den Weg zu ihr nach Hause.

Ihre Wohnung ist weniger als 200 Meter von der Stelle entfernt, an der die gewalttätigen Zusammenstöße zwischen Demonstranten und jenen Polizeikräften stattfanden, die versuchten, den Demonstranten den Zugang zum Platz der Revolution zu verwehren.

Laut dem Genossen Frank waren in dem Augenblick, an dem sie die Kreuzung der Straßen Ayestarán und Aranguren erreichten, Schüsse zu hören. Genosse Frank und seine Freundin befanden sich auf einmal mitten in einer mit der Regierung sympathisierenden Gruppe, die von Polizisten begleitet wurde. In dem Moment traf Genosse Frank zufälligerweise Maykel González, den Leiter von *Tremenda Nota*, einem Magazin für LGBTIQ-Rechte, das Texte von *Comunistas* veröffentlicht hat. Maykel González hatte die Ereignisse miterlebt, vom Beginn des Marsches bis zu den gewalttätigen Ausschreitungen zwischen den beiden Gruppen. Er war Teil der Demonstrierenden, übte aber keinerlei gewalttätige Aktionen aus.

Als die Demonstrationen endeten, nahm ein Polizist Maykel González fest und beschuldigte ihn in Anwesenheit unseres Genossen Frank García fälschlicherweise, Steine auf die Ordnungskräfte geworfen zu haben. Daraufhin versuchte Genosse Frank García in seiner Eigenschaft als Mitglied der Kommunistischen Partei, auf ruhige Weise zwischen dem Polizisten und Maykel González zu vermitteln.

Während er versuchte, den Polizisten von der Sachlage zu überzeugen, und ihn bat, Maykel González nicht zu verhaften, wurde Frank García von diesem Beamten ebenfalls in Haft genommen. Der Polizist warf Frank vor, gewalttätige Akte begangen zu haben und auf der Seite der Demonstranten zu sein. Später wurde von behördlicher Seite bestätigt, dass diese Anschuldigung falsch war.

Die Verhaftung fand gegen 19 Uhr statt. Beide Männer wurden auf die nächstgelegene Polizeiwache gebracht. Nachts, gegen 1 Uhr 30 wurde Frank in eine andere Haftanstalt gebracht, wo die Fakten sofort geklärt wurden und es klar war, dass er in keinerlei gewalttätige Aktionen involviert und auch kein Teil der den Demonstrationen feindlich gegenüberstehenden Gruppe war.

Zusammen mit Maykel González Vivero, dem Leiter von *Tremenda Nota*, wurde Genosse Frank García Hernández am Montag, dem 12. Juli gegen 20 Uhr freigelassen.

Frank bestätigt, dass er während seiner etwas mehr als 24 Stunden langen Haftzeit weder physischen Misshandlungen

noch jeglicher Art von Folter ausgesetzt war. Zurzeit steht Frank García nicht unter Hausarrest, es handelt sich stattdessen vielmehr um eine vorbeugende Maßnahme, bei der seine Bewegungsmöglichkeiten reglementiert werden, sein Bewegungsfreiraum ist auf seinen Arbeitsplatz und Arztbesuche beschränkt.

Frank ist jedoch nicht verpflichtet, den Behörden täglich mitzuteilen, wo er sich aufhält. Diese Maßnahme ist Teil der rechtlichen Vorgehensweise, die befolgt werden muss, bis seine Nichtteilnahme an gewalttätigen Akten bzw. der Demonstration offiziell bewiesen ist.

Die Redaktionsleitung von *Comunistas* weiß die beeindruckende Welle internationaler Solidarität zu schätzen, mit der die Freilassung von Frank García Hernández gefordert wurde. Schon bald wird *Comunistas* einen detaillierten Bericht zu der internationalen Kampagne veröffentlichen, in dem die Menschen und Organisationen, die für die Freiheit unseres Genossen gekämpft haben, eine angemessene Anerkennung erhalten. Wir wollen zudem darauf hinweisen, dass während der Proteste kein weiteres Mitglied der Redaktionsleitung noch sonstige unserer Publikation nahestehende Mitarbeiter*innen oder Genossen*innen verhaftet wurden.

Da unsere Grundlage jedoch unser zutiefst innewohnender Sinn für revolutionäre Gerechtigkeit ist, hält uns das nicht davon ab, die sofortige Freilassung aller anderen während der Demonstrationen vom 11. Juli verhafteten Personen zu fordern, vorausgesetzt, sie haben keine Taten begangen, die das Leben anderer Menschen bedrohten.

Irgendwo in Kuba, 17. Juli 2021, Redaktionsleitung von *Comunistas*

HINWEIS: Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Statements weiß *Comunistas* von den Aufrufen sowohl der Regierung als auch der Opposition, auf den Straßen zu demonstrieren.

Anscheinend rufen beide Seiten die Menschen dazu auf, sich am selben Ort in Havanna, im Park La Piragua, zu versammeln. *Comunistas* verurteilt beide Aufrufe und hält sie für unverantwortlich angesichts des Ernstes der Corona-Situation mit täglich mehr als 6000 Ansteckungsfällen. Aber noch stärker verurteilen wir von *Comunistas* jegliche Gewaltakte, zu denen es beim Aufeinandertreffen der beiden Gruppen kommen könnte.

Übersetzung: Antje H.



MICHAEL LÖWY ZUM CHARAKTER DER KUBANISCHEN REVOLUTION

Ein Auszug aus „Revolution ohne Grenzen. Die Theorie der permanenten Revolution“ Frankfurt (isp-Verlag) 1987, S. 138–143

Worin lag die gesellschaftliche und politische Dynamik des kubanischen Kampfes, der ihn dazu führte, sich zu einer sozialistischen Revolution zu entwickeln? Man sollte sich daran erinnern, daß das Programm der M-26-7 während der Periode von 1953, wie es in Fidels *Die Geschichte wird mich freisprechen* (1954) niedergelegt ist, und die verschiedenen von der Sierra Maestra aus verkündeten Dokumente kaum radikaler waren als zum Beispiel die Plattform von Jacobo Arbenz in Guatemala im Jahre 1954. Was tatsächlich M-26-7 unterschied und ihr revolutionäres Potential andeutete, war ihre Kampfmethodik, der ländliche Guerillakrieg nämlich, der von einem illegalen städtischen Widerstandsnetz unterstützt wurde. 1959 war es nach zwei Jahren revolutionärer Kriegsführung gelungen, die Hauptstützen des kubanischen Staates – vor allem seine Unterdrückungsorgane – zu zerstören. Man muß hervorheben, dass die Guerillakolonnen nur den ersten Akt der kubanischen Revolution ausmachten; ihre Errungenschaften waren jedoch entscheidend, denn sie bereiteten den Weg zu einem Prozeß ununterbrochener revolutionärer Mobilisierung und Umwandlung vor. Nicht nur bei Che, der persönlich Zeuge des Verrats der guatemaltekischen Armee gegenüber dem Volk im Jahre 1954 gewesen war, sondern auch bei Fidel setzte sich ganz und gar die Erkenntnis durch, daß es notwendig sei, den Unterdrückungsapparat des bürgerlichen Staates völlig wegzufegen. In der Sierra Maestra polemisierte Fidel gegen bürgerliche Oppositionsgruppen, die den Vorschlag machten, Teile der bewaffneten Kräfte Batista abspenstig zu machen und gegen ihn einzusetzen.¹ Am Vorabend des Siegs vom Dezem-

ber 1958 wies er hartnäckig einen Annäherungsversuch zurück, man solle die Macht mit einigen dem Diktator feindlich gesinnten führenden Stabsoffizieren teilen; und als nach Batistas Flucht in die Dominikanische Republik eine Militärjunta die Macht mit dem Ziel übernahm, über Konzessionen mit der Rebellenarmee zu verhandeln, rief Fidel zum Generalstreik auf. Die politische Liquidierung des Zwangsapparats des bürgerlichen Staats, der bald die Auflösung weiterer politischer Einrichtungen des Batista-regimes folgten, war die konkrete materielle Vorbedingung für die sehr schnelle Entwicklung und Vertiefung der Revolution in den nächsten zwei Jahren. Ein sozialdemokratischer Historiker der kubanischen Revolution stellte erstaunt einige Jahre später fest: „Der Zug hatte keine Bremsen.“² Tatsächlich waren die gutgeölten und stets erprobten Bremsen, die alle vorangegangenen revolutionären Prozesse des Volkes in Lateinamerika gestoppt hatten – die bewaffneten Kräfte – in Kuba im Januar 1959 vernichtet worden. In seiner ersten „marxistischen“ Rede (Dezember 1961) kam Fidel auf diese entscheidende Frage und ihre historische Bedeutung zurück: „Was haben Reaktion und Imperialismus stets getan? Was suchen sie bei jeder Krise zu erhalten? In der Geschichte Lateinamerikas gibt es viele Beispiele: Sie versuchen um jeden Preis den Militärapparat des Systems beizubehalten. Letzten Endes ist es dem Imperialismus oder den herrschenden Klassen ziemlich gleichgültig, wer Präsident, Parlamentsmitglied oder Senator ist ... Wenn es wie am 1. Januar 1959 in Kuba eine krisenhafte Situation gibt, ist entscheidend, ob das Volk zu den Waffen greift oder ob der Militärapparat intakt bleibt, daß alle Waffen in seiner Hand sind und das Volk unbewaffnet ist ... Das erste, was eine Revolution tun muß, ist die Zerstörung des Militärapparates des alten Regime und das Ergreifen der Waffen. Das ist natürlich nicht die einzig notwendige Vorbedingung für eine Revolution, aber sie ist unentbehrlich.“³

Die eigentliche Bedeutung der Zerstörung der Staatsmaschine konnte in Kuba nicht sofort wahrgenommen werden, denn zwischen der legalen Macht einer Koalitionsregierung, die eine Reihe von gemäßigten bürgerlichen Anti-Batista-Notabeln (z.B. Präsident Urrutia, Minister Agramonte usw.) einschloß und der *wirklichen* Macht, die bei der unter einem radikalen „jakobinischen“ Kommando stehenden Rebellenarmee lag, existierte sechs oder sieben Monate lang eine Art von „Doppelherrschaft“. Diese Situation war, wie Fidel später erkläre, weniger Resultat einer diplomatischen List seitens der Guerillaführung als ihrer damaligen politischen Illusionen. Diese unsichere

Koalition und die zweideutigen Machtverhältnisse brachen jedoch schnell zusammen, als die „wirkliche Macht“ begann, den gemäßigten Ministern die ersten revolutionär-demokratischen Reformen aufzudrängen. Eine der ersten wichtigen Maßnahmen des neuen Regime, nachdem Fidel den proamerikanischen Ersten Minister José Miro Cardona im Februar 1959 ausgewechselt hatte, bestand im Aufbau einer „Behörde zur Rückgewinnung unterschlagenen Eigentums“, die mit der Enteignung des Besitzes von Batista, seiner Freunde und seiner Mitarbeiter beauftragt war. Das weitere kann man mit der Konfiszierung des Eigentums der „Verräter“ durch die Jugoslawen 1945 vergleichen: Die Kubaner nationalisierten schnellstens 2000 Firmen und transferierten mehr als 500 Millionen Dollar in den Staatssektor. Da die kubanische Bourgeoisie Komplize bei der Ausplünderung des Landes gewesen war, schwebte die Rückgewinnungsbehörde wie ein Damoklesschwert über ihnen. Ihre Befürchtungen wuchsen noch mehr am 6. März, als die Regierung eine drastische Senkung der Pachten um 30 bis 50 Prozent anordnete. Wie J. P. Morray schrieb: „Das war ein Schock für die Wohlhabenden, von denen viele ihr Geld in Grundbesitz angelegt hatten. Für sie lief das auf eine Enteignung ohne Entschädigung hinaus – ein schlechtes Zeichen.“⁴⁴ Die Bourgeoisie reagierte darauf durch einen Wirtschaftsboykott, indem sie keine Investitionen mehr machte, Arbeiter entließ und sich in steigendem Maße nach Miami davonmachte, wobei sie mit so viel Geld und Wertgegenständen wie möglich heimlich ausrückte. Diese Flucht der kubanischen Mittelklassen setzt sich durch die Mitte der 60er Jahre hindurch fort und veranlaßte die Regierung, wie wir sehen werden, „Interventoren“ zu ernennen, die die Leitung der verlassenen oder paralysierten Unternehmen übernehmen.

An diesem entscheidenden Wendepunkt um März-April 1959 gingen die Führer der Revolutionen im allgemeinen pragmatisch ohne klar definierte sozialistische Perspektive vor. Die wichtigste Ausnahme war Che Guevara, der marxistische Erfahrungen hatte und bereits unterstrich, daß es eine „ständige Entwicklung der Revolution“ geben müsse, bis das „diktatorische Gesellschaftssystem und seine ökonomischen Grundlagen“ beseitigt wären.⁵ Das revolutionäre Dekret, das schließlich die trügerische Einheit von Regierung und M-26-7 zerfallen und die bürgerlichen und die sozialistischen Strömungen in ihrer Gegensätzlichkeit hervortreten ließ, war die kühne Agrarreform. Diese endgültige Maßnahme „ließen die schlimmsten Befürchtungen der Großgrundbesitzer wahr werden“. „Die Enteignung ihres Bodenbesitzes über 30

Caballerias (9,99 Hektar) wurde als ‚schlimmer als Kommunismus‘ verurteilt, denn das Programm der Partido Socialista Popular [d. i. die kubanische KP] von 1956 sah vor, daß Zuckerplantagen jeder Größe, wie groß sie auch immer waren, von der Enteignung ausgeschlossen waren, wenn sie gut bewirtschaftet wurden ... Die für diese Enteignungen versprochenen Entschädigung wurde von den Großgrundbesitzern voll Verachtung angesehen: Bonds der revolutionären Regierung, rückzahlbar in 20 Jahren bei 4,5 Prozent Zinsen. Welcher Geldanleger würde dann bereit sein, sie auch nur zu einem Bruchteil ihres Nominalwerts zu erwerben?“⁴⁶ Weiterhin war die Agrarreform gleichzeitig ein schwerer Schlag gegen den Imperialismus, denn 40 Prozent der besten Zuckerböden gehörten amerikanischen Gesellschaften, einschließlich der berühmten United Fruit. Gegen heftigen Widerstand landwirtschaftlicher Betriebe und Großgrundbesitzer begannen die ehemaligen Guerillaführer, die das Kommando der INRA (Nationalinstitut für Agrarreform) übernommen hatten, die Reform in einer viel kämpferischeren Weise durchzuführen, wobei sie sich auf die Mobilisierung der Bauern und Plantagenarbeiter stützten. Wie ein feindseliger Beobachter bemerkte, untergrub dieser Aufstand der ländlichen Armen „das Vertrauen in das Gesetz und gesetzliche Sicherheit.“⁴⁷ Ihrerseits errichteten die Zuckerpflanzer, die städtische Bourgeoisie und die Yankee-Gesellschaften – die alle durch ihr gemeinsames Interesse an der Ausbeutung des flachen Landes verbunden waren – eine Einheitsfront gegen die Reform. Mit offener Unterstützung der Eisenhower-Administration schlossen sich der rechte Flügel der Regierung (Urrutia, Agramonte usw.) und der rechte Flügel der M-26-7 zusammen und griffen Castro wegen seiner „kommunistischen Sympathien“ an. Einige Monate später (im November 1959) wurde der letzte „Gemäßigte“ aus der Macht entfernt, als Felipe Pazos den Vorsitz der Nationalbank an Che übergab. Gleichzeitig wurde der Arbeitsminister ermächtigt, in allen Unternehmen zu intervenieren und ihre Kontrolle zu übernehmen, deren Leitung „nicht zufriedenstellend“ war. Damit „machte die Kontrolle des Staates und das Fehlen eines gesetzlichen Schutzes das normale Funktionieren des privaten Sektors und der Marktwirtschaft faktisch unmöglich.“⁴⁸

Als die Rebellenarmee im Januar 1959 in Havanna einrückte, gab es noch Hoffnungen auf eine Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten, und Fidels Besuch in den Vereinigten Staaten im April 1959 war Ausdruck einer gemäßigten und versöhnlichen Haltung. Aber das immer aggressivere Auftreten der amerikanischen Regierung, vor

allem nach dem Beginn der Agrarreform, führte zu einer entscheidenden Kraftprobe. Die von den USA zuerst angewandte Waffe war Kubas Abhängigkeit von den amerikanischen Märkten, und am 16. Januar 1960 drohte Vizepräsident Nixon an, Kubas Zuckerquote wegen der angeblich „unzulänglichen“ Entschädigung amerikanischer Plantageninteressen zu senken. Elf Tage später bat Präsident Eisenhower den Kongreß, ihn zu ermächtigen, die Quote herabzusetzen, während Anfang Februar die UdSSR der Revolution durch das Versprechen, jährlich eine Million Tonnen Zucker zu kaufen, zu Hilfe kam.

Die entscheidende antiimperialistische Wendung der Revolution wurde jedoch durch die Weigerung der kubanischen Tochtergesellschaften der amerikanischen Ölfirmen im Juni 1960 ausgelöst, das von der UdSSR zu einem billigeren Preise gekaufte Rohöl zu raffinieren. Die revolutionäre Regierung beantwortete die Herausforderung der Ölgesellschaften, indem sie die Raffinerien unter die Kontrolle von „Interventoren“ stellte. Dieser Schritt beschleunigte den unvermeidlichen Zusammenstoß zwischen der Revolution und der ganzen Macht des amerikanischen Imperialismus. Am 5. Juli 1960 stellte Washington die Einfuhr kubanischen Zuckers ein, am nächsten Tag ermächtigte die kubanische Regierung den Ministerpräsidenten, die Guthaben und den Lagerbestand des US-Kapitals zu enteignen. Die erste massive Nationalisierung fand einen Monat später statt, als die Versorgungsbetriebe, die Telefongesellschaft, die Ölraffinerien und die sechszwanzig Zuckerfabriken vom kubanischen Volk wieder in Besitz genommen wurden. In einer Rede an den Ersten Lateinamerikanischen Jugendkongreß, wo er diese radikalen Maßnahmen ankündigte, erklärte Fidel auch, daß die Regierung zur Verteidigung der Revolution im Begriff war, eine Arbeiter- und Bauernmiliz zu organisieren. Dies war ein entscheidender und unwiderruflicher Schritt zum Aufbau eines neuen Staatsapparats mit einer radikalen Klassenzusammensetzung und politischen Rolle. Ironischerweise hatte die PSP gerade ein paar Tage, bevor dem amerikanischen Imperialismus dieser Schlag versetzt wurde, ein Dokument mit dem Titel „Trotzkismus: Agenten des Imperialismus“ veröffentlicht, in dem es hieß: „Die trotzkistischen Provokateure lügen, wenn sie behaupten, ‚das kubanische Volk eigne sich den Besitz der Imperialisten und ihrer nationalen Verbündeten an‘. Das sagen ja gerade AP, UPI und die anderen imperialistischen Sprachrohre jeden Tag. Aber es ist nicht wahr. Die revolutionäre Regierung hat sich die nordamerikanischen Besitztümer nicht angeeignet; nur dort, wo die kubanischen Gesetze –

wie seitens der Ölgesellschaften – verletzt worden sind, hat sie eingegriffen, um die Produktion aufrechtzuerhalten und die Wirtschaftssabotage der Revolution zu verhindern.“⁹

Die Konfrontation mit den Vereinigten Staaten verwandelte die Unsicherheit der kubanischen Bourgeoisie in Panik und die „Einbahn“-flüge nach Florida wurden immer häufiger. Die Regierung ihrerseits „intervenierte“ zunehmend in stillgelegten oder aufgegebenen Betrieben, wobei ehemalige Guerillakader sich mit der breiten Masse der Arbeiter zusammaten, um die Produktion wieder in Gang zu bringen. Diese de-facto-Nationalisierungen, zusammen mit der offiziellen Enteignung „unterschlagnen Eigentums“, gaben der Revolution in wachsendem Maße einen objektiv antikapitalistischen Charakter. Obwohl sozialistische Ziele bis dahin noch nicht ausdrücklich verkündet wurden, unterstrich Che die Unvereinbarkeit eines freien Unternehmertums mit der „revolutionären Entwicklung“ der Wirtschaft.¹⁰ Am 2. September übermittelte die „Erklärung von Havanna“ die programmatische Botschaft der kubanischen Revolution den Völkern Lateinamerikas, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verurteilt wurde. Obwohl noch breite Sektoren privaten Eigentums übrigblieben (de jure zumindest), hatte die Revolution zweifellos begonnen, den bürgerlich-demokratischen Rahmen zu sprengen.

Ein weiteres Mal jedoch blieb die alte kubanische kommunistische Partei (PSP) weiter hinter dem Vormarsch der Revolution zurück: sie war Gefangene der unfruchtbaren und unanwendbaren Parolen ihrer „Etappen“-Perspektiven. Genau zu dem Zeitpunkt, als Che und Fidel einen antikapitalistischen Kurs einschlugen, berichtete Blas Roca dem Achten Plenum der PSP (August 1960), daß die Revolution „in ihrem demokratischen und antiimperialistischen Stadium“ sei und daß sie „innerhalb von festzulegenden Grenzen“ weiterhin „die Gewinne privater Unternehmen, ihr Funktionieren und ihr Wachstum garantieren“ müsse. Er suchte sich die steigende Zahl von Übernahmen durch die Regierung als Symptom eines gefährlichen „Linksradikalismus“ heraus: „Es hat dort Exzesse gegeben, da waren willkürliche Interventionen, die man hätte vermeiden können ... Man sollte nicht um der Intervention willen intervenieren. Für eine Intervention muß ein ernsthafter Grund vorhanden sein ... In ein Unternehmen oder einen Betrieb ohne hinreichenden Grund zu intervenieren hilft uns nicht, denn das irritiert und stachelt gegen die Revolution oder die revolutionären Einrichtungen einige Element auf, die sie unterstützen

sollten und würden, Elemente der nationalen Bourgeoisie, die in diesem Stadium auf Seiten der Revolution bleiben sollten und könnten. ...¹¹ Man könnte sich kaum ein schlagenderes Beispiel für den Widerspruch zwischen dem Dogma der Revolution in Etappen (und des Blocks der vier Klassen) und der wirklichen ununterbrochenen Entwicklung einer Revolution vorstellen. Zum Glück war die kubanische Revolution bereits eine zu mächtige Bewegung, um Gefangene im stalinistischen Prokrustesbett der PSP zu werden.

Einige Wochen nach dem Plenum der PSP, am 13. Oktober 1960, wurde der kubanischen Bourgeoisie – und der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt – der endgültige Schlag versetzt. Zwei revolutionäre Gesetze nationalisierten den gesamten Bankensektor und fast vierhundert Firmen, wovon die meisten in kubanischem Besitz und bereits unter Staats„intervention“ waren. Am darauffolgenden Tage wurde eine städtische Reform verabschiedet, die alle Behausungen in den Städten nationalisierte und ihre Mieter in Dauerbewohner umwandelte. Am 25. Oktober schließlich wurden die restlichen amerikanischen Gesellschaften – darunter der riesige Nicaro-Nickelbetrieb, Coca-Cola, Remington-Rand, General Electric usw. – nationalisiert. Mit den bereits enteigneten Unternehmen zusammen erreichte das Staatseigentum ungefähr 80 Prozent der industriellen Kapazität des Landes.¹² Die Bedeutung dieser Maßnahmen war unbestreitbar: Die demokratische Revolution war, im Verlauf einer ununterbrochenen fortschreitenden Steigerung, in eine sozialistische Revolution hinübergewachsen. Obwohl Fidel und die revolutionäre Führung öffentlich den sozialistischen Charakter erst im April 1961, am Vorabend der konterrevolutionären Invasion in der Playa Girón, bestätigte, hatte die Revolution bereits im Oktober 1960 den Kapitalismus abgeschafft.

1 Fidel Castro, „Carta à la ‚Junta de Liberacion‘“ (14. Dezember 1957), *La Revolución Cubana*, Havanna 1960, S. 134

2 Boris Goldenberg, *Kommunismus in Lateinamerika*, Stuttgart 1971, S. 354

3 Fidel Castro, « Discours du 2 Décembre 1961 », *Trois discours sur la formation du parti uni de la révolution socialiste de Cuba*, Paris 1962, S. 34–35

4 P. Morray: *The Second Revolution in Cuba*, New York 1962, S. 24

5 Ernest Che Guevara, „A new Old Interview“ (18.4.1959), *Selected Works of Guevara*, Boston 1970, S. 372.

6 Morray, S. 53

7 Goldenberg, S. 35

8 Ebenda, S. 355. Sehr wenige Beobachter waren imstande, 1959 die ganze revolutionäre Dynamik des kubanischen Aufstands vorherzusehen. Eine interessante Vorwegnahme kann jedoch in dem Leitartikel gefunden werden, der im September 1959 in der *Quatrième Internationale* 17 (September–Oktober 1959), S. 29, 32 erschien.

9 Zitiert von Silvio Frondizi, *La revolución cubana, su significación histórica*, Montevideo 1960, S. 151

10 Guevara S. 239

11 Blas Roca, *Balance de la labor de partido*, Havanna 1960, S. 87–88. Es ist interessant festzustellen, daß der Vertreter der KPCh, der bei dieser PSP-Konferenz anwesend war, ebenfalls die kubanische Revolution als eine „nationale und demokratische“ Umwandlung bezeichnete. (Vgl. *Peking Review*, III, 34, 23.8.1960, S. 18)

12 Morray, S. 154–155



BUNDESTAGSWAHL 2021

DAS ENDE DER KANZLER- DEMOKRATIE

Die Bundestagswahl 2021 hat das alte Parteiengefüge in Deutschland umgekrempelt. **Angela Klein**

An die Stelle der Kanzlerdemokratie, die wir seit 1949 bis dato hatten, in der die Partei, die den Kanzler stellt, mindestens über 30, wenn nicht über 40 Prozent der Stimmen kommt und somit in der Koalition deutlich dominiert (sofern es nicht eine große Koalition ist, die dann im Bundestag eine Zwei-Drittel-Mehrheit hat), tritt nun eher ein Gemischtwarenhaufen. Die Wähleranteile von fünf Parteien liegen nur noch um 10 bis 15 Prozent auseinander. Bei einer Ampelkoalition, und erst recht bei Jamaika, kämen Grüne und FDP zusammen auf mehr Parlamentssitze als die SPD, was sich auch im Selbstbewusstsein der beiden „Königsmacher“ niederschlägt, erst mal unter sich zu reden, bevor sie auf SPD oder Union zugehen. CDU, SPD und Grüne haben derzeit das Potential, in derselben Liga zu spielen.

Ein Erdbeben

Möglich geworden ist dies durch den historischen Absturz der CDU – der Preis für 16 Jahre Merkel. In 7 (von 16) Bundesländern hat die Union über 10 % verloren; in weiteren 3 nahe dran; darunter mit Ausnahme von Berlin alle Ost-Bundesländer. Bundesweit hat die Union fast 2 Millionen Stimmen an die SPD abgegeben, über 1 Million an die Grünen, 1,3 Millionen an die FDP und 1 Million an die Nichtwähler; im Saldo hat sie rund 4 Millionen Stimmen gegenüber 2017 verloren (von 15,2 auf 11,2 Millionen), während die SPD im Saldo rund 2,5 Millionen Stimmen gewonnen hat. Am dramatischsten zeigten sich die Verluste der CDU bei den Direktmandaten. Sie verliert 89 Direktmandate, fast die Hälfte.

Die Ursachen

Die Wahlverluste sind nur zum Teil auf den Kanzlerkandidaten zurückzuführen, den viele in der Union für die falsche

Wahl hielten (insbesondere im Osten und natürlich in Bayern).

Ursächlich dafür ist in aber jedem Fall der Kompetenzverlust der Union auf Politikfeldern, die sonst ihr zugeschrieben wurden: Wirtschaft, Rente, Bildung, ganz zu schweigen von der sozialen Gerechtigkeit.

Nehmen wir die Rente: Die Wahlausgang wird seit geraumer Zeit bestimmt von den älteren Generationen. Adenauers Rentenreform 1957 hatte den Rentner*innen mit der Einführung des Umlageverfahrens und einer dynamischen Anpassung der Rentenhöhe an die Bruttolohnentwicklung eine über Jahrzehnte stabile Wählerbank verpasst. Mit steigender Altersarmut ist dieser Bonus verschwunden – ein schleicher Prozess. Bei den Ü60 hat die SPD deshalb mit 35:34 Prozent die CDU eingeholt.

Die meisten Deutschen beklagen eine zunehmende Schere zwischen arm und reich, befürworten stärkere Abgaben auf hohe Einkommen und setzen auch beim Thema „Steuern“ mehrheitlich auf SPD-Politik, stellt die Forschungsgruppe Wahlen fest. In allen Bildungsgruppen liegt die SPD entweder vorne (Hauptschule; Hochschulreife) oder gleichauf mit der Union; ab Abitur nach oben sind Grüne stärker als die FDP. Arbeiter*innen und Angestellte haben diesmal wieder mehrheitlich für die SPD gestimmt; vor vier Jahren lag die Union noch vorn. Gewerkschaftsmitglieder haben wieder mehrheitlich für die SPD gestimmt, allerdings mit deutlich größerem Vorsprung vor der Union als 2017 (SPD: +3,3 %; Union: -4,9 %).

Wandel und Beharren

Die politische Situation war im Sommer/Herbst 2021 geprägt von zwei widerstreitenden Tendenzen: Wandel und Beharren. Weiter so! geht nicht, aber den Modus, in dem Merkel durch die Krisen geführt hat, wollte man auch nicht verlassen. Das hat u.a. dazu geführt, dass mehr staatliche Vor- und Fürsorge eingefordert wird und das neoliberale Credo Federn gelassen hat – mit Konsequenzen für die Schuldenbremse, mit der nun auch die FDP kreativ umgehen wird. Dieser Stimmungswandel ist einer der Gründe, die eine Ampel-Koalition möglich machen.

„In einem Land mit einer breiten Problemagenda steht Olaf Scholz für eine Veränderung, die mit dem Abgang einer hochgeschätzten Angela Merkel im Kanzleramt am

ehesten qualitative Kontinuität verspricht“, schreibt die Forschungsgruppe Wahlen.

Wandel und Beharren haben einen Niederschlag im Wahlverhalten gefunden. 40 % Prozent der Wahlbevölkerung sehen die Notwendigkeit, dass sich etwas ändert; 60 % treten eher auf die Bremse, weil sie Verluste fürchten. Keine Überraschung, dass die Gewichte sich je nach Generation verschieben.

Die CDU stand in dieser Wahl für das „Weiter so!“, das niemand will. Die SPD steht für einen Wandel, der nicht weh tut – die Schlaftablette Scholz ist die Fortsetzung des Regierungsstils von Merkel, was hoch geschätzt wird. Bei den U30 liegen Grüne und FDP vorn – mit 22:19 Prozent zu ziemlich gleichen Teilen polarisiert; die CDU hat in dieser Altersgruppe nix zu melden. Die FDP ist am stärksten bei Männern unter 30, bei den Ü60 hat sie Verluste. Die AfD ist im Osten bei allen Wähler*innen U60 stärkste Kraft.

Person oder Programm?

„Nie zuvor hatte ein Kanzlerkandidat weniger Ansehen“, schreibt die Forschungsgruppe Wahlen. Der Satz „Am Ende wählst du die Partei“ scheint nicht mehr zu stimmen.

Die Wählerbindung lässt deutlich nach: Im Vergleich zu 2017 konnten SPD und Grüne ihre Wählerschaft nur zu 60 % mobilisieren (obwohl sie zugelegt haben); CDU und AfD zu 50 %; FDP nur zu 40 % und DIE LINKE gar nur zu 31 %. Dieser Verlust an Stammwählern fördert eine stärkere Personalisierung der Wahlen; die Person an der Spitze wird wichtiger als das Programm. Ohne Olaf Scholz als Kanzlerkandidat hätte die SPD nicht gewonnen und mit Merkel als Kandidatin wäre die CDU stärkste Partei geblieben. Die Frage „Welcher Kandidat trifft die richtige Stimmung?“ wird damit wichtiger als die Frage: Wofür steht er oder sie?“

Auf der anderen Seite macht die starke Zunahme der Briefwahl (rund 50 %) die Wahl weniger anfällig für die letzten Winkelzüge in den Wahlkampagnen, darin scheint eher eine Langzeitbewertung einzufließen, die Leute entscheiden sich nicht „in letzter Minute“. Letzten Endes ergibt das ein ehrlicheres Bild.

Die Folgen

Wahlentscheidend war auch die Tatsache, dass die Union nicht geschlossen hinter ihrem Kanzlerkandidaten stand. Noch vor der Wahl haben Ministerpräsidenten aus Bayern und aus Ost-Bundesländern öffentlich ihre Vorbehalte gegen Laschet geäußert. Und nach der Wahl wurde er von der eigenen Partei fallen gelassen wie eine heiße Kartoffel. Es

gibt ein Hauen und Stechen um die künftige Parteiführung zwischen dem wirtschaftsliberalen, dem grünen und dem konservativen Flügel.

Tatsächlich stand die CDU nämlich schon einmal vor einer ähnlichen Situation – 1998, nach der verlorenen Wahl nach 16 Jahren Kohl. Auch damals beharkten sich die verschiedenen Flügel untereinander und waren, noch dazu gebeutelt vom Spendenskandal, der auch den „Kronprinzen“ Schäuble entmachtete, nicht in der Lage, die Partei in kurzer Zeit auf neue Füße zu stellen. Die CDU hatte damals das Glück, dass Angela Merkel von außen hereingeschneit kam, ihre Chance erkannte und die Führungsrolle für sich beanspruchte. Sie konnte das, weil sie keinen Stallgeruch hatte und in keine der innerparteilichen Cliques involviert war. Da sie sich erst als Geschäftsführerin, dann als Parteivorsitzende bewährte und die CDU zu Wahlerfolgen führte, blieb dieser das Schicksal anderer konservativer Parteien in Europa zunächst erspart, die sich nach dem Fall der Mauer zerlegten. Das war aber nur ein Aufschub.

Die Grünen

Das hervorragende Wahlergebnis der Grünen ist ein klarer Reflex der Tatsache, dass die Bedrohung durch den Klimawandel an die oberste Stelle der Themen gerückt ist, die die Menschen umtreiben: in Umfragen ist für 46 % der Klimaschutz die wichtigste Aufgabe. Dass die Grünen nicht das Ergebnis erzielen konnten, das der Hype im Sommer (scheinbar) erwarten ließ, scheint eher normal. Solche Hypes sind Momentaufnahmen, die die Grundstimmung verzerren. Es ist deshalb auch nicht gerechtfertigt, das Ergebnis der Grünen an diesem Hype zu messen. Tatsache ist, dass die Grünen einen Sprung von 9 auf 14,8 % gemacht haben – ein Ergebnis dessen, dass sie inzwischen nach allen Seiten hin als anschlussfähig gelten. Für eine „Volkspartei“, die zu sein sie anstreben, fehlt ihnen eine breitere soziale Basis – die sowohl die Union als auch die SPD trotz ihres Niedergangs immer noch haben.

Die FDP hat ihre Wählerschaft umgeschichtet, hinzugewonnen hat sie kaum (+0,3 %).

Partei DIE LINKE

Das zweite herausragende Merkmal dieser Wahl ist der Absturz der LINKEN – er hat mit den oben genannten Entwicklungen nichts zu tun.

DIE LINKE hat im Saldo 2 Millionen Stimmen verloren und ihre absolute Stimmenzahl damit fast halbiert. Sie hat über 800.000 Stimmen an die SPD und über 600.000 Stimmen an die Grünen verloren. Die größten Verluste hat

DIE LINKE in den ostdeutschen Ländern, dem Saarland, den Stadtstaaten sowie in Berlin hinzunehmen – das waren bislang ihre Hochburgen. War sie 2017 in den Ostländern überall zweistellig, mit einem Spitzenwert in Berlin von 14 %, ist sie jetzt zweistellig nur noch in Thüringen (11,4 %) und Mecklenburg-Vorpommern (11,1 %). Die Partei muss um ihr parlamentarisches Überleben kämpfen.

Viele machen den Zwist mit und um Sahra Wagenknecht für die Wahlniederlage verantwortlich. Die Wahlanalyse von Horst Kahrs legt allerdings nahe, dass die Ursachen tiefer liegen könnten. Zwei Elemente führt er an:

- die anhaltende Spaltung der Partei in drei Strömungen (Linke, Forum demokratischer Sozialismus, Wagenknecht);
- die Tatsache, dass es der LINKEN seit 2012 nicht mehr gelungen ist, weiter in die Wählerschaft der SPD vorzudringen;
- dass sie mit klimapolitischen Aussagen in der öffentlichen Wahrnehmung eher hinter den Grünen herhinkt.

Das politische Profil der LINKEN ist den ganzen Wahlkampf hindurch äußerst blass geblieben – mit ihrem Thema „soziale Gerechtigkeit“ konnte sie sich nicht wirklich von der SPD absetzen, die mit derselben Phrase hausieren gegangen ist. Unter diesen Umständen hat die Polarisierung, die es gegen Ende des Wahlkampfes zwischen Laschet und Scholz gegeben hat, sicher viele dazu bewogen, wenigstens „nützlich“ zu wählen, sprich: lieber SPD.

Die anhaltende Spaltung in der Partei hat mit ihrer Entstehungsgeschichte zu tun: Als Hybrid zwischen den Resten einer Staatspartei Ost und einer politischen Äußerung der Bewegung gegen Hartz IV hat sie bis heute kein inhaltliches Zentrum, keine „Seele“ gefunden. Den größten Zuspruch erfährt sie zwar immer noch von Erwerbslosen, aber „Weg mit Hartz IV“ ist nicht mehr ihr Markenzeichen. Der Ansatz gilt ihr als zu eng – was er freilich auch ist, wenn man darunter die Konzentration auf die Ansprache von Erwerbslosen versteht. Hartz IV war aber ein Systemwechsel, der die neoliberale Umwälzung der Gesellschaft erst möglich gemacht hat. Von hier aus lassen sich alle Probleme aufrollen, die mit der Ausweitung des Niedriglohnsektor und der sozialen Ungleichheit zu tun haben. Und es wäre eine klare Frontstellung gegen die SPD – was die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit nicht ist.

Im Osten ist ihr Ansehen als echte Kümmerer-Partei im Zuge ihrer Parlamentarisierung schon lange geschwunden, da hat sie der AfD Platz gemacht.

Darüber hinaus tut sich die Partei schwer damit, die ökologischen Fragen als die zentrale Herausforderung

der Menschheit zu begreifen, die nur auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit zu lösen sind. Auch hier ließen sich prägnante Antworten finden, die eine soziale Absicherung des ökologischen Umbaus betreffen. Allein wenn sich DIE LINKE beharrlich für Kohleausstieg 2030 und Tempolimit 130 einsetzen würde, würde sie sich schon deutlich von den Grünen abheben, die diese Ziele schon im Wahlkampf unter den Tisch haben fallen lassen.

Es steht eine tiefgreifende Erneuerung der LINKEN an, und die wird sich nicht herbeischreiben und -diskutieren lassen. Die lässt sich nur durch Verankerung in gesellschaftlichen Konflikten, in Betrieben und Stadtteilen gewinnen, wo sich solidarische Wertvorstellungen praktizieren lassen. Die außerparlamentarischen Bewegungen haben schon vor der Wahl deutlich zugenommen, einige davon können auch Erfolge aufweisen. Von hier geht der Weg aus zur Herausbildung einer ökosozialistischen Partei, die diesen Namen verdient.

10.10.2021

ZUR BEWERTUNG DES WAHL- AUSGANGS

Dass die Wähler*innenschaft der LINKEN sich fast halbiert hat (...), ist *zum einen* Ausdruck des insgesamt geringen Klassenbewusstseins. *Zum anderen* sagt der Verlust von mehr als 2 Mio. Stimmen (...) aber auch viel darüber aus, wie wenig die Partei DIE LINKE als eine Klassenkampfpartei wahrgenommen wird. **Jakob Schäfer**

Wahlen zu einem bürgerlichen Parlament sind nur bedingt ein Gradmesser für das Ausmaß an kritischem, antikapitalistischem Bewusstsein oder an Kampfbereitschaft der abhängig Beschäftigten. Dennoch geben die Wahlergebnisse – wenn auch leicht verzerrt – den Bewusstseinsstand

in der Bevölkerung wieder. Die Verzerrung ist zum Teil den Illusionen in den Parlamentarismus geschuldet und speziell dem Willen, „nützlich“ zu wählen. Im vorliegenden Fall (BTW 2021) konnte deswegen die SPD von der Tatsache profitieren, dass viele Wähler*innen (darunter ein erklecklicher Teil der bisherigen LINKE-Wähler*innen) lieber die SPD gewählt haben als die Partei, mit der sie eigentlich mehr Sympathien verbinden. Allein diese Tatsache belegt, wie stark das Bewusstsein breiter Schichten – bis weit hinein in die Wähler*innenschaft der LINKEN – voller parlamentarischer Illusionen ist.

Ohne Zweifel ist großen Teilen der Bevölkerung bewusst, dass die Menschheit angesichts der ökologischen Probleme und besonders des Klimawandels vor gewaltigen Herausforderungen steht. Die vermehrte Stimmabgabe für die Grünen (sie liegen jetzt bei 14,8 %) offenbart allerdings, dass viele (gerade auch junge) Menschen Illusionen in diese neoliberale Partei haben. (Für FDP und Grüne haben insgesamt 12 Mio. Wähler*innen gestimmt.) Andere Menschen haben die Grünen deswegen gewählt, weil diese zwar für einen etwas moderneren Kapitalismus eintreten, aber gerade keine bedeutsamen sozialen Veränderungen wollen. Sowohl ökologisch als auch klassenpolitisch hat die Linke keine überzeugende Gegenposition vertreten, was nicht verwundert. Schließlich ist sie ständig bestrebt, ihre „Regierungsfähigkeit“ zu demonstrieren.

Da die Union sich als unfähig erwiesen hat, die großen Probleme, die sich beispielsweise aus dem Klimawandel ergeben, auch nur halbwegs überzeugend anzuerkennen und sie sich zudem auch noch schlecht präsentiert hat, brauchte die SPD lediglich weniger Fehler zu machen. Sie musste noch nicht mal große Wahlversprechen abgeben oder gar einen Linksschwenk versprechen. Die Rede vom „Respekt“ hat womöglich tatsächlich Wähler*innenstimmen gebracht, verpflichtet aber zu nichts, erst recht nicht in einer Koalitionsregierung. Selbst die klare Zielmarke einer Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro könnte Scholz zur Not (mit dem Verweis auf die FDP) fallen lassen. Somit können wir folgende Punkte als Ergebnis der Bundestagswahl 2021 festhalten:

1 Die bürgerlichen Parteien (von SPD bis AfD) haben insgesamt rund 95 % der Stimmen geholt. Sie alle stehen für jeweils eine andere Variante bürgerlicher Politik, zum Teil unterscheiden sie sich letztlich nur in Nuancen. An keiner Stelle ist von der neuen Regierung eine substantiell andere Politik zu erwarten. Auch eine sogenannte Mitte-Links-Regierung wird nicht gegen die Interessen des Kapitals handeln oder Rechte der abhängig Beschäftigten ausbauen oder etwa

tatsächlich etwas Wirkungsvolles gegen den Klimawandel in Gang setzen. Im Gegenteil: Scholz' Ansehen ist jetzt so groß geworden, dass er, ein überzeugter und hartnäckiger Anhänger der Agenda 2010, von seiner Partei kaum gebremst werden wird, wenn die Lasten der Krise auf die abhängig Beschäftigten abgewälzt werden. Auch die Grünen werden hier kein Bollwerk bilden, sind sie doch seit vielen Jahren eine neoliberale Partei. Mehr denn je wird es also auf den Widerstand von unten ankommen.

2 Die AfD steht mit ihrer nationalistischen und rassistischen Politik am Rand des bürgerlichen Spektrums, unterscheidet sich aber nicht in ihren Grundauffassungen von dem, was auch die anderen als die Aufgabe bürgerlicher Politik ansehen (für die Festung Europa, für das Abladen der Krisenlasten auf die abhängig Beschäftigten usw.). Sie ist also keine Anti-System-Partei und würde sich lieber heute als morgen in eine Regierung integrieren, aber vorläufig wird sie (noch) nicht gebraucht. Also distanziert man sich erst mal von ihr, nicht nur, um Stimmen zu bekommen, sondern auch um sich – zumindest vorläufig – nicht gegen das Mehrheitsempfinden in der Gesellschaft zu stellen. Sollte sich die AfD spalten und ein Teil (mit Meuthen) sich respektabler gebärden, wird die Sache anders aussehen.

3 Die BTW 2021 war keine Klassenwahl und sie war nur mit großen Abstrichen eine Wahl zwischen einer minimal rechteren und einer minimal linkeren Variante für die Fortführung der bisher für das Kapital so erfolgreichen Politik. Die SPD hat sich nach wie vor nicht von der Agenda-Politik abgewendet, was jetzt unter einem erstarkten Scholz noch weniger zu erwarten ist. Selbst eine Gegenüberstellung von „links“ und „rechts“ bei der Stimmabgabe für die vier bestplatzierten Parteien ist nicht wirklich angebracht, bestenfalls trifft dies auf *Teile* der Wähler*innenschaften von SPD und Grünen zu. Viele SPD-Wähler*innen sind enttäuschte CDU-Wähler*innen. Die Gründe zur Wahl von Scholz sind mannigfaltig, nur sehr bedingt und mit großen Abstrichen sind es klassenpolitische. Die Partei selbst ist aufgrund ihrer Politik durch und durch bürgerlich. An dieser nüchternen Feststellung ändert auch der Blick auf die Vergangenheit nichts. Die einzige reale Beziehung zwischen SPD und Gewerkschaften heute besteht in der Unterstützung der SPD durch Teile der Gewerkschaftsbürokratie, was sich in keiner Weise positiv auswirkt: Die Gewerkschaften werden jetzt, nach dem Wahlsieg der SPD, erst recht nicht auf Konfrontation zur Bundesregierung gehen.

4 Dass die Wähler*innenschaft der LINKEN sich fast halbiert hat (u. a. um „nützlich“ zu wählen), ist *zum einen* Ausdruck des insgesamt geringen Klassenbewusstseins.

Zum anderen sagt der Verlust von mehr als 2 Mio. Stimmen (d. i. ein Rückgang um 47,2 %) aber auch viel darüber aus, wie wenig die Partei DIE LINKE als eine Klassenkampfpartei wahrgenommen wird. Sie wurde seit eh und je als eine Partei gewählt, die mitregieren will und soll. Wenn die Chancen für einen Wahlsieg der SPD steigen, sinken in den Augen eines Großteils der LINKEN-Wähler*innen die Gründe, die LINKE zu wählen (und damit, die Stimme zu „verschenken“). Selbst eine Stimme für die Grünen erscheint dann nützlicher als die Wahl der LINKEN. So ist es nicht verwunderlich, dass die LINKE 800 000 Stimmen an die SPD und 600 000 an die Grünen verloren hat. Der Anteil derjenigen, die diese Partei trotz ihrer Sozialdemokratisierung (also mit vielen Bauchschmerzen und von einer sozialistischen Position ausgehend) gewählt haben, dürfte deutlich weniger als die Hälfte der Wähler*innenschaft der LINKEN ausmachen.

Somit ist die Partei weder inhaltlich programmatisch und in ihren Aktivitäten *noch auf der Ebene ihres Anhangs* eine sozialistische Massenpartei. Schlimmer noch: Der Wahlausgang wird den Druck zu einer weiteren Anpassung verstärken, denn der wesentliche und alles entscheidende Bestandteil ihres Profils ist das „Mitregieren-Wollen“. Eine weitere Anpassung wird sich – so ist zu befürchten – schon bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin und Meck-Pom zeigen. Die Grundausrichtung des Mitregieren-Wollens steht in totalem Widerspruch zu einer sozialistischen Orientierung im Geiste einer Rosa Luxemburg. Alle Äußerungen der Parteispitze sind beredter Ausdruck des sozialdemokratischen Charakters dieser Partei. Daran ändern auch die Aktivitäten des linken Flügels der Partei nichts Substantielles.

Da es keine sozialistischen (klassenkämpferischen) Massen gibt, würde – beim heutigen Stand der Klassenkämpfe in der Bundesrepublik – natürlich auch eine klassenkämpferische Partei keine 5 oder gar 10 Prozent der Stimmen bekommen. Aber wir sollten auch festhalten: Es gibt unter fortschrittlichen und besonders unter klassenkämpferischen Menschen nicht wenige, die sich enttäuscht von der Partei DIE LINKE abwenden. Nicht grundlos hat die LINKE etwa 400 000 Stimmen an die „Nicht-Wähler*innen“ verloren.

Für Sozialist*innen sollte klar sein: Es kommt gerade nicht darauf an, besonders viele Stimmen zu bekommen. Eine solche Grundeinstellung kann nur den Opportunismus befördern. Die Frage ist vielmehr: Was drücken Wahlen für eine bestimmte Partei aus? Sind es Stimmen für mehr Klassenkampf oder wählen die Menschen damit eine Partei, die gerne mitregieren will? Es gibt nicht wenige Menschen links

der Partei DIE LINKE, die diese Partei inzwischen viel zu sehr als Teil des Parteienestablishments ansehen.

5 Damit kommen wir zu dem Schluss: Auch wenn man die Ergebnisse der anderen linken Organisationen (DKP, MLPD usw.) hinzunimmt, gibt es keinen Anlass, an bestimmten Fakten der aktuellen bundesdeutschen klassenpolitischen Kräfteverhältnisse zu zweifeln. Überzeugte Sozialist*innen und Klassenkämpfer*innen sind eine sehr kleine Minderheit, was eine ganze Zeitlang durch die Stimmzahlen für die Partei DIE LINKE verdeckt oder auch verdrängt wurde. Diese Realitäten anzuerkennen, ist eine Grundvoraussetzung, um den schwierigen Kampf revolutionärer Sozialist*innen beharrlich fortführen zu können. Das Schielen auf Wahlergebnisse hat in den vergangenen Jahren eh schon zu viele Aktive von den entscheidenden Auseinandersetzungen an der Basis abgelenkt, nämlich von den realen Kämpfen in Betrieb, Gewerkschaft und sozialer Bewegung.

6 Gewisse Lichtblicke gibt es dennoch – wenn auch nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit den diesjährigen Bundestagswahlen – und wir sollten sie nicht geringschätzen: Nicht nur hat sich die Klimabewegung mit ihrem Aktionstag vom 24.9. merkbar zurückgemeldet, auch die Abstimmung in Berlin zur Enteignung der Wohnungskonzerne ist das Ergebnis einer realen Bewegung. Der positive Ausgang des Volksentscheids in Berlin ist zwar nur ein kleiner Schritt, denn noch ist man vom Ziel weit entfernt, aber es dokumentiert klar die Bewusstwerdung eines bedeutenden Teils der Bevölkerung an einer wichtigen Frage, was ohne die intensive Kampagne von annähernd tausend Aktiven nicht möglich gewesen wäre. Gut wäre es, wenn sich die Bewegung für eine entschädigungslose (bzw. nur symbolisch zu entschädigende) Enteignung stark machen würde. Allerdings hat die „Wahlsiegerin“ bei den Berliner Landtagswahlen kein Hehl daraus gemacht, dass sie nichts von einer Enteignung von „Deutsche Wohnen“ wissen will. So der so: Auf die Bewegung von unten kommt es an. Und schon hier wird sich für die Partei DIE LINKE eine neue Richtungswahl auf tun: Soll sie mit der Bewegung kämpfen oder wird sie – wie bei der S-Bahn-Privatisierung – wieder einknicken? Das positivste Beispiel für einen wirkungsvollen Kampf allerdings ist die Tarifrunde der GDL, die bewiesen hat, dass es sich lohnt zu kämpfen. Setzen wir alles daran, dass dies in den anderen Gewerkschaften ausreichend bilanziert wird und entsprechende Schlüsse gezogen werden.

28.9./12.10.2021



PAUL B. KLEISER (1950–2021)

In den frühen Morgenstunden des 16. September ist unser Freund und Genosse Paul B. Kleiser nach schwerer Krankheit gestorben.

■ Angela Klein

Er ist zu früh gegangen, das hinterlässt bei all denen, die ihn schätzten und sich an ihm orientierten, ein Gefühl der Bitterkeit. Denn Paul war ein treuer und zuverlässiger Familienvater und Genosse, zugleich mit weit überdurchschnittlichen Fähigkeiten ausgestattet, was die Zusammenarbeit mit ihm nicht immer einfach gemacht hat.

Diejenigen, die Paul lange gekannt haben, haben vor allem seine Liebe zum Film in Erinnerung – sie hat ihn sein Leben lang begleitet, er hatte da einen enormen Fundus angesammelt, Godard und Tarantino waren solche Meilensteine. Einige seiner schönsten Artikel hat er über Filme geschrieben. Überhaupt war er dem Schönen gegenüber sehr aufgeschlossen, in Kunst und Literatur sehr bewandert. Dazu mag beigetragen haben, dass er eine solide klassische Bildung an einem altsprachlichen Gymnasium genossen hat.

Das war in Rottweil im Schwarzwald, wo er 1950 geboren wurde. Die Eltern waren Landwirte, der Vater auch Feinmechaniker, Paul der älteste von sieben Kindern. Er studierte Germanistik, Geschichte, politische Wissenschaft und Volkswirtschaft zunächst in Konstanz, dann in München, wo er sein Staatsexamen machte. Das war ein Studium für eine Laufbahn als Lehrer, und tatsächlich hat er sich bei einem Frankreichaufenthalt während seines Studiums als Deutschlehrer betätigt. Hier kam er auch mit den Nachwirkungen des Mai 68 und mit der IV. Internationale in Berührung – eine politische Erfahrung, die sein Leben bis zum Schluss prägte.

Doch das enge Korsett des Lehrerdaseins war nichts für Paul. Er büxte bald aus und arbeitete als Journalist für die Zeitschrift *Filmkritik*, bis diese 1984 ihre Tore schließen musste. Danach machte er sich als Versicherungskaufmann selbständig, sein Hauptberuf bis zur Rente. Paul hatte ein großes Verkaufstalent, nicht nur für Versicherungspolice, auch für Bücher und Zeitschriften. Bei annähernd jeder Demonstration tauchte er mit einer Tragetasche voller

Schriften auf. Die SoZ hat an ihm einen ihrer Starverkäufer verloren; und von den Büchern, die er geschrieben hat, hat er manche Auflage fast allein unters Volk gebracht. Er hatte eine große Fähigkeit, auf andere zuzugehen und bei ihnen Interesse für seine Anliegen zu wecken. Seine Veranlagung zum Lehrberuf lebte er an der Münchner Volkshochschule aus, dort leitete er 46 Jahre lang, bis zum Schluss, jeden Mittwoch einen Kurs über aktuelle politische Fragen.

Sein Beruf ließ ihm auch sonst viele Freiheiten, seinen Alltag zu gestalten. So konnte er sich einer weiteren Lieblingsbeschäftigung widmen: dem Lesen und Schreiben. Er war ein ausgesprochener Schnelleser, mit dem Gedächtnis eines Elefanten. Und er hatte einen sehr breiten Interessenshorizont – von Geschichte (nicht nur der Arbeiterbewegung) bis zu ökologischen Fragen, von der Ökonomie und marxistischen Theorie bis zu Fragen der Kulturgeschichte. So konnte er aus dem Stegreif fundierte Vorträge zu fast allem und jedem halten und war ein ebenso begehrter Redner wie Artikelschreiber. Er tat das u. a. beim Sozialforum, bei den Naturfreunden, der LINKEN, der GEW, Attac und vielen anderen Organisationen und Initiativen. Jahrzehntlang nahm er jährlich an der Sommerschule der Sozialistischen Alternative (SOAL) in Österreich teil, wo er stets über aktuelle ökonomische Probleme referierte. Er war wie wenige in der Lage, sie zu analysieren und verständlich darzustellen.

Besonders hervorzuheben ist an dieser Stelle sein Beitrag für den Neuen ISP-Verlag. Für diesen wirkte er ab den 80er Jahren als Lektor, Übersetzer, Herausgeber, Autor, Gesellschafter, Buchverkäufer und Mäzen; diese Tätigkeit beanspruchte einen großen Teil seiner Arbeitskapazität.

Die SoZ verdankt ihm zahlreiche Artikel zu Themen, die ihn immer wieder beschäftigten, vor allem die Geschichte und Entwicklung der CDU/CSU seit der Nachkriegszeit – noch in diesem Sommer hat er ein Buch mit einer Bilanz der Regierungszeit Merkel veröffentlicht. Er demonstrierte aber auch den Mythos um Ludwig Erhard, untersuchte den Spendenskandal der Union und ging den braunen Wurzeln der FDP nach.

Zuletzt ließ er es sich nicht nehmen, trotz Krankheit und neben seinen zahlreichen sonstigen Verpflichtungen an der Zeitschrift der ISO *die internationale* mitzuarbeiten.

In seinem politisch-praktischen Wirken war Paul in erster Linie ein Internationalist: Der Kampf gegen den Nato-Doppelbeschluss, die Solidarität mit der Revolution in Nicaragua, mit Solidarność in Polen Anfang der 80er Jahre waren Stationen in diesem Engagement. Nach der „Wende“ engagierte er sich in der globalisierungskritischen Bewegung, nahm am Weltsozialforum in Porto Alegre teil und gründete mit anderen das Münchner Sozialforum, das es bis heute gibt, und das Münchner Bündnis für gerechten Welthandel.

Zu Griechenland hatte er eine besondere Affinität. Als das Land vor wenigen Jahren von der Troika gequält wurde, half er mit großem Einsatz, Medikamente und Hilfsgüter für die Soziale Klinik „Hellenikon“ in Athen einzusammeln. Mehrfach fuhr dorthin, um Kontakte zu knüpfen und schaltete sich in die Diskussion um die deutsche Kriegsschuld ein, die bis heute nicht getilgt ist. Ebenso wichtig war ihm die Solidarität mit dem palästinensischen Volk.

Paul war jahrelang Leitungsmitglied der ISO und ihrer Vorläuferorganisationen; auch hier wirkte er vor allem meinungsbildend. Für andere Sektionen der IV. Internationale stand er als Vortragsreisender zur Verfügung.

Paul hinterlässt seine Frau Traude und zwei Söhne. Für seine Familie und seine Freunde, für die SoZ, den Verlag, die ISO und für die Münchner Linke insgesamt reißt sein Tod eine Lücke, die nicht zu schließen ist.

27.09.2021



Fortsetzung von Seite 68

an Artikeln allgemeinen Inhalts, erscheint diese Nummer stärker, als es sonst für die IPK vorgesehen ist.“⁴⁴

Und wieso „die internationale“?

Dieser Name geht zurück auf die von Rosa Luxemburg und Franz Mehring 1915 gegründete theoretische Zeitschrift, die allerdings sofort von der Polizei verboten wurde. Seit 1919 wurde sie von der KPD herausgegeben. Die deutsche Sektion der Vierten Internationale knüpfte 1948 an diese Tradition mit einer Zeitschrift gleichen Namens an. Seit 1986 wurde sie zur Beilage der *Inprekorr*. 2017 wurde *Inprekorr* zur Beilage der *Internationale*, die seither als Magazin der „Internationalen Sozialistischen Organisation“ erscheint.

Und dann feiern wir noch ein Jubiläum, das nur noch Buchhaltung und IT interessiert: Bei durchgehender Zählung ist dieses Heft die Nummer 600 seit 1971.

1 Ingo Speidel (Interview): „Das muss man doch verbreiten“, *Inprekorr* Nr. 300, Oktober 1996.

2 Ein Scan ist verfügbar unter: https://www.mao-projekt.de/BRD/ORG/TRO/Inprekorr/Inprekorr_1971_001.shtml

3 Björn Mertens. „Die erste Inprekorr“, *Inprekorr* Nr. 299, September 1996

4 *Inprekorr* Nr. 1, 24. September 1921, S. 12



DEM GENOSSEN PAUL ZUM ABSCHIED

Paul war schon in der Redaktion der Vorgängerzeitschrift der *internationale*, nämlich der *Inprekorr* aktiv. Dann hatte er sich eine Zeitlang auf die vielen anderen Felder seiner politischen/publizistischen Aktivitäten konzentriert. Und dann konnten wir ihn doch wieder für die Redaktionsarbeit (jetzt der *internationale*) gewinnen. Aus seinem Bildschirmfensterchen der Videokonferenzen blickte er wie einer, der nie etwas anderes getan hatte. Ohne lange zu fragen, wusste er, was zu tun ist – oder auch, was er zu tun sich vorgenommen hatte. Ob er wohl auch wusste, dass ihm wenig Zeit bleiben würde, seine Talente in die Waagschale der Redaktionsarbeit der *internationale* werfen zu können? Leider müssen wir nun die immer wieder aufkommende Diskussion über die Verwendung des berühmten „Weißbrauns“

in unserem Magazin – wichtiges ästhetisches Element des Layoutkonzepts für die einen, Ressourcenverschwendung für die anderen – allein zu Ende führen. Dabei wird uns Pauls entschiedene Position immer im Gedächtnis bleiben. In voller Kenntnis der Sprengkraft dieser Frage hat er uns seine „literarischen Lückenfüller“ schmackhaft gemacht, allerdings mit dem unerschrocken ausgesprochenen Zusatz: „... damit endlich der hässliche Weißbraun verschwindet.“ Niemand hat es ihm übelgenommen. Wir hätten gern mit unserem Genossen Paul weitergearbeitet. Plötzlich, wie er wieder in die Redaktionsarbeit eingestiegen war, ist er nun von uns gegangen. Er wird uns fehlen.

Die Redaktion der *internationale*

Zweieinhalb Jubiläen

In diesem Jahr begehen wir – ganz im Stillen – zwei runde Jubiläen. Und ein eher statistisches.

■ Björn Mertens

Blicken wir zunächst zurück ins Jahr 1971. Die Welt ist im Aufruhr. Arbeiter*innen und Student*innen auf den Straßen, Proteste gegen den Krieg in Indochina, Kämpfe für einen demokratischen Sozialismus in Osteuropa. Die Jugend sucht Perspektiven; nach den bleiernen Nachkriegsjahrzehnten erlebt die Vierte Internationale einen gewaltigen Aufschwung.

In diesen Tagen beginnt in Stuttgart Ingo Speidel damit, die Presse der anderen Sektionen nicht nur zu lesen, sondern wichtige Artikel zu übersetzen, zu vervielfältigen und an ausgewählte Genossinnen und Genossen zu verschicken. „Das musste man doch verbreiten“, sagte er dazu später, und meinte wichtige Erfahrungen und Diskussionen. Die kleine Presseschau stieß auf großes Interesse, und ältere Genossen sagten dazu: „Das ist doch *Inprekorr!*“.¹ Den Jüngeren sagte das nichts, und wir erklären es später.

Kritischer Blick

Am 15. März 1971 erschien dann erstmals das „Informationsbulletin des Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale“ mit großem Namen „Inprekorr“ und eher bescheidener Aufmachung: handgemalter Titel, Schreibmaschinenschrift, Klammerheftung.² Die Themen umfassten das, was wir damals die „3 Sektoren der Weltrevolution“ nannten (andere sprachen von der „Ersten“, „Zweiten“ und „Dritten Welt“): Der Prozess in Prag gegen Petr Uhl und andere (laut Anklage wegen „Verbreitung des echten Sozialismus“), Kämpfe von Arbeiter*innen und Schüler*innen in Frankreich, Proteste gegen den Krieg in Indochina sowie der bewaffnete Kampf in Lateinamerika.

Doch schon in der ersten Nummer ist statt einer blinden Berausung an Erfolgen in fernen Ländern eine kritische Sicht zu bemerken, der wir uns heute noch verpflichtet fühlen: Sicher war es mutmachend von Arbeiter*innen zu lesen, die ihre Fabriken besetzen und die Chefs im Direktionsbüro einsperren, aber es wurde auch nicht ausgeblendet, dass in anderen Kämpfen das Bewusstsein noch sehr niedrig war und nicht einmal Streikposten aufgestellt wurden.

Aus Argentinien wurde ein Fall geschildert, bei dem bewaffnete ERP-Kämpfer in eine Fabrik kamen, um den

Kampf gegen die Entlassung von 200 Vertrauensleuten zu unterstützen; die Arbeiter*innen traten in den Streik, besetzten ihre Fabrik und bereiteten militanten Widerstand gegen die angedrohte Räumung vor, bis die Entlassungen zurückgezogen wurden. Also das genaue Gegenteil des damals in Europa gepflegten Zerrbilds des „bewaffneten Kampfs“, bei dem einsame Helden mit ein paar gezielten Schüssen die Welt verändern und den Massen zugehört ist, sich klammheimlich freuen.

Themen

Im Laufe der 1970er Jahre nahm dann das Ende der Diktaturen in Griechenland, Portugal, Spanien und dem Iran breiten Raum ein, ebenso wie die Unabhängigkeit der letzten Kolonien in Afrika. Und natürlich der Putsch des Militärs in Chile, von dem der sozialistische Präsident glaubte, es habe eine „demokratische Tradition“ und man sollte es nicht durch Gründung unabhängiger Soldatenkomitees „beunruhigen“.

In den 1980er Jahren tauchen ganz neue Themen auf: die Frauenbewegung, Kämpfe gegen AKW, atomares Wettrüsten und die Sparauflagen des Internationalen Währungsfonds. Und ganz besonders die sandinistische Revolution in Nicaragua und die Solidarnosc-Bewegung in Polen. Und in den 1990er Jahren: Abwehrkämpfe gegen die Folgen des Kapitalismus in Osteuropa und der Krieg im zerfallenden Jugoslawien. In Brasilien richten sich große Hoffnungen auf die „Arbeiterpartei“ (PT), doch führt ihr Präsident Lula dann am Ende doch nicht die großen Umwälzungen durch, die sich manche erträumt hatten.

Wieso „Inprekorr“?

Das zweite Jubiläum, das wir in diesem Jahr begehen, ist der hundertste Geburtstag der „Internationalen Pressekorrespondenz“, die am 24. September 1921 in Berlin als Pressedienst der Kommunistischen Internationale erstmalig erschien – wie damals üblich wurden „sprechbare“ Abkürzungen verwendet, also „InPreKorr“ und „KomIntern“. Nach dem Sieg des Faschismus folgte eine lange Odyssee unter wechselnden Namen durch verschiedene europäische Städte (Basel, Paris, London u.a.), die dann 1943 in Stockholm mit der Auflösung der Komintern endete. Ihr kurzes Leben endete 1943 mit der Auflösung der Komintern.³ Doch der Schlusssatz der ersten Ausgabe gilt auch für uns heute noch: „Wegen Stoffandrangs, namentlich

Fortsetzung auf Seite 67